



Suchergebnisse: Militär

August 1096 – Zum Überleben müssen die Kreuzfahrer plündern

Naher Osten * Erst die militärisch besser ausgestatteten Kreuzfahrer-Kontingente haben mehr Erfolg. Das zügige Fortkommen der Kreuzfahrer behindern allerdings arme Pilger, die sich ihnen angeschlossen haben. Dadurch erreichen sie Konstantinopel erst Ende des Jahres 1096/Anfang 1097. Nachdem die Kreuzfahrer von der dortigen Bevölkerung feindlich aufgenommen sowie vom byzantinischen Kaiser nur widerwillig unterstützt und nur mit knapp bemessenem Proviant versorgt werden, ziehen sie auf eigene Faust durch Kleinasien weiter. Seit sie islamisches Gebiet betreten haben, gibt es kein funktionierendes System für Versorgung mit Nachschub mehr. Um Überleben zu können, müssen die Kreuzfahrer plündern. Die bewaffneten Pilger besiegen die Türken bei Dorylaeum und Eregli. Nach einem anstrengenden Marsch gelangen sie nach Antiochia. Sie belagern die Stadt siebeneinhalb Monate und schlagen in deren Verlauf zwei muslimische Verstärkungsarmeen.

1120 – Hugo von Payns gründet in Jerusalem den ersten Geistlichen Ritterorden

Jerusalem * Hugo von Payns gründet - mit acht weiteren französischen Rittern - in Jerusalem den ersten Geistlichen Ritterorden. Der hauptsächliche Zweck des Ordens besteht im Aufbau einer einheitlichen Organisation, die eine wirksame Polizeigewalt ausüben kann. Die Ritter haben die Sicherheit der Straßen und Wege zu gewährleisten, die heiligen Stätten sowie das Kirchengut zu schützen und bei Übergriffen auf den kirchlichen Besitz als Rächer aufzutreten. Ganz oben in der Aufgabenliste steht aber der militärische Schutz der christlichen Pilger, die von der Küste nach Bethlehem oder Jerusalem und von dort weiter nach Jericho und zur Taufstätte Jesu am Jordan wollen. Herumziehende Räuberbanden machen diesen Schutz notwendig. Die Initiative zur Gründung des militärisch-mönchischen Ordens geht von den Rittern selbst aus. Doch als sich Ritter Hugo von Payns mit seinen Gefährten zusammenschließt, haben sie weder eine feste Bleibe noch eine Kirche. König Balduin II. von Jerusalem gibt ihnen Räume dicht bei der Stätte des alttestamentarisch-herodianischen Tempels neben dem Palast des Königs. Dadurch ist der ehemalige Tempel Salomons das Hauptquartier des Ordens und soll der Rittergemeinschaft den Namen geben. Zunächst nennen sie sich „Pauperes Commilitones Christi templique Salomonis“, also „Arme Ritter Christi vom Tempel Salomonis“ oder kürzer „Fratres militiae templi“. Das heißt übersetzt: „Ritter vom Tempel“. Die Mitglieder der mönchischen Rittergemeinschaften müssen bei ihrer Aufnahme dazu die Gelübde der Armut, der



Keuschheit und des Gehorsams ablegen. Zwar wird von den wohlhabenderen Pilgern für den Schutz der Templer in Form von Schenkungen bezahlt. Dennoch sind die Anfänge der neu gegründeten Rittergemeinschaft noch von Armut gezeichnet.

1140 – Das umfangreiche Imperium der Tempel-Ordensritter

Paris * Die Templer besitzen ausgedehnte Ländereien in Frankreich, England, Schottland, Spanien, Portugal, Flandern, Italien, im Deutschen Reich, Ungarn und in der Levante. Geschenkt wird ihnen vor allem für die Ablösung von Sünden sowie das Seelenheil des Spenders und seiner Angehörigen. Durch Tausch, Verkauf und Erwerb optimieren die Templer die Ertragslage ihrer Schenkungen zu wirtschaftlich lukrativen Gebilden. Da ihre Besitzungen hohe Renditen erwirtschaften, fließen dem Ritterorden daraus reichliches Einkommen zu. Viele ihrer landwirtschaftlichen Gründe haben sie verpachtet. Nur wenn sich die Ertragslage der Böden wirklich rentiert, dann bearbeiten sie diese auch in Eigenbewirtschaftung. Dafür holen sie sich eigens qualifizierte Spezialisten. In Spanien und auf den Balearen beschäftigen die Tempelherren dafür sogar geschickte Muslime. Durch ihren Kontakt zur jüdischen und islamischen Welt sind die Tempelherren recht weltoffen und für neue Wissenschaften und Ideen empfänglich geworden. Der Orden besitzt die fortschrittlichste Technologie der Zeit: im Bereich der Landwirtschaft, des Vermessungswesens, des Straßenbaus und der Schifffahrt. Die Templer veranlassen die Bewässerung des Rio-Cinca-Tales in Aragón, den Bau eines Mühlensystems an der Aude und die Einführung des vierjährigen Fruchtwechsels in der Normandie. Mit Mühlen lässt sich ebenso viel Geld verdienen wie mit dem Weinanbau in Portugal. Der Wein wird bis nach England verkauft. Auch die Templer-Schiffe bringen einen erheblichen Gewinn. Den Ordensrittern gehören eigene Häfen, Werften und Schiffe. Sie sind die Ersten in Europa, die mit einem Magnetkompass ausgestattet sind. Selbst die der europäischen weit überlegene arabische Medizin ist den Templern nicht fremd. In den Krankenhäusern des Ordens kommen moderne Prinzipien wie Hygiene und Sauberkeit zum Tragen und sogar das Wissen um die antibiotische Wirkung von bestimmten Pilzen ist vorhanden. Die Tempelherren sind also keineswegs reine Haudraufs. Neben ihren kriegerischen, politischen und wirtschaftlichen Aktivitäten betreiben sie auch noch Geldgeschäfte. Sie sind die einzigen Christen, die aufgrund eines weiteren päpstlichen Privilegs Geld gegen Zinsen verleihen dürfen. Dadurch können sie einen gewaltigen Reichtum anhäufen. Und da, um seine Wertgegenstände aufzubewahren, nichts so sicher und unverletzlich ist wie ein gottgeweihtes Haus und nichts mehr Vertrauen erweckt als die Templer-Burgen, die von hohen Mauern geschützt, von Ritter-Mönchen verteidigt vor jedem Angriff sicher scheinen, dienen diese bald als Tresore für Kostbarkeiten von weltlichen und geistlichen Herren. Sie werden zu Depots für Wertgegenstände,



Schmuck und Geld, die den Grundstock des immer noch gesuchten Tempelerschatzes bilden. Die Templer verwalten die Depots ihrer Kunden, die damit über ein laufendes Konto verfügen. Sie können Geld abheben, Zahlungen durch einen simplen Brief an den Schatzmeister entrichten und erhalten darüber hinaus drei Mal jährlich einen Kontoauszug zugeschickt. Zu jedem trogähnlichen Geldschrank gibt es, ähnlich wie bei den heutigen Bankschließfächern, zwei verschiedene Schlüssel. Je einen für den Hüter der kirchlichen Kostbarkeiten und dem Depotinhaber. Bis auf wenige Ausnahmen sind die Depots der Templer absolut sicher, da geldgierige Herrscher nur ganz selten ihre Finger nach ihnen ausstrecken. So können sich die Niederlassungen der Templer in Europa und im Nahen Osten zu Zentren des Finanzwesens entwickeln und das Pariser Ordenshaus, der Temple, zum europäischen Finanzzentrum. Der König von Frankreich vertraut beispielsweise im 13. Jahrhundert seine Kronjuwelen der Obhut der Pariser Templer an. Die Finanzspezialisten der Tempelherren führen bald fortschrittliche Techniken im Kreditwesen und in der Buchführung ein. Sie entwickeln den bargeldlosen Zahlungsverkehr und führen den Wechselbrief und den Scheck in Europa ein. Wer also in einem Ordenshaus eine Summe einzahlt, kann sie nach Vorlage der Kassenanweisung in einer weit entfernten Komturei wieder in Empfang nehmen. Der Orden kassiert dafür lediglich Gebühren und verdient an den Zinsen. Doch wird dadurch der risikoreiche Transfer von Münzgeld fast völlig entbehrlich. Neben der einfachen Vermögensverwaltung für Dritte betreibt der Templer-Orden auch Geldleihe, wodurch er die eigenen Gelder und die ihnen durch Dritte anvertrauten Einlagen arbeiten lässt. Alle Klöster und Konvente fungieren deshalb als Leihkasse.

An Bauern verleihen die Templer kleinere Summen, damit diese einen Engpass überbrücken können, Kaufleuten geben sie größere Kredite. Als Sicherheit ziehen sie Grundbesitz heran. Gibt es bei der Rückzahlung des Kredits Probleme, dann halten sie sich an den Ländereien des Schuldners schadlos. Zwar passen die Finanzaktivitäten des Templer-Ordens nicht zu ihrer religiösen Berufung, es ist aber die allgemein den Ritterorden aufgetragene Mission, die sie auch in diesem Bereich tätig werden lassen. Auch die Johanniter, der Deutsche Orden und selbst die traditionellen Mönchsorden betätigen sich ähnlich, allerdings auf einer wesentlich niedrigeren Stufe. Um im Orient überleben zu können, muss der Templer-Orden über umfangreiche Finanzmittel verfügen und all seine Einkünfte weitestgehend in Geld verwandeln. Sie kaufen dazu auf Märkten und Messen möglichst viele Rechte und Monopole, die ihnen wiederum Einnahmen sichern. So wird zum Beispiel das ausschließliche Wiegerecht, das der Orden vom Grafen der Champagne erwirbt, sehr zu Ungunsten der dort ansässigen Bürger vereinnahmt. Von dem eingenommenen und erwirtschafteten Verdienst gehen anfangs ein Drittel an die Häuser im Orient. Später werden die Abgaben auf ein Zehntel reduziert. Aus abendländischer Sicht entsteht immer wieder der Eindruck, als hätten die Männer und Frauen aus dem Westen die Kultur in den Nahen Osten gebracht. Genau das Gegenteil ist richtig. Die arabischen Reiche sind den Christen nicht nur militärisch, sondern auch in ihrer Kultur weit überlegen. Dort im Osten ist



das geistige Erbe der Griechen und Römer bewahrt und weiterentwickelt worden. Geniale Mathematiker und Astronomen sowie geschickte Kaufleute kommen von dort her. Die Araber haben ein Zahlensystem entwickelt: die arabischen Ziffern, die wir heute noch verwenden. Eine der wesentlichen Neuerungen besteht darin, dass es für „nichts“ ein eigenes Zeichen gibt: die Null. Diese macht das Multiplizieren und das Bruchrechnen viel einfacher und erlaubt die einprägsame Darstellung des Dezimalsystems. Und genau dieses System lernen die Christen, allen voran die Tempelherren, zur Zeit der Kreuzzüge kennen. Die arabischen Ziffern ersetzen die bisher üblichen römischen. Da die Kaufleute nun einfacher rechnen können, rechnen sie auch besser und erhalten damit ein genaueres Bild über den Verlauf ihrer Geschäfte.

1. Februar 1176 – Der Bruch zwischen Friedrich Barbarossa und Heinrich dem Löwen

Chiavenna * Es kommt zum Bruch zwischen Friedrich Barbarossa und Heinrich dem Löwen, nachdem der Herzog in Chiavenna am Comer See dem Kaiser die militärische Unterstützung für dessen kriegerischen Auseinandersetzungen in der Lombardei versagt. Denn als Gegenleistung verlangt Herzog Heinrich der Löwe die Kaiserpfalz Goslar und deren reichen Silberminen. Eine Forderung, die der Kaiser strikt ablehnt. Es kommt angeblich zum Kniefall des Kaisers vor dem mächtigen und uneinsichtigen Herzog - und damit kommt es unausweichlich zum Konflikt. Nun beginnt der Stern des Löwen zu sinken, denn ein kaiserlicher Kniefall gehört zum Zeremoniell der staatlichen Ordnung und gilt zugleich als ein Verfassungselement. Da sich aber der Welfenherzog auch durch diese kaiserliche Geste nicht erweichen lässt, verletzt er die Regeln, was ihm als Überheblichkeit, Hochmut und Verachtung gegenüber dem Reich und dem Kaiser ausgelegt wird.

1304 – Die Missgunst gegen die Templer steigert sich immer mehr

Paris * Die Missgunst steigert sich immer mehr, nachdem der Templer-Orden ganz offiziell den Kampf gegen die Heiden aufgibt, der Großmeister sich ins damals schon als flott bekannte Paris zurückzieht und viele Tempelherren in ihrer Heimat, vor allem in Frankreich, wichtige Positionen bekleiden - allerdings ohne der französischen Krone Rechenschaft schuldig zu sein. Die reichen und arroganten Templer, dieser Staat im Staat, stört den französischen König Philipp IV., den man den Schönen nennt. Er ist ein durchaus tüchtiger Herrscher, der etwas von der Macht versteht und deshalb weis, dass es Macht ohne Geld nicht gibt. Doch gegen die gut ausgebildeten und disziplinierten Templer hat selbst der französische König militärisch nichts entgegenzusetzen. Außerdem untersteht der Orden direkt dem Papst, gegen dessen Willen er nichts unternehmen kann.



13. Oktober 1307 – Im Morgengrauen werden die Templer verhaftet

Paris * Zur Überraschung von Papst Clemens V. werden im Morgengrauen - gleichzeitig in ganz Frankreich - die Templer verhaftet, ihre Güter beschlagnahmt und die Ordenshäuser unter königliche Aufsicht gestellt. Der Überraschungscoup gelingt und es gibt keinen militärischen Widerstand der Tempelritter. Trotzdem kann der Großmeister der Tempelherren, Jacques de Molay, noch kurz vor der Massenverhaftung Bücher und Dokumente des Ordens verbrennen. Die Zahl der Verhaftungen lässt sich nur schwer abschätzen. In Paris gibt es 138 Festnahmen. Lediglich zwölf bis zwanzig Ordensritter können vor der Razzia fliehen, darunter nur ein hoher Würdenträger. Der Brief von König Philipp IV., datiert vom 14. September [Tag der Kreuzerhebung], hat den folgenden Inhalt: „Eine bittere, beklagenswerte, entsetzlich sich vorzustellende Sache [...]. Ein verabscheuungswürdiges Verbrechen, eine scheußliche Missetat [...]. Eine ganz und gar unmenschliche, ja jeder Menschlichkeit fremde Sache ist uns dank mehrerer glaubwürdiger Menschen zu Ohren gekommen“. Und weiter heißt es: „Die Brüder des Ordens der Miliz vom Tempel, die die Wolfsnatur unter dem Schafspelz verbargen und unter dem Habit des Ordens in erbärmlicher Weise die Religion unseres Glaubens beleidigten, werden beschuldigt, Christus zu verleugnen, auf das Kreuz zu spucken, sich bei der Aufnahme in den Orden obszönen Gesten hinzugeben“, und „sie verpflichteten sich durch Gelübde und ohne Furcht, das menschliche Gesetz zu beleidigen, sich einander hinzugeben, ohne Widerrede, sobald es von ihnen verlangt wird.“ Zur Aufdeckung der Wahrheit werden „ausnahmslos alle Mitglieder des selbigen Ordens unseres Königreichs festgenommen, gefangengehalten und dem Urteil der Kirche vorbehalten“. Alle ihre Güter, „bewegliche und unbewegliche“, werden „beschlagnahmt, von uns eingezogen und getreu verwahrt werden“.

9. November 1313 – Die Schlacht bei Gammelsdorf

Gammelsdorf * In der Schlacht bei Gammelsdorf, unweit von Moosburg, schlägt Herzog Ludwig IV. der Baier die Truppen der Habsburger und seines Bruders Rudolph. Sein schneller Sieg wird durch das schlechte Wetter und einen dementsprechend morastigen Kampfplatz begünstigt. Im Aufgebot Herzog Ludwig des Baiern kämpfen oberbaierische Adelige und Bürger niederbaierischer Städte gegen österreichische und niederbaierische Ritter. Die militärische Auseinandersetzung flammte auf, nachdem Österreich - unterstützt von Herzog Rudolph - Einfluss auf die niederbaierischen Angelegenheiten nehmen wollte. Dabei geht es konkret um die Vormundschaft der drei unmündigen Herzöge von Niederbayern, den Kindern der verstorbenen Herzöge Stephan I. und Otto III..



28. September 1322 – Die Schlacht bei Mühldorf erzwingt die Entscheidung

Erharting * Ludwig der Baier und Friedrich der Schöne treffen mit jeweils Tausenden Kämpfern im Nordosten von Mühldorf aufeinander. Sie standen sich in über sieben Jahren sechs Mal gegenüber, wichen aber einer militärischen Auseinandersetzung immer wieder aus. Doch jetzt wollen die feindlichen Parteien endlich eine Entscheidung erzwingen. Die kriegerische Auseinandersetzung gilt als die letzte große Ritterschlacht auf deutschem Boden. Das Gefecht zieht sich über mehrere Stunden hin und fordert eine Unzahl von Toten. Der Thronkampf endet mit einem Sieg des taktisch klüger agierenden Königs Ludwig des Baiern. König Friedrich der Schöne wird gefangen genommen und auf die Burg Trausnitz bei Nabburg in der Oberpfalz gebracht. Das Kampffeld lag westlich der Gemeinde Erharting. Die Kriegshandlung ging aber als Schlacht bei Mühldorf beziehungsweise als Schlacht bei Ampfing in die Geschichte ein.

10. April 1504 – Herzog Albrecht IV. erhält finanzielle und militärische Hilfe

München * Herzog Albrecht IV. von München-Oberbayern erklärt sich bereit, die Gerichte Kufstein, Kitzbühel und Rattenberg an König Maximilian I. für seine Vermittlungstätigkeiten abzutreten. König Maximilian I. sagt ihm daraufhin eine finanzielle Unterstützung und 10.000 Mann als Hilfstruppe zu.

1534 – Die Gesellschaft Jesu wird gegründet

Rom * Die Gesellschaft Jesu wird von dem ehemaligen Offizier Ignatius von Loyola gegründet und wie ein Militärverband aufgebaut. Ihr Tätigkeitsfeld sehen die Jesuiten vor allem in der geistigen Erneuerung und Seelsorge. In der Folgezeit entwickelt er sich zum Kampforden der katholischen Kirche. Der Jesuit Lamormain wird viele Jahre später behaupten: „Wenn es nicht die Schulen der Gesellschaft gegeben hätte, die nach dem weisen Ratschluss der Kaiser und Erzherzöge in Wien, Prag, Graz, Olmütz und anderenorts in Deutschland gegründet wurden, dann wäre von der katholischen Religion kaum eine Spur übrig geblieben.“

17. Dezember 1607 – Donauwörth muss vor der bayerischen Militärmacht kapitulieren

Donauwörth * Donauwörth muss vor der bayerischen Militärmacht kapitulieren.



1610 – Die Liga wird in ein oberländisches und ein rheinisches Direktorium geteilt

München - Mainz * Die Liga wird in ein oberländisches und ein rheinisches Direktorium unter der Leitung von Maximilian I. und dem Mainzer Kurfürsten eingeteilt. Die militärische Leitung der Gesamt-Liga bleibt beim baierischen Herzog. Johann Tserclaes Graf von Tilly wird Bundesfeldherr der katholischen Liga.

24. April 1621 – Die protestantische Union löst sich selbst auf

Heilbronn * Die protestantische Union löst sich beim Unionstag in Heilbronn - unter dem Eindruck der militärischen Überlegenheit der kaiserlichen Heere und der katholischen Liga - selbst auf.

1679 – Das Militärbudget im Kurfürstentum Baiern liegt bei 440.000 Gulden

München * Das Militärbudget im Kurfürstentum Baiern liegt seit Jahren konstant bei 440.000 Gulden.

1679 – In der Au entsteht eine Tuchfabrik für Militäruniformen

Au * In der Au entsteht - am Standort des Seidenhauses - eine Tuchfabrik für Militäruniformen.

1683 – Die Militärausgaben steigen dramatisch an

München * Nach dem Regierungsantritt des Kurfürsten Max Emanuel erhöhen sich die Kosten für das Militär von 440.000 Gulden im Jahr 1679 innerhalb von nur vier Jahren auf 1.848.000 Gulden.

1683 – Im Brunnthal entsteht ein Militärwaisenhaus und Militärlazarett

Bogenhausen * Im Brunnthal in Bogenhausen entsteht ein Militärwaisenhaus und Militärlazarett.

26. Januar 1683 – Ein österreichisch-baierisches Bündnis gegen die Osmanen



München - Wien * Dem Treffen von Altötting vom März 1681 folgen langwierige Verhandlungen zwischen den kaiserlichen und den bayerischen Abgesandten, die letztlich in einem Defensivbündnis enden, in dem sich das Kurfürstentum Bayern verpflichtet, in den bevorstehenden Auseinandersetzungen mit den Osmanen ein Truppenkontingent von 8.000 Mann zu stellen. Bayern kann die Zusage aushandeln, dass das Land jährlich Subsidienzahlungen in Höhe von 250.000 Gulden, im Kriegsfall von 450.000 Gulden, erhält. Da jedoch vorhersehbar ist, dass Wien - in Anbetracht der politischen Lage, der sonstigen Verpflichtungen und der verstärkten Kriegsanstrengungen gegen die Osmanen - diese Summe nie aufbringen kann, verlangen die kurfürstlichen Verhandlungsführer Sicherheiten. Das waren die Einkünfte der Grafschaft Neuburg am Inn, der Markgrafschaft Burgau und des Mautamtes Tarvis. Das Ziel ist eine spätere Gebietserweiterung um die Ämter Kufstein und Rattenberg. Der Bündnisvertrag bedeutet jedoch keinesfalls die völlige Abkehr von Frankreich. Zwar werden sich die politischen Beziehungen zwischen München und Paris ein wenig abkühlen, die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, künstlerischen und kulturellen Beziehungen wurden jedoch kaum beeinträchtigt.

12. September 1683 – Mit „Maria hilf!“ in die Schlacht gegen die Türken

Wien * Ein knapp 67.000 Mann starkes Christenheer zieht in den entscheidenden Kampf gegen die Osmanen und befreien Wien von den als Reichsfeinden bezeichneten Türken. Dann tobt vor den Toren der belagerten und inzwischen höchst bedrohten Stadt Wien die Schlacht zwischen den Osmanen und den mit Habsburg Verbündeten Bayern, Polen und Sachsen. Die christlichen Befehlshaber haben am Vortag ihre Untergebenen eingeschworen, „mit gesamter Hand und Macht auf die gottesunwürdigen Bösewichter loszugehen“. Der Kapuzinerpater Marco d'Aviano fordert im Anschluss die christlichen Soldaten auf, mit dem Ruf „Maria hilf!“ in die Schlacht zu ziehen. Der Oberbefehl des etwa 67.000 Mann starken Entsatzheeres liegt in den Händen des Polenkönigs Johann III. Sobieski. Den Angriff leitet Herzog Carl von Lothringen. Bayerns 21-jähriger Kurfürst Max Emanuel befehligt das Zentrum, dem zusammen mit dem linken Flügel unter Herzog Carl von Lothringen der entscheidende Durchbruch gelingt. Das Entsatzheer kann die Türken vernichtend schlagen. Die geschlagenen Osmanen müssen fliehen. Kurfürst Max Emanuel hat sich seine ersten militärischen Sporen verdient und kann sich vor den Augen Europas als Kriegsheld präsentieren. Die Sieger dringen in das riesige Zeltlager der Osmanen ein und bemächtigen sich der gewaltig großen Beute. Darunter befinden sich unter anderem auch viele Säcke gefüllt mit Kaffee, die die heutige Wiener Kaffeehaus-Tradition begründen. Doch vor lauter Plündern vergessen die Befreier die Fliehenden zu verfolgen. Und während die christlichen Fürsten ihren Sieg feiern, bleibt den Türken noch genügend Zeit über 83.000 Menschen in die



Sklaverei zu verschleppen. Es sind 8.000 Männer, 25.000 Frauen und 50.000 Kinder aus Niederösterreich und der Steiermark.

19. August 1685 – Neuhäusl wird von der kaiserlichen Armee erobert

Neuhäusl - München - Wien * Auf die Entsatzschlacht von Gran folgt die Eroberung von Neuhäusl. Wieder ist Max Emanuel am Erfolg der Schlachten wesentlich beteiligt. Baierns Kurfürst hat schon am Beginn der Allianz mit Kaiser Leopold I. ein selbstständiges Kommando verlangt. Dass er sich der Befehlsgewalt einem in der Hierarchie unter ihm stehenden Herzog Carl von Lothringen unterordnen muss, wird von ihm als auf Dauer nicht hinnehmbar angesehen und führt deshalb zu steten Protesten. Je länger der Krieg dauert und je häufiger Kurfürst Max Emanuel entscheidend in die Kämpfe eingreift, desto lauter fordert er den Oberbefehl über alle kaiserlichen Truppen. Als Schwiegersohn hat sich die Beziehung zum Kaiser inzwischen besonders intensiviert, was die Ansprüche des Kurfürsten zusätzlich erhöht. Doch genau jene militärischen Tugenden, die Max Emanuel bisher auszeichneten, sprechen in Wien gegen die Übertragung einer so großen Verantwortung an den Kurfürsten, auch wenn er durch seine Kühnheit, Risikofreude, Spontanität und seiner Lust zum Handstreich ohne Rücksicht auf das eigene Leben die wichtigsten Siege für den Kaiser errang. Den Wiener Kriegsplanern ist Max Emanuel einfach zu ungestüm.

1690 – 2.000 Personen finden Brot und Lohn in der Tuchfabrik für Militäruniformen

Au * Alleine die holländische Tuchmacherei in der Tuchfabrik für Militäruniformen gibt fast 2.000 Personen Brot und Lohn. Neben erstklassigen gelernten Arbeitern beschäftigt man ausgesiente Soldaten, arme Weiber und Kinder, dazu kommen eingewiesene Bettler und Nichtsnutze. Anno 1682 schrieb die Hofkammer, dass „Arme im Wollhause zu München Beschäftigung finden, Faulenzer dagegen ins Zuchthaus“ eingeliefert würden. Auch dieser Unternehmung war kein langes Leben beschieden. Ab 1696 ging es auch mit der Fabricca wieder bergab. Anno 1720 war sie am Ende.

19. Juni 1690 – Bischof Joseph Clemens ergreift Besitz von Freising

Freising * In einer fünfteiligen Zeremonie ergreift Bischof Joseph Clemens Besitz von seiner Bischofskirche und der Bischöflichen Residenz. War der am Tag zuvor vollzogene Einzug nach Freising eine Darstellung des Freisinger Hofstaates und des Militärs, so gestaltet sich die



Übernahme des Freisinger Dombezirks als eine Prozession des Hofstaates und der Geistlichkeit.

Den Abschluss der Feierlichkeiten bildet ein großes Freyschiessen, an dem sich zweihundertsechzig Schützen und Schützenkompanien in vier Durchgängen beteiligen. Acht Tage dauert das Schützenfest. Bei den Umzügen stehen römische Gottheiten und die vier Elemente im Mittelpunkt. Fürstbischof Joseph Clemens tritt darin in der Rolle des „Capo der Sonnenquadrille“ auf.

13. März 1692 – Max Cajetan von Törring-Seefeld und Adelheid Felicitas Canossa heiraten

München * Graf Max Cajetan von Törring-Seefeld und Adelheid Felicitas Canossa heiraten. Er erhält dafür vom Kurfürsten Max Emanuel: einmalig 30.000 Gulden plus eine jährliche Pension von 4.000 Gulden, dazu die Niedergerichtsbarkeit über verschiedene Untertanen im Landgericht Weilheim und Starnberg, vier ganze und drei halbe Höfe, vier Güter und zwei Sölden sowie eine neue Braugerechtigkeit für Seefeld. Außerdem die Garantie für Max Cajetans militärischen Aufstieg.

1700 – Eine Pflegeanstalt für bresthafte Frauen

Bogenhausen * Das Militärwaisenhaus und -lazarett wird in eine Pflegeanstalt für bresthafte Frauen umgewandelt.

8. September 1702 – Mit dem Überfall auf Ulm beginnt der Spanische Erbfolgekrieg

Ulm * Mit dem Überfall auf die Reichsstadt Ulm beginnt die militärische Aggression Max Emanuels. Damit beginnt der Spanische Erbfolgekrieg zwischen Frankreich und Österreich. Der baierische Kurfürst Max Emanuel steht gemeinsam mit seinem Bruder Joseph Clemens, dem Kurfürsten von Köln, als einzige Reichsfürsten auf der Seite der Franzosen.

1705 – Der Templerorden kann die Ordensstatuten neu verabschieden

Schottland - Portugal - Norditalien * Da der Templerorden in Schottland, Portugal und Norditalien nie offiziell aufgelöst wird, kann er sich als militärisch-christlicher Laienritterorden neu formieren und die Ordensstatuten neu verabschieden.



20. März 1705 – Kaiser Leopold I. setzt eine Administration ein

Wien * Hofkriegspräsidenten, Geheimräte und hohe Kanzleibeamte beraten in Wien über eine zentrale Administration für ganz Baiern. Prinz Eugen „der edle Ritter“ führt den Vorsitz dieser streng geheimen Besprechung. Mit Argwohn beobachtet man die rege Korrespondenz zwischen München und Brüssel. Schließlich setzt Kaiser Leopold I. - zur zivilen und militärischen Verwaltung Baierns - die Kaiserliche Administration mit Sitz in Landshut ein. Zum Landesadministrator wird der Diplomat Graf Maximilian Carl von Löwenstein-Wertheim-Rochefort bestellt.

5. Mai 1705 – Die Landbevölkerung ist am stärksten betroffen

Wien * Kaiser Leopold I. stirbt in Wien. Sein 27-jähriger Sohn Joseph I. wird zum Kaiser gewählt. Der neue Herrscher des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation will, dass „auf Baiern keine andere reflexion zu machen sein, als selbiges in so weith genießen zu Können, das es hinkünftig dem Churfürsten Unnütz seyn solle“. Von dieser Politik ist die Landbevölkerung am stärksten betroffen. Sie hat - neben den drastischen Steuererhöhungen - besonders unter den drückenden Quartierlasten und den Schikanen der hier stationierten oder durchmarschierenden kaiserlichen Regimenter zu leiden. Hinzu kommt die Disziplinlosigkeiten und Exzesse der Soldaten, die der Landbevölkerung oft zusätzliche Leistungen abpressten. Die Bauern müssen für die Militaristen Dirnen besorgen und bezahlen. Häufig zwingt man sie bei Vergewaltigungen der eigenen Frau, der Töchter und Anverwandten zuzusehen. Selbst von jungen Mädchen und Schwangeren nehmen die Soldaten keinen Abstand. Plünderungen gefährden die Lebensmittelversorgung der ländlichen Bevölkerung und der Bewohner der Städte.

24. Juli 1705 – Alle ledigen Bauernburschen sind dem Militärdienst zuzuführen

München * Die Kaiserliche Administration befiehlt, alle ledigen und herumziehenden Bauernburschen aufzugreifen und dem Militärdienst zuzuführen.

16. November 1705 – Burghausen fällt den Aufständischen in die Hände

Burghausen * Burghausen kapituliert vor den Aufständischen. Sie ist die erste Stadt, die den Aufständischen in die Hände fällt. In den Kapitulationsverhandlungen verlangen die Unterländer,



dass „der Landmann bei seinen alten Privilegien verbleibe, dass man von ihm nicht mehr fordere als unter dem Kurfürsten geschehen, damit die Bauern [...] ihre schuldigen Abgaben entrichten können; alle Bauernsöhne und Knechte sollen zu Hause verbleiben und allein zur Verteidigung des Landes dienen.“ Die Bauern erheben sich also zunächst nur gegen die allzu maßlosen Forderungen der Kaiserlichen Administration, nicht gegen die Besatzungsherrschaft. Weil sie zu Verteidigung der Heimat bereit sind, wehren sie sich gegen den Missbrauch der Landfahnen zum kaiserlichen Militärdienst. Die Aufständischen verstehen sich als „ganze Gemein der Kurlande Baiern“. Um ihnen die Legitimation des gesamten Kurfürstentums zu geben, wird der Regierungsrat Franz Bernhard von Prielmayer zum Kriegskommissär der Landesdefension gezwungen. Prielmayer versucht mäßigend auf die Aufständischen einzuwirken. Doch der Erfolg der Rebellen verändert deren Ziele, weshalb sie schon bald die Beseitigung der Kaiserlichen Administration fordern, weil sie für die „unerträglichen Lasten“ verantwortlich zeichne.

17. Februar 1706 – Ein kaiserlicher Erlass beendet die Zwangsrekrutierungen

Wien * Ein kaiserlicher Erlass beendet die Zwangsrekrutierungen. Kein bayerischer Rekrut darf mehr mit Zwang zum Militärdienst berufen werden.

1715 – Auf dem Nordteil der Isarinsel entsteht ein Militärholzgarten

München-Lehel * Auf dem Nordteil der Isarinsel entsteht ein Militärholzgarten.

1742 – Janus de Garnerin Freiherr von Montgelas tritt in bayerische Dienste ein

München * Janus de Garnerin Freiherr von Montgelas tritt in bayerische Dienste ein, wo er dem Regiment Grenadiers à cheval angehört und es bis zum General, Kammerherrn und Obermundschenk bringt. Begonnen hat er seine militärische Laufbahn als Major in der österreichischen Armee.

1781 – 4.243 Militärpersonen sind in München stationiert

München * Die Zahl der in München stationierten Militärpersonen beträgt 4.243. Die Mannschaften sind in Kasernen untergebracht.



1781 – Die stationierten Truppen nehmen zu

München * Die regulär in München stationierten Truppen nehmen im Verlauf des 18. Jahrhunderts beträchtliche Ausmaße an: Im Jahr 1781 zählt die Stadt 4.243 Militärpersonen - das entspricht 11,2 Prozent der Bevölkerung innerhalb der Stadtgrenzen und des Burgfriedens. Diese Truppen unterstehen ausschließlich dem Hofkriegsrat.

1785 – Ignaz Mayer heiratet Chaila Seligmann

München * Ignaz Mayer heiratet Chaila oder Caroline Seligmann. Ihr Vater ist der im Jahr 1814 erste in den Adelsstand erhobene Jude in Baiern, der dann Leonhard Freiherr von Eichthal heißt. Ursprünglich hieß er Aron Elias Seligmann, war der Tabak- und Salzhändler, zugleich der bedeutendste Hof- und Heereslieferant und außerdem Hauptgläubiger der immer finanzschwachen Kurpfalz. In den Napoleonischen Kriegen avanciert er zum einzigen Heereslieferanten der bayerischen Truppen, der die enormen Kosten für das Militär mit eigenen Anleihen finanziert und dafür ansehnliche Provisionen erhält.

7. Februar 1788 – „Memorandum zur Neuorganisation der bayerischen Armee“

München * Sir Benjamin Thompson legt Kurfürst Carl Theodor ein „Memorandum zur Neuorganisation der bayerischen Armee“ vor. Hauptziel und der Zweck der Reform „ist eine gute Armee bei geringen Kosten“. Der begeisterte Baiernherrscher ernennt den Urheber der Reformvorschläge zunächst zum Oberst.

29. März 1788 – Sir Benjamin Thompson wird Kriegsminister

München * Das von Sir Benjamin Thompson vorgelegte „Memorandum zur Verbesserung des bayerischen Militärwesens“ wird von der kurfürstlichen Kommission angenommen. Thompson wird zum Kriegsminister im Rang eines Generalmajors befördert. Sein Vorgänger, Freiherr Johann Ernst Theodor von Heyen gen. Belderbusch, wird „ungnädig wegen missfälliger Verwaltung“ entlassen und als Militärgouverneur nach Mannheim versetzt.

August 1788 – Neues Bekleidungssystem für Militär



München * Das neu eingeführte Bekleidungssystem versorgt jeden, vom Soldaten bis zum Feldwebel, unentgeltlich mit Bekleidung und Ausrüstung.

8. November 1788 – Vorschlag zur Errichtung eines Arbeitshauses und eines Armen-Instituts

München * Sir Benjamin Thompson legt einen „Unterthänigsten Vorschlag zur Errichtung eines Militärischen Arbeitshauses und eines Armen-Instituts“ vor.

Januar 1789 – Pläne zur Errichtung eines Militärischen Arbeitshauses

München - Au * Sir Benjamin Thompson stellt im Rahmen seiner Militär-Reorganisation seine finanziell vielversprechenden Pläne zur Errichtung eines Militärischen Arbeitshauses vor.

12. Januar 1789 – Flächendeckende Pflanzung von Maulbeerbäumen im Englischen Garten

München * Kurfürst Carl Theodor erlässt eine Landesverordnung zur Seidenraupenzucht und Seidenraupenmanufaktur, da man sich von diesem Landwirtschaftszweig eine wirksame Maßnahme zur Beschaffung von Arbeit erhofft. Der neue Militärgarten an der Schönfeldstraße, im damals neu entstehenden Theodors-Park, dem Englischen Garten, soll zum Aufzuchtgebiet für flächendeckende Pflanzungen mit Maulbeerbäumen werden. Im Zuge der ersten Maßnahmen zur Entfestigung der Stadt werden Maulbeerbäume außerdem „um die ganze Stadt herum“ angepflanzt.

21. Februar 1789 – In jeder Garnisonsstadt sind Militärgärten anzulegen

München * Kurfürst Carl Theodor erlässt eine Anweisung, wonach in der Nähe einer jeden Garnisonsstadt Militärgärten anzulegen sind. Jeder Einheit wird ein eigener Destrikt zugewiesen. Die Soldaten sollen Gelegenheit erhalten zu graben und zu hacken, zu säen und zu ernten, sich aber auch auszuruhen und zu erholen. Dennoch sollen die Gärten „nicht nur alleine zum Vorteil und Ergötzung des Militärs, sondern auch zum allgemeinen Gebrauch als ein öffentlicher Spaziergang dienen“ sowie „Nahe an der Stadt angelegt werden und in einer luftigen, gesunden Gegend und wo man von einem der Stadttore oder sonstigen Ausgängen der Stadt bis zum Garten eine Allee leicht anlegen kann“.



2. März 1789 – Thompsons Vorschlag für ein Militärisches Arbeitshaus wird angenommen

München * Vermutlich aus Kostengründen entscheidet sich Kurfürst Carl Theodor für Thompsons Vorschlag für ein Militärisches Arbeitshaus und ordnet die Errichtung „einstweilen in jeder Stadt und Garnison, in Zukunft aber sobald thunlich in jedem beträchtlichen Orte“ an. Militärische Arbeitshäuser entstehen aber nur in München und Mannheim. Die Arbeitshäuser sollen folgenden Zwecken dienen: Der Beschäftigung von Armen und Bettlern. Die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten für verarmte Angehörige der unterständigen Schichten. Nicht an Arbeit gewöhnte Menschen sollen in diesen Anstalten die Arbeitsfähigkeit erlernen. Gleichzeitig sollen Armenverwaltungen eingerichtet werden, die die „Hausarmen“ erfassen und in die Arbeitshäuser einweisen.

24. März 1789 – Platzsuche für den geplanten Militärgarten

München-Englischer Garten * Kurfürst Carl Theodor fordert den Münchner Magistrat auf, für die Verwirklichung eines Militärgartens einen geschützten Platz ausfindig zu machen. Da es der Stadtverwaltung mit der Durchführung des von Thompson vorgelegten Planes nicht eilig ist, schreitet der Minister selbst zur Tat. Er hält die Gegend um den Hirschanger vor dem Schwabinger Tor, ein bisher lediglich zur kurfürstlichen Jagd genutztes Stück Land, das zum Teil außerhalb des Münchner Burgfriedens liegt und damit dem Einfluss und der Polizeigewalt des Münchner Magistrats entzogen ist, als am besten geeignet.

20. Juni 1789 – Kurfürst Carl Theodor ordnet die Verwirklichung der Militärgärten an

München-Englischer Garten * Kurfürst Carl Theodor beauftragt Sir Benjamin Thompson mit der Verwirklichung der Militärgärten. Er soll den Platz bestimmen, ausstecken, unter die Regimenter aufteilen und von ihnen bearbeiten lassen. Die Grundstückseigentümer werden finanziell entschädigt.

1. Juli 1789 – Oberaufsicht für die Militärischen Arbeitshäuser in München und Mannheim

München * Sir Benjamin Thompson erhält die Oberaufsicht über die Militärischen Arbeitshäuser in München und Mannheim.

1. Juli 1789 – Eine Militärgartenkommission wird gegründet



München * Sir Benjamin Thompson gründet eine Militärgartenkommission.

8. Juli 1789 – Die ersten Pflanzungen werden im Militärgarten vorgenommen

München-Englischer Garten * Unter dem Kommando von Benjamin Thompson nehmen Soldaten die ersten Pflanzungen für den Militärgarten vor.

14. Juli 1789 – Der Sturm auf die Bastille fördert den Englischen Garten

Paris * Mit dem Sturm auf die Bastille beginnt in Paris die Französische Revolution. Durch dieses Ereignis wird das Militärgarten-Projekt in München [= Englischer Garten] zu einem Politikum, das in aller Eile realisiert werden muss.

September 1789 – Der Chinesische Turm im Englischen Garten entsteht

München-Englischer Garten - Lehel * Nach Entwürfen des aus Mannheim stammenden Militärarchitekten Joseph Frey entsteht im Englischen Garten der Chinesische Turm. Die Initiative für den exotischen Turm geht von Sir Benjamin Thompson aus.

1. Januar 1790 – Bettlerhatz am Tag des Almosengebens

München * Am Tag des Almosengebens lässt Sir Benjamin Thompson in München 2.600 Bettler aufgreifen. Die Gesunden und Arbeitsfähigen müssen sich am nächsten Tag im Militärischen Arbeitshaus in der Au einfinden, „wo Arbeit, Verdienst und Verpflegung ihrer harrete“. Die Arbeitsunfähigen werden vom Armeninstitut unterstützt und verköstigt.

März 1790 – Eine hohe Belohnung für die Ergreifung des Maulbeerbaum-Zerstörers

München * Die Baumschule für Maulbeerbäume hat nur eine geringe Akzeptanz in der Münchner Bevölkerung. Sir Benjamin Thompson schreibt eine Belohnung von 100 Golddukaten für die Ergreifung desjenigen Bösewichts aus, der nachts in die Militärgärten eingedrungen ist und knapp 500 Setzlinge mutwillig zerstört hat.



21. Juli 1790 – Gegen die Danksagung der Münchner Bürgerschaft an den Kurfürsten

München * Der Rat der Stadt befasst sich mit der gedruckten Danksagung der Münchner Bürgerschaft an den Kurfürsten. Der Magistrat verwehrt sich in keinster Weise gegen einen Dank für die neue Armeneinrichtung oder die Militärakademie, lehnt aber eine generelle Danksagung ab. Außerdem sollte die Danksagung aus eigenem Antrieb erfolgen und nicht „durch einen besonderen Auftrag“.

29. April 1791 – Das Rumford-Haus im Englischen Garten wird errichtet

München-Lehel * Das Rumford-Haus im Englischen Garten, errichtet nach den Plänen des Baumeisters Johann Baptist Lechner, ist fertiggestellt. Im Hauptschloss befindet sich ein großer Speisesaal, denn das Bauwerk dient während der Militärübungen im Nordteil des Englischen Gartens als Offiziers-Casino. Dieser Militärsaal erhält später den Namen Rumfordsaal.

1793 – Die Churpfalzbaierische Lazarett-Einrichtungsverordnung

München * Die Churpfalzbaierische Lazarett-Einrichtungsverordnung führt einmännige Bettgestelle ein. Die Kranken werden nun nach Art der Krankheit und nicht regimentweise untergebracht. Außerdem befasst man sich mit Maßnahmen zum Schutz vor Ungeziefer und mit der Beheizung, Lüftung und Reinigung der Krankenzimmer.

22. März 1793 – Pfalz-Baiern tritt in den Reichskrieg gegen Frankreich ein

München - Wien - Paris * Pfalz-Baiern tritt nach heftigen Drohungen der Österreicher in den Reichskrieg gegen Frankreich ein. Um genügend Soldaten rekrutieren zu können, werden zunächst in München und dann in den anderen Amtsbezirken „mit keinem hinreichend gewissen Nahrungsstand versehene oder übel beschriebene dienstlose und müßiggehende Personen ledigen Standes“ zwischen 17 und 42 Jahren zwangsweise für den Militärdienst eingezogen.

27. November 1794 – 63 Schlossergesellen legen die Arbeit nieder

München * 63 Schlossergesellen legen aus Protest gegen die Kündigung und Lohnverweigerung



der zwei Schlossergesellen die Arbeit nieder. Der Stadtmagistrat lässt daraufhin zwei Rädelsführer und zwei Altgesellen einsperren. Neun Gesellen verweigern die Arbeitsaufnahme weiterhin. Sie werden zum Militärdienst verurteilt.

3. Dezember 1794 – Die Altgesellen solidarisieren sich

München * Die Altgesellen von 21 Zünften fordern die Zurücknahme des Urteilsspruchs gegen die verhafteten und zum Militärdienst verurteilten Schlossergesellen.

19. Dezember 1794 – Die zum Militärdienst verurteilten Gesellen werden wieder freigelassen

München * Die zum Militärdienst verurteilten Gesellen werden wieder freigelassen. Durch den Erfolg wächst das Selbstbewusstsein der Bevölkerung.

23. September 1795 – Einige Hundert verärgerte Münchner fordern eine Getreide-Ausfuhrsperr

München • Nachdem zwei Tage zuvor das Gerücht in Umlauf gesetzt worden war, dass mehrere Tausend Scheffel Getreide ausgeführt werden sollen, versammeln sich einige Hundert verärgerte Menschen vor dem Rathaus und fordern vom Magistrat das energische Eintreten für eine Getreide-Ausfuhrsperr. Eine Delegation begibt sich zum Kurfürsten, der wegen der Vorgänge einen Theaterbesuch absagen muss und schon deshalb zu hartem Vorgehen entschlossen ist. Er lässt seine Truppen in Alarmbereitschaft versetzen, die Stadttore verschließen und in den Straßen berittenes Militär patrouillieren. Auf Vermittlung der Kurfürstin-Witwe Maria Anna empfängt Carl Theodor die Delegation. Obwohl der Kurfürst die Verhandlungen verzögern möchte, können die Bürgervertreter dennoch Sofortmaßnahmen durchsetzen.

15. September 1796 – Die Bauarbeiten für die heutige Rumfordstraße beginnen

München-Isarvorstadt * Graf Rumford lässt durch Militärkolonnen mit Arbeiten an einer Ringstraße, die heutige Rumfordstraße, beginnen. Er will das Gelände im unmittelbaren Vorfeld der Wälle räumen und zur leichteren Umfahrung der Stadt eine breite, verkehrstüchtige Straße anlegen lassen. Noch bevor die Besitzer protestieren und ihre bewegliche Habe in Sicherheit bringen können, werden die auf der geplanten Trasse liegenden Gartengrundstücke enteignet. Nicht einmal die Ernte ihrer Anpflanzungen dürfen sie noch einholen. So entsteht vor



den Stadttoren die erste Umfahrung Münchens. Weil die Ringstraße als militärisch Straßenanlage begründet worden war, wehrt sich der Magistrat erfolgreich gegen jede finanzielle Beteiligung. Auch, als man die Straßenanlage als wesentlichen Beitrag zur Verschönerung Münchens ansah.

29. September 1796 – Rumford übernimmt das militärische Oberkommando in München

München * Auf Anordnung des Landesdirektoriums übernimmt Graf Rumford das militärische Oberkommando in München.

24. Juli 1798 – Die Rumford-Mühlen am Eisbach

München-Englischer Garten * Kurfürst Carl Theodor lässt 2.000 Gulden zum Bau der an der Kreuzung von Schwabinger Bach und Eisbach gelegenen Militär-Mühlen oder Rumford-Mühlen zur Verfügung stellen. Es handelt sich um eine Sägemühle und eine Mahlmühle für das Getreide des von Benjamin Thompson Verbesserten Kommissbrotens.

1799 – Zwischen 1799 und 1815 ist Bayern an sieben Kriegen beteiligt

München * Zwischen 1799 und 1815 ist Bayern an 7 Kriegen beteiligt, in denen Tausende bayerischer Soldaten kämpfen und viele ihr Leben lassen müssen.

1799 – Aron Elias Seligmann kommt nach München und wird Hofagent

Leimen - München * Kurfürst Max IV. Joseph lässt alle Hoffaktorenpatente einziehen - nur wenige erhalten ein neues Privileg. Aron Elias Seligmann aus Leimen bei Heidelberg kommt nach München und wird dort kurbaierischer Hofagent. Seligmann betreibt seit 1779 eine Tabakmanufaktur und ist durch den Salzhandel sehr reich geworden. In München ist er Verpflegungsadmoniteur der bayerischen Armee und Anleihennegotiant.

März 1799 – Der Englische Garten ist dem kurfürstlichen Kabinett unterstellt

München-Englischer Garten * Der Englische Garten ist inzwischen nicht mehr der Militärbehörde, sondern dem kurfürstlichen Kabinett unterstellt. Reinhard Freiherr von Werneck ist



hauptamtlicher Direktor des 375 Morgen großen Englischen Gartens. Er untersteht aber dem zum Gartenbaudirektor für die Rheinpfalz und ganz Baiern ernannten Friedrich Ludwig Sckell. Werneck achtet hauptsächlich auf die wirtschaftliche Rentabilität der Gartenanlage. Durch landwirtschaftliche Einrichtungen soll sich das Gartenprojekt selbst tragen - und möglichst sogar einen Gewinn erwirtschaften. Dies will Werneck durch die Erweiterung der Wiesen- und Waldflächen, durch eine Vergrößerung des Viehbestandes und den Ausbau der Ökonomie und der Mühlen erreichen. Die Ökonomie und die Schweizerei wird dem Englischen Garten einverleibt.

März 1799 – Die Österreicher benehmen sich wie feindliche Besatzungstruppen

München * 100.000 Österreicher stehen im Land und benehmen sich wie feindliche Besatzungstruppen. Die Bevölkerung ist vom neuen Baiernregenten enttäuscht. Diese hat aber - trotz seiner Sympathien für Frankreich - aufgrund der militärischen Präsenz der Österreicher im eigenen Land keine andere Wahl, als in der Koalition gegen Frankreich zu bleiben.

24. September 1799 – Das Militärische Arbeitshaus wird aufgelöst

Au * Das Militärische Arbeitshaus in der Au wird bereits nach zehn Jahren wegen Unrentabilität wieder aufgelöst. Als Grund gibt Kurfürst Max IV. Joseph an, dass die „Monturstücke für die kurfürstlichen Regimenter, die aus dem Militärarbeitshaus geliefert werden, teurer als bei den bürgerlichen Gewerbeleuten“. Die Arbeiter überlässt man weitgehend ihrem Schicksal.

November 1799 – Die Militärgärten werden vom Englischen Garten abgetrennt

München-Englischer Garten * Die Militärgärten werden abgeschafft, dem Hoffuttermeisteramt unterstellt und vom Englischen Garten abgetrennt.

7. Januar 1800 – Aus den Militärgärten wird die Schönfeldwiese

München-Englischer Garten * Das Gelände der Militärgärten wird wieder mit dem Englischen Garten vereinigt und daraus eine ausgedehnte längliche Wiesenfläche, die Schönfeldwiese, angelegt.



15. März 1800 – Kurfürst Max IV. Joseph nimmt von den Engländern Subsidienengelder

München * Kurfürst Max IV. Joseph nimmt von den Engländern Subsidienengelder, die zwar den territorialen Bestand Baierns garantieren, doch der Preis ist das Festhalten am Militärbündnis mit Österreich und die Fortführung des Krieges gegen Frankreich.

26. April 1800 – Ausnahmeprivilegien für Bürgersöhne bleiben auch weiterhin erhalten

München * Angesichts der englischen Subsidienzahlungen verbreitet sich in München das Gerücht, dass zur Erreichung der geforderten militärischen Mannschaftszahlen nun auch Bürgersöhne „ausgehoben“ werden. Polizeidirektor Anton Baumgartner erklärt, dass die Ausnahmeprivilegien für Bürgersöhne auch weiterhin erhalten bleiben.

3. Juli 1800 – Dankadresse von der bayerischen Nation an Max Joseph IV.

München * Nach der Flucht des Kurfürsten Max IV. Joseph findet sich in einer weit verbreiteten Broschüre mit dem Titel: „Dankadresse von der bayerischen Nation an Max Joseph IV.“ eine spöttische Kommentierung dieser Situation. Darin wird als größte Wohltat des Kurfürsten seine „Flucht aus München“ gepriesen, da er dadurch „die Stadt und das ganze Land der französischen Großmut preisgegeben und die Untertanen vollends überzeugt habe, dass sie sich auch ohne Fürsten und Militär selbst zu verteidigen, zu regieren und die Gefahren, in der sie ihr vielgeliebter Regent versetzt hat, mit männlicher Klugheit abzuwenden wissen“. Der Text will die Baiern in Stadt und Land davon überzeugen, dass die Nation reif ist für eine republikanische Staatsform nach französischem Muster und dass der Kurfürst als Oberhaupt des Staatswesens absolut entbehrlich sei. Freilich gibt es auch Stimmen gegen die Härten, die die französischen Einquartierungen mit sich bringen. Doch es herrscht eine grundsätzliche Sympathie für die Franzosen und das republikanische Frankreich. Die Verantwortung für die unerquickliche Lage lastet man jedenfalls weniger den französischen Besatzungstruppen, als vielmehr dem geflüchteten Kurfürsten Max IV. Joseph und seiner verfehlten Politik an, mit der er Baiern im kaiserlichen Lager festhält. Selbst regierungstreue Münchner sehen sich durch die republikanischen Soldaten immer noch besser behandelt als durch die verbündeten Österreicher.

25. Dezember 1800 – Neuer Waffenstillstand zwischen Frankreich und Österreich



Steyr * In Steyr wird ein neuer Waffenstillstand zwischen Frankreich und Österreich geschlossen.

Nach der für die Revolutionstruppen siegreichen Schlacht von Hohenlinden am 3. Dezember 1800 ist Frankreich endgültig zur dominanten und im Südosten des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation militärisch präsenten Macht geworden. Österreich muss erkennen, dass sich der Krieg gegen Frankreich nicht erfolgreich weiterführen lässt.

9. Februar 1801 – Die von Franzosen besetzten Gebiete müssen geräumt werden

Lunéville * Der Friedensvertrag von Lunéville legt auch fest, dass die Franzosen die von ihnen besetzten rechtsrheinischen Gebiete räumen. Dennoch lassen sich die französischen Soldaten mit ihrem Abzug aus München ausreichend Zeit. In ihrem Siegestaumel kommt es zu einer Vielzahl von Ausschreitungen. Mit ihren Räubereien, Erpressungen und sogar etlichen Mordtaten betrachten sie die Münchner bald als Plage. Auch, als sie als Wachen an den Stadttoren auf die Idee kommen, von jedem Passanten 24 Kreuzer Zoll zu verlangen. Erst nach wiederholten Protesten der Betroffenen verbietet der Platzkommandant diese Eigenmächtigkeit. Die aus dem Osten abrückenden französischen Militäreinheiten belasten die Münchner mit zusätzlichen Quartierlasten.

25. August 1801 – Kurfürst Max IV. Joseph nimmt die Reform Baierns in Angriff

München * Mit tatkräftiger Unterstützung seines Ministers Maximilian Joseph Freiherr von Montgelas nimmt Kurfürst Max IV. Joseph eine Reform seines Landes in Angriff. Zur dauerhaften Stabilisierung des Staates ist eine Umverteilung von Rechten, Pflichten und Chancen notwendig. Zu dieser Revolution von oben gehört auch die revolutionäre Gleichbehandlung aller Baiern, mit dem Anspruch des Herrschers, „allen Untertanen, Reichen und Armen, Witwen und Waisen, Geistlichen und Weltlichen, gleiches Recht und Schirm zu verschaffen“. Durch diese Reformen kann der Baiernregent einen Großteil der Kritik, die zu Beginn seiner Regierung die öffentliche Debatte geprägt hatte, den Boden entziehen. Vieles von dem wird beseitigt, was unter der Regentschaft des Kurfürsten Carl Theodor als willkürlich und korrupt angegriffen worden ist. Gleichzeitig lässt er energisch eingreifen und setzt sich mit Militärgewalt durch, wenn seiner Politik offene Auflehnung entgegen schlägt. Beides, die umfangreichen und weitreichenden Reformen sowie das energische und harte Durchgreifen, lassen die heftige Kritik der Anfangsjahre und jedes Auflehn gegen seine Politik allmählich verstummen. Durch sein leutseliges Verhalten kann Kurfürst Max IV. Joseph sogar die Zuneigung der Münchnerinnen und Münchner erringen und sich so zu einer der beliebtesten Persönlichkeiten der Wittelsbacher hocharbeiten. Schon bald gehören die anfänglichen Differenzen zwischen dem Herrscher und



dem bayerischen Volk der Vergangenheit an.

24. Mai 1802 – Geheimvertrag mit Frankreich über Landabtretungen

Kurfürstentum Bayern * Für Bayern beginnen die Landzugewinne. Kurfürst Max IV. Joseph hat mit Frankreich in einem Geheimvertrag vereinbart, dass er die vertraglich zugewiesenen Territorien noch vor der Verabschiedung des Reichsdeputationshauptschlusses militärisch in Besitz nehmen kann.

8. Juni 1802 – Ausschreitungen nach der Andechs-Wallfahrt

München-Kreuzviertel * Nachmittags um 17 Uhr kehren die Wallfahrer vom heiligen Berg in Andechs zurück. Sie ziehen feierlich durch das Sendlinger Tor in die Stadt ein. Nachdem der Pfingstdienstag als Feiertag und damit auch das Abhalten von Prozessionen bereits im Jahr 1771 abgeschafft worden war, schreitet das Militär ein. Es kommt zu Ausschreitungen. Eine rund 300 Personen umfassende Gruppe stürmt zur Hauptwache am Schannenplatz und weiter in Richtung Bürgersaal. Das Militär kann sich durchsetzen und die Protestierer zurückdrängen.

9. Juni 1802 – Die Ausschreitungen setzen sich fort

München * Über die ganze Stadt verteilt sind militärische Patrouillen zu Pferd und zu Fuß. Die ersten Handwerksgesellen treten in den Streik.

10. Juni 1802 – Das Militär nimmt Handwerksgesellen fest

München * Das Militär durchstreift die Stadt und nimmt Handwerksgesellen fest. Um 11 Uhr wird mit Trommelschlag ausgerufen, dass man gegen jene Handwerksburschen militärische Gewalt anwenden wird, wenn sie sich nicht den Anordnungen fügen würden.

19. August 1802 – Die Stadt Salzburg und die Fürstprobstei Berchtesgaden werden besetzt

Salzburg - Berchtesgaden * Die Stadt Salzburg und die Fürstprobstei Berchtesgaden werden von den österreichischen Truppen für Ferdinand III. von Toskana, dem jüngeren Bruder von Kaiser



Franz, militärisch besetzt.

19. August 1802 – Baierns Militär marschiert in Mühldorf ein

Mühldorf * Baierns Militär marschiert um 16:30 Uhr in das zum Fürstbistum Salzburg gehörende Mühldorf am Inn ein und nimmt die Stadt militärisch in Besitz.

20. August 1802 – Aktiver Widerstand erscheint als nicht angemessen

Salzburg - Mühldorf * Das in Salzburg sitzende Hofratsdirektorium teilt dem Mühldorfer Pfleger Siegmund Christoph von Hartmann mit, dass für eine militärische Besetzung der Stadt keine rechtlichen Grundlagen vorhanden wären und diese einen massiven Rechtsbruch darstellen würde. Doch sei angesichts der Lage ein „aktiver Widerstand nicht angemessen“.

23. August 1802 – Baierisches Militär marschiert in das Fürstbistum Freising ein

Freising * Kurfürst Max IV. Joseph lässt das Militär in das Fürstbistum Freising einmarschieren.

21. Juli 1804 – Auf dem Franziskaner-Friedhof stampfen Soldatenstiefel

München-Kreuzviertel - München-Graggenau * In einem kurfürstlichen Reskript an die Oberbaierische Militär-Inspektion heißt es: „Wir haben gnädigst beschlossen, den bisherigen Parade-Platz dem Vergnügen des Publikums allein zu widmen, und zu diesem Zwecke verschönern zu lassen. Dagegen bestimmen Wir den Platz des ehemaligen Franziskaner-Klosters zur Zeit als Parade-Platz, und eröffnen solches Unserer oberbaierischen Militär-Inspektion zu Anweisung der hiesigen Kommandantschaft“. Das Franziskanerkloster ist inzwischen abgerissen und der dazugehörige Friedhof eingeebnet worden. Der dadurch entstandene große Raum erhält bald darauf die Bezeichnung Max-Joseph-Platz. Über den Gräbern des Franziskanerfriedhofs stampfen seither Soldatenstiefel, vor allem aus der Kosttor-Kaserne und der Kreuzkaserne. Bis zum Frühjahr 1826 dient der heutige Max-Joseph-Platz als Exerzierplatz der Münchner Garnison, um sich auf einen potenziellen Einsatz sorgfältig vorbereiten zu können. Bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts gibt es keine militäreigenen großen Truppenübungsplätze. Die eigentliche Truppenausbildung muss daher auf den Kasernenhöfen und auf Exerzierplätzen stattfinden.



1805 – Großzügige Befreiung vom Wehrdienst für das Bürgertum

München * Die Gesetze zur Ergänzung des stehenden Heeres von 1805 und 1812 gestatten dem Bürgertum großzügige Befreiung vom Wehrdienst.

22. März 1805 – Die Militärbehörde erhält das säkularisierte Kloster der Hyronymiten

München-Lehel * Kurfürst Max IV. Joseph überträgt der Militärbehörde das säkularisierte Kloster „der Hyronymitaner im Lehel nebst dem Garten, jedoch mit Ausnahme der Kirche, welche Wir zur Pfarrkirche bestimmt haben“. Der Regent will das Kadetten-Korps vom Wilhelminum hierher verlegen. Doch dazu müssen erst für die das Kloster noch bewohnenden drei Hieronymiten und drei kurfürstliche Jäger eine Unterkunft gefunden werden. Und selbst dann ist das Gebäude noch höchst ungeeignet, da zwischen dem südlich der Kirche liegenden Konventtrakt und dem an der Kirchen-Nordwand neu anzubauenden Erweiterungsbau das Gotteshaus liegt. Die vorgelegten Baupläne stoßen auch wegen der zu gering bemessenen Kadettenplätze, der nicht ausreichenden Unterrichtsräume und des fehlenden Zimmers „für die physikalischen Apparaturen“ auf Kritik. Vor allem missfällt dem Kadettenerzieher, dass die Schlafräume für die zivilen Dienstmägde mitten im Unterkunftsbereich der Kadetten liegen und so „die skandalösesten Auftritte und Ausschweifungen“ zu befürchten wären. Langsam setzt sich aber die Erkenntnis durch, dass „die Lage des Hieronymitaner-Klosters, sowohl wegen dessen Verbindung zu den übrigen Kasernen, und hauptsächlich wegen dem nahe vorbeifließenden Wasser ungemein vorteilhaft zu einer Kaserne“ ist.

12. September 1805 – Österreichische Militärs quartieren sich in München ein

München * Ab dem 12. September 1805 quartieren sich immer mehr österreichische Militärs in München ein.

6. Oktober 1805 – Französisch-baierische Militäreinheiten überqueren die Donau

Donauwörth - Neuburg - Ingolstadt * Das vereinigte französisch-baierische Heer umfasste 60.000 Mann. Es überquert am 6. Oktober die Donau bei Donauwörth, Neuburg und Ingolstadt.

14. Oktober 1805 – Die Schlacht bei Elchingen



Elchingen * In der Schlacht bei Elchingen kommt es zu einem weiteren Gefecht zwischen österreichischen und französisch-baierischen Militärs.

24. Oktober 1805 – Napoleon Bonaparte zieht triumphal in München ein

München * Napoleon zieht triumphal durch das Karlstor in München ein. Kurfürst Max IV. Joseph befindet sich noch in seinem Exil in Würzburg. Die Kurpfalzbaierische Staats-Zeitung von München berichtet am 25. Oktober 1805: „Endlich hatten wir gestern das sehnlich erwartete Vergnügen, Se. Majestät Napoleon Kaiser in Frankreich und König in Italien hier eintreffen zu sehen. Se. Majestät kamen von Augsburg, fuhren in einem 6-spännigen Reisewagen, welchen der Herr Reichs-Marschall Bernadotte, nebst noch einigen H.H. Reichsmarschallen zu Pferde begleitete, unter dem Donner der Kanonen, und dem Zusammengeläute aller Glocken durch die Neuhauser-Kaufinger- über den Platz durch die Diener- in die Residenz-Gasse heran, und stiegen [...] in der kurfürstl. Residenz ab. Die ganze Stadt war zur Tageshelle beleuchtet, und die Mittags zuvor angekommenen kaiserl. königl. Garde-Regimenter hatten sich durch die ganze Einzugsstrecke à la haie aufgestellt. Es war $\frac{1}{2}$ 8 Uhr Abends, und die Menge des hier befindlichen, zum Theile noch mit der Einquartierung beschäftigten Militärs nebst dem zusammenströmenden Volke zeigte das Bild eines durch Ströme aufgetriebenen Meeres, das sich schwer und langsam dahinwälzt.“

25. Oktober 1805 – Die Presse berichtet über Napoleons Einzug in München

München * Die Kurpfalzbaierische Staats-Zeitung von München berichtet vom Einzug Napoleons: „Endlich hatten wir gestern das sehnlich erwartete Vergnügen, Se. Majestät Napoleon Kaiser in Frankreich und König in Italien hier eintreffen zu sehen. Se. Majestät kamen von Augsburg, fuhren in einem 6-spännigen Reisewagen, welchen der Herr Reichs-Marschall Bernadotte, nebst noch einigen H.H. Reichsmarschallen zu Pferde begleitete, unter dem Donner der Kanonen, und dem Zusammengeläute aller Glocken durch die Neuhauser-Kaufinger- über den Platz durch die Diener- in die Residenz-Gasse heran, und stiegen [...] in der kurfürstl. Residenz ab. Die ganze Stadt war zur Tageshelle beleuchtet, und die Mittags zuvor angekommenen kaiserl. königl. Garde-Regimenter hatten sich durch die ganze Einzugsstrecke à la haie aufgestellt. Es war $\frac{1}{2}$ 8 Uhr Abends, und die Menge des hier befindlichen, zum Theile noch mit der Einquartierung beschäftigten Militärs nebst dem zusammenströmenden Volke zeigte das Bild eines durch Ströme aufgetriebenen Meeres, das sich schwer und langsam dahinwälzt“.



1806 – Die Militärmühlen werden stillgelegt

München-Englischer Garten - Lehel * Auf Friedrich Ludwig Sckells Wunsch hin werden die Militärmühlen an der Kreuzung von Schwabinger Bach und Eisbach stillgelegt und der Befehl zum Abbruch gegeben.

1. Januar 1806 – Fehlende Kroninsignien und Salbung des Königspaares

München-Graggenau * Was fehlt, sind die Kroninsignien und natürlich die feierliche Krönung mit kirchlicher Salbung des Königspaares. Napoleon hätte gerne eine Krönung gesehen, die aber in München nicht gewollt ist. Begründet wird dies damit, dass im immer noch bestehenden Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation derartige Königskrönungen unbekannt sind. Da aber Baiern, Württemberg, Baden und Frankreich bestrebt sind, die Bestimmungen des Friedens von Preßburg vom 26. Dezember 1805 schnellstmöglich umzusetzen und damit unumkehrbar zu machen, fehlt für eine Krönung sowohl in München als auch in Stuttgart die dazu notwendige Vorbereitungszeit. So findet lediglich die Proklamation der neu entstandenen Königreiche Baiern und Württemberg zeitgleich statt. Freilich gibt es noch andere Gründe, die gegen eine Krönung sprechen, aber nicht laut ausgesprochen werden: Die Wittelsbacher wollen den Anschein vermeiden, die Königswürde sei dem militärischen Erfolg und dem Willen Napoleon Bonapartes zu verdanken. Dieser hat eine Rangerhöhung der süddeutschen Staaten nur deshalb angestrebt, um zuverlässige Bündnispartner gegen Österreich zu gewinnen und dessen Machteinfluss zu beschränken. Damit ist Napoleon auch dem Ziel, das Heilige Römische Reich Deutscher Nation zu zerschlagen und zu beerben, ein Stück näher gekommen. Und wenn man schon die bayerische Unabhängigkeit und Souveränität als eine von Frankreich und Napoleon unabhängige legitimiert gewusst haben will, scheint eine Krönungszeremonie - noch dazu in Anwesenheit des französischen Kaisers - für absolut unakzeptabel. Im Königlich-Baierischen Regierungsblatt vom 1. Januar 1806 wird deshalb angemerkt: „Unsere feyerliche Krönung und Salbung haben Wir auf eine günstigere Jahreszeit vorbehalten, welche Wir in Zeiten öffentlich bekannt machen werden.“ Geplant ist die Krönungszeremonie für Oktober 1806.

2. Januar 1806 – Ein Militärspektakel mit erbeuteten Waffen

München * Ein ursprünglich für den Neujahrstag geplantes Militärspektakel muss wegen der Königsproklamation auf den 2. Januar verlegt werden. Dabei werden Kanonen, Gewehre und Fahnen präsentiert, die einst von kaiserlichen Soldaten als Trophäen nach Wien gebracht und nun von Napoleon als Zeichen der Verbindung von Frankreich und Baiern sowie der



gemeinsamen Abgrenzung gegenüber Österreich im Triumph zurückgeführt worden waren.

12. Juli 1806 – Der Rheinbund wird als Militärbündnis gegründet

München * Der Rheinbund als Konföderation von zunächst 16 Staaten wird als Militärbündnis gegründet. Die Unterzeichner verpflichten sich zum gegenseitigen Beistand im Kriegsfall. Bayern muss mit 30.000 Mann das stärkste Kontingent stellen. Mit dem Beitritt zum pro-französischen Rheinbund verlässt das Königreich Bayern endgültig und offiziell das Heilige Römische Reich Deutscher Nation. Im Gegenzug erhalten die Bundesgenossen enorme territoriale Zuwächse. Das junge Königreich Bayern erhält die Reichsstadt Nürnberg und deren Territorien, darüber hinaus die bislang reichsunmittelbaren Herrschaften der Fürsten Hohenlohe, Öttingen, Fugger, Thurn und Taxis, der Grafen von Vastell, Pappenheim, Stadion und Schönborn sowie fränkische und schwäbische Reichsrittergüter.

1807 – Zur Festigung der inneren Ordnung

München * Das bisher freiwillige Bürgermilitär wird zur Festigung der inneren Ordnung aufgestellt.

3. April 1807 – Mandat zur Neuorganisation des Bürgermilitärs

München * Das „Mandat über die Uniformierung und Organisation des bürgerlichen Militärs in den Städten, Flecken und Märkten des Königreichs“ wird erlassen. Es bildet eine allgemein verbindliche Rechtsgrundlage für den Wach- und Sicherheitsdienst des Bürgermilitärs, denn bisher hatten die Bürger diese Aufgabe ja freiwillig erfüllt. Wichtigster Punkt für den Staat ist die neue allgemeine Musterungspflicht aller Bürger zum Bürgermilitär. Untaugliche müssen eine Wehersatzgebühr bezahlen. Als Gegenleistung gesteht der Staat den Offiziers- und Unteroffizierskorps der einzelnen Waffengattungen des Bürgermilitärs ihre Ergänzung und Beförderung zu höheren Chargen zu. Über die Aufgabe des Bürgermilitärs sagt das Mandat folgendes: „[...] Nie kehrt der Bürger seine Waffen gegen den äusseren Feind. Seine Bestimmung bleibt ausschliessend, den friedlichen, rechtlichen Einwohner zu beschützen, und die Wirkungen des Gesetzes gegen polizeiliche Vergehungen und das Verbrechen zu unterstützen. Er übernimmt demnach bei dem Abzuge der Feldregimenter aus den Garnisonen den Dienst daselbst, besorgt denselben in jenen Städten, wo keine gewöhnliche Garnison liegt, für beständig, um durch auszusendende Sicherheits-Patrouillen die Umgebungen vor allem, der



öffentlichen Ruhe und Sicherheit gefährlichen Gesindel rein zu halten.“ Das unmittelbare Kommando über das lokale Bürgermilitär hat der jeweils ranghöchste beziehungsweise rangälteste Bürgeroffizier. Dieser untersteht wiederum in einer Garnisonsstadt der militärischen Stadtkommandantschaft, ansonsten dem zivilen Landrichter oder Polizeidirektor. Der Vorschlag für ein Pferderennen aus Anlass der Kronprinzenhochzeit (1810) kommt aus den Reihen der Königlich-Baierischen Nationalgarde III. Klasse. Diese entwickelte sich aus dem Städtischen Wehrwesen. Dieses Münchner Bürgermilitär gehört nicht im eigentlichen Sinne zur Münchner Garnison. Die traditionelle Abgrenzung von Armee und Bürgertum beziehungsweise von Garnison und Bürgerwehr bleibt bis weit ins 19. Jahrhundert bestehen.

November 1807 – Napoleon beauftragt Montgelas mit dem Statut für den Rheinbund

München - Mailand - Paris * Minister Maximilian Joseph von Montgelas wird von Napoleon bei einem Treffen in Mailand aufgefordert, einen Entwurf für ein Fundamentalstatut für den Rheinbund auszuarbeiten. Vorgegeben sind die wichtigsten Grundzüge, wie eine Bundesorganisation und die Regelung der Handelsbeziehungen sowie die Einführung des „Code Napoléon“. Der von Montgelas ausgearbeitete und in Paris vorgelegte Entwurf beinhaltete nur ein absolutes Mindestmaß an Kompetenzen für den Rheinbund, der lediglich als lockerer Bund souveräner Staaten mit gemeinsamen Aufgaben auf militärischem Gebiet konzipiert ist. Da Napoléon mit dem baierischen Entwurf nicht besonders einverstanden ist, beauftragt er seinen Außenminister mit einem neuen, wesentlich zentralistischer gestalteten Konzept.

21. Dezember 1807 – Die verbliebenen Hieronymiten-Patres müssen das Kloster räumen

München-Lehel * Die drei noch im Lehel verbliebenen Hieronymiten-Patres vom alten Konvent erhalten den Befehl „auf der Stelle die Wohnung zu räumen, indem noch diese Woche 236 Mann Militär einziehen“. Das Anna-Kloster wird nun für das Fuhrwesen benutzt.

1808 – Ignaz Mayer gründet die Giesinger Lederfabrik

Untergiesing * Das Anwesen des ehemaligen Edelsitzes Pilgramsheim geht an Ignaz Mayer über, „welcher eine der größeren und im besten Betriebe stehende Lederfabrik Baierns daselbst etablierte“. Die Giesinger Lederfabrik ist nicht nur als Großgerberei tätig, sondern produziert



darüber hinaus in enormen Umfang Lederwaren für die Königlich Bayerische Armee - und das „im Accord“. Das ist der Grund, weshalb die Mayer'sche Militär-Lederfabrik bei den eingesessenen Sattlern und Schuhmachern, die sich durch diese um zusätzliche Verdienstmöglichkeiten gebracht und ihre Existenz gefährdet sehen, umstritten ist. Ignaz Mayer entstammt einer angesehenen Mannheimer jüdischen Kaufmannsfamilie, die dem hochkarätigen Kreis der Hoffaktoren des pfälzischen Kurfürsten angehörte.

1. Mai 1808 – Die Konstitution für das Königreich Bayern tritt in Kraft

München * Die Konstitution des Königreichs Bayern tritt in Kraft. Die erste einheitliche Verfassung des Königreichs Bayern besteht aus 45 Paragraphen, die auf acht Seiten Platz finden. Nach der Auflösung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation und dem großen Gebietszuwachs, den Bayern erfahren hat, ist es notwendig geworden, das Recht zu vereinheitlichen und die Rechtsgleichheit in den verschiedenen Landesteilen herzustellen. Nur Altbayern war, bis auf wenige Enklaven, ein geschlossenes Staatsgebiet. Ansonsten gleicht das neue Bayern mit seiner Anhäufung von Besitzungen verschiedener Fürsten, Grafen, Herren und Ritter eher einem Fleckerlteppich. Bayern muss nun zusammenwachsen und nach einheitlichen gesellschaftlichen und verwaltungsrechtlichen Grundsätzen regiert werden.

Damit werden „alle besonderen Verfassungen, Privilegien, Erbämter und Landschaftliche Korporationen der einzelnen Provinzen“ aufgehoben. Die Verfassung garantiert die Gleichheit aller vor dem Gesetz und den Steuerbehörden sowie beim Zugang zu den Staatsämtern. Die Rechte des Adels werden darin eingeschränkt und deren bisherigen politischen Vorrechte ausdrücklich abgelehnt. In einer neu eingeführten „Adelsmatrikel“ muss der Adelstitel erst staatlich anerkannt werden. Die Leibeigenschaft wird ersatzlos abgeschafft. Die Sicherheit des Eigentums wird ebenso gewährleistet, wie die Gewissensfreiheit und die Pressefreiheit. Letztere wird allerdings durch Gesetze teilweise wieder eingeschränkt. Das Gesetz sieht ein stehendes Volkshier und eine Bürgermiliz vor. Mit 21 Jahren muss jeder Staatsbürger vor der Verwaltung seines Kreises einen Eid ablegen, dass er „der Konstitution und den Gesetzen gehorchen - dem König treu sein wolle“. Ohne ausdrückliche Erlaubnis des Monarchen darf kein Staatsbürger auswandern oder ins Ausland reisen. Zum „Königlichen Hause“ wird in der Konstitution festgelegt, dass die Krone erblich ist „in dem Manns-Stamme des regierenden Hauses, nach dem Rechte der Erstgeburt und der agnatisch-linealischen Erbfolge“. Die Prinzessinnen sind für immer von der Regierung ausgeschlossen, so lange noch männliche Nachkommen vorhanden sind. Sämtliche Familienmitglieder des königlichen Hauses stehen unter der Gerichtsbarkeit des Monarchen, und können bei Verlust Ihres Erbfolge-Rechts nur mit



dessen Einwilligung zur Ehe schreiten. Nach den Bestimmungen der Konstitution besteht zur Verwaltung des Königreiches Baiern das Ministerium aus fünf Departements, dem des Äußeren, der Justiz, der Finanzen, des Inneren und des Kriegswesens. Zudem teilte sie das Königreich in Kreise ein, um so einen einheitlichen Beamten- und Verwaltungsstaat zu schaffen. Auch das Justiz- und Militärwesen werden neu organisiert. Ein Parlament ist in Form einer National-Repräsentation vorgesehen, kommt aber nicht zustande. Gleichwohl werden die Vertretungen der einzelnen Teilgebiete des Königreichs mit Inkrafttreten der Verfassung abgeschafft. Die National-Repräsentanten sollten für die Dauer von sechs Jahren gewählt werden. Dazu sollten in jedem der acht Kreise, von den 200 höchstbesteuerten „Land-Eigenthümern, Kaufleuten und Fabrikanten“ von Wahlmännern sieben Mitglieder gewählt werden. Diese 56 Gewählten hätten dann die Reichs-Versammlung gebildet. Durch die Einführung der Konstitution verhindert Minister Maximilian Joseph von Montgelas, dass der auf Napoléon Bonapartes Drängen geschlossene Rheinbund die Souveränität des Königreichs Baiern zu stark einschränkt.

1809 – Die freiwillige Bürgerwehr wird in die Nationalgarde eingegliedert

München * Durch eine Neuorganisation des Militärs wird die bisher freiwillige Bürgerwehr nach französischem Vorbild in die dreigliedrige Nationalgarde eingegliedert. Die Nationalgarde I. Klasse bildet das Stehende Heer, die II. Klasse wird zur Landesverteidigung innerhalb des Königreichs verpflichtet. Die Nationalgarde III. Klasse ist die ehemalige Bürgerwehr. Sie untersteht jetzt den staatlichen Behörden für polizeiliche Aufgaben. Seit dem Spätmittelalter hatte die Bürgerwehr in zunehmenden Maße repräsentative Funktionen bei festlichen Anlässen der Städte und des Fürstenhauses wahrgenommen. Die vornehmsten Aufgaben - Ehrengeliebt und Ehrenwache für höchste Herrschaften blieb der Bürger-Kavallerie vorbehalten. Eine Kavallerie-Division gibt es - neben dem Invanterie-Regiment und der Artillerie-Kompanie - auch in München. Sie wird unter ihrem Major Andreas von Dall'Armi das Pferderennen aus Anlass der Hochzeit von Kronprinz Ludwig I. und Prinzessin Therese von Sachsen-Hildburghausen austragen. Eine „Schicki-Micki-Armee“.

Januar 1809 – Erzherzog Johann lädt die führenden Köpfe des Tiroler Widerstands ein

Wien - Tirol * Erzherzog Johann lädt drei der zu den führenden Köpfen des Widerstands zählenden Tiroler nach Wien. Darunter ist Andreas Hofer, der Sandwirt aus dem Passeier. In



vertraulichen Gesprächen werden Informationen und Meinungen ausgetauscht und konkrete Vereinbarungen getroffen. Um mögliche rechtlich-moralische Bedenken der Tiroler Bevölkerung im Aufstand gegen die baierische Landesherrschaft auszuräumen, will der Erzherzog gleich bei Kriegsbeginn ein Besitzergreifungspatent unterzeichnen und damit Tirol wieder mit Österreich vereinen. Damit wären die Tiroler keine baierischen Untertanen mehr, sondern Österreicher. Und wer dann gegen die Bayern kämpft, wäre kein Aufständischer sondern ein Freiheitskämpfer. In der Folge wird die Erhebung Tirols ins Rollen gebracht. Es sind viele Gründe zusammengekommen, die den Aufstand der Tiroler gegen die baierische Herrschaft letztlich auslösen. Keiner allein hätte ausgereicht: weder die Aufhebung der alten Verfassung noch die Überheblichkeit baierischer Beamter, weder die drückende Steuerlast noch die religionspolitischen Maßnahmen; ja nicht einmal die verhasste Rekrutierung zum baierischen Militär hätte unter anderen Umständen solche verheerende Folgen gezeigt. Ausschlaggebend war, dass die Tiroler unter Bayern keine Tiroler bleiben durften, sondern zu Südbayern gemacht wurden.

12. März 1809 – Die baierischen Behörden wollen in Tirol Rekruten „ausheben“

Innsbruck * Die baierischen Behörden wollen in Axams bei Innsbruck erstmals in Tirol Rekruten „ausheben“. Weil sich die betroffenen Burschen in den Wäldern verstecken, schwärmen Patrouillen aus, um die Entlaufenen festzunehmen. Als eine baierische Patrouille zwei bewaffnete junge Männer festnehmen will, werden sie in die Flucht geschlagen. Daraufhin wird das Militär in Alarmbereitschaft gesetzt. Jetzt greifen die Bauern zu den Waffen, nehmen baierische Soldaten gefangen, entwaffnen sie und schicken sie nach Innsbruck zurück.

Mai 1809 – Die Tiroler unternehmen Beutezüge nach Bayern

Tirol - Königreich Bayern * Auf Befehl von General Chasteler und unter der Führung eines Freiherrn von Taxis unternehmen rund 800 Tiroler Beutezüge nach Bayern, um dort nach Belieben zu Brennen und zu plündern. Schongau, Oberndorf, Kaufbeuren und Kempten werden überfallen. Die Stimmung gegen Bayern wird durch das österreichische Militär mit einigen Propagandalügen noch aufgeheizt. Der in Diensten Österreichs stehende Martin Teimer reist durch Tirol und erklärt, dass die Bayern beabsichtigen, in allen Orten die Kirchen zu schließen bis auf eine, alle Beichtstühle zu verbrennen bis auf einen, alle Altäre abzutragen bis auf einen und alle Kelche zu konfiszieren bis auf einen.



1. November 1809 – Es kommt zur vierten und letzten Schlacht am Bergisel

Innsbruck - Bergisel * Es kommt zur vierten und letzten Schlacht am Bergisel. 20.000 bayerische Soldaten stehen etwa 8.500 Tirolern unter der Führung des Sandwirts Andreas Hofer gegenüber. Die Schlacht ist nach knapp drei Stunden entschieden. Die - von bayerischer Seite „Rebellen“ oder „Insurgenten“ genannten - Aufständischen vernichtend geschlagen. Der Aufstand der Tiroler und die zunächst vergeblichen Versuche, Tirol zurückzuerobern, sind in den Augen Napoleons eine militärische Schande, die seinen Ruf als unbesiegbaren Feldherrn beschädigt. Dies führt dazu, dass der Franzose eine Teilung für notwendig erachtet. Die Südtiroler nehmen an den Kämpfen nicht mehr teil. Rund einhundert Abgeordnete versammeln sich in Bozen, beschließen die Niederlegung der Waffen und informieren Andreas Hofer darüber.

Dezember 1809 – Tirol wäre besser bei Frankreich

Tirol * Die französische Militärverwaltung versucht den Tirolern karzuzumachen, dass sie bei Frankreich besser als bei Bayern aufgehoben wären.

August 1810 – Die neue Grenzziehung in Tirol ist abgeschlossen

Tirol * Der Aufstand der Tiroler und die zunächst vergeblichen Versuche Bayerns, Tirol zurück zu erobern waren in den Augen Napoleon Bonapartes eine militärische Schande, die seinen Ruf als unbesiegbaren Feldherrn beschädigt hat. Das führt zu einer neuen Grenzziehung in Tirol. Bayern behält Nordtirol, den Vinschgau sowie das obere Eisack- und das Pustertal. Der südliche Teil geht an das Königreich Italien, Osttirol und Innichen werden zum Bestandteil der illyrischen Provinzen. Bayerischen Berechnungen zufolge hatte Gesamt-Tirol im Jahr 1807 exakt 618.857 Einwohner. Etwa 289.000 davon lebten in „Welschtirol“, dem italienisch sprechenden Süden. Das Königreich Bayern muss also einen Bevölkerungsverlust von 300.000 Einwohnern verkraften. Doch nahezu gleichzeitig kann das Bayernland einen Zugewinn von rund 700.000 Einwohnern verzeichnen, nachdem sie die Herrschaft über Berchtesgaden, das Innviertel und Teile des Hausruckviertels, aber auch über Bayreuth und Regensburg erlangt.

13. Oktober 1810 – Neugierige wollen die Braut des Kronprinzen sehen

München * Am Morgen macht das Militär und die Beamtenschaft ihre Aufwartung. Die bayerische Haupt- und Residenzstadt ist festlich geschmückt; den Straßenrand säumen jubelnde, neugierige



Menschen, die einfach sehen wollen, wie sich die Braut des Kronprinzen denn so geben würde.

17. Oktober 1810 – Das erste Oktoberfest beginnt mit einem Pferderennen

München * An diesem Mittwoch, es ist ein milder Herbsttag mit hellblauem Himmel, wird nochmals eine breite Bevölkerungsschicht in die Feierlichkeiten um die Kronprinzenhochzeit einbezogen, nachdem die zuvor abgehaltenen Opernaufführungen und Bälle nur einem kleinen ausgesuchten Kreis geladener Gäste vorbehalten waren. Diese Festveranstaltungen wurden vom Staat ausgerichtet und finanziert. Doch angesichts von Kriegszeiten und leeren Staatskassen hält sich der sonst bei Fürstenhochzeiten übliche Glanz und Glamour in Grenzen. Und da im Jahr 1808 die städtische Selbstverwaltung abgeschafft worden ist, verfügt München über kein Vermögen, aus dem sie einen eigenen Beitrag zu den Feierlichkeiten hätte leisten können. Dankbar überlässt man deshalb die Ausrichtung der Feier der gehobenen Bürgerschaft, die dazu in der Lage ist und die die eigentliche Volksbelustigung, ein als Huldigung gedachtes Pferderennen, das in der Tradition des Scharlachrennens steht, durchführen kann. Es ist der Kavallerie-Major der Nationalgarde 3. Klasse, der Bankier Andreas Michael Edler von Dall'Armi, der im Namen der Nationalgarde, also des Bürgermilitärs, ein Schreiben an den König richtet, in dem er bittet, eine solche Veranstaltung ausrichten zu dürfen. Das Pferderennen soll den Abschluss, aber zugleich auch den Höhepunkt der Feierlichkeiten um die Kronprinzenhochzeit bilden.

17. Oktober 1810 – Gebete für die königliche Familie in der Bürgersaalkirche

München-Kreuzviertel * Andreas Michael von Dall'Armi hat in einer „Disposition des Festes“ den Ablauf der Veranstaltung peinlichst genau festgelegt. So wird früh um 9 Uhr eine Messe im Bürgersaal abgehalten, bei der „die National-Garden für die lange Erhaltung Ihrer Majestäten des Königs, und der Königin [...] und der ganzen königl. Familie“ beten müssen.

17. Oktober 1810 – 40.000 Zuschauer nehmen an der Volksbelustigung teil

München * Im Anschluss an die Messe im Bürgersaal versammeln sich die Kavallerie-Divisionen am Hofgarten, um sich im Abstand von einer Stunde in zwei Zügen auf den Weg zum Rennplatz zu machen. Beide Züge des Bürgermilitärs durchqueren dabei die Stadt in Nord-Süd-Richtung. Auf der Landstraße nach Sendling nehmen sie eine Abzweigung, um auf die Festwiese zu gelangen. Dort, am Fuße des Sendlinger Berges, befindet sich der Königliche Pavillon, bei dem Gardisten eine Ehrenwache halten. Der Pavillon ist das ursprünglich hellgrüne, circa 67 Meter



lange Audienzzelt des türkischen Großwesirs, das Kurfürst Max Emanuel im Jahr 1683, bei der Befreiung Wiens, eroberte hat. Der von türkischer Musik angeführte zweite Zug der Nationalgarde begleitet die Rennpferde und die Preisfahnen zur Rennwiese. Auf dem Sendlinger Berg, der Landsberger Straße und am Filserbräukeller sind Zelte und Bänke aufgestellt worden. Nach Andreas von Dall'Armi kommen rund 40.000 Zuschauer aus allen Volksschichten zum Sendlinger Berg, der späteren Schwanthaler Höhe, und säumen die unterhalb der Anhöhe bis nahe an die Stadtgrenze sich ausbreitende Festwiese.

17. Oktober 1810 – Kinder in Landestracht überbringen die Huldigungsgrüße des Volkes

München-Theresienwiese * Nachdem die königliche Familie endlich eingetroffen ist und im Königspavillon Platz genommen hat, gratuliert eine Gruppe von „Kindern im Nationalkostüm“ dem Kronprinzenpaar. Die Kinder, allesamt Töchter und Söhne von Angehörigen der k.b. Kavallerie Division, überbringen in verschiedenen Landestrachten gekleidet, stellvertretend für die bayerische Nation, der Königsfamilie die Huldigungsgrüße des Volkes.

1811 – Auf dem Mariahilf-Platz entsteht ein Paradeplatz für das Bürgermilitär

Vorstadt Au * Unter der Obstbaumallee auf dem Mariahilf-Platz entsteht ein Paradeplatz für das Bürgermilitär.

1811 – Städtische Mitfinanzierung der Rumfordchaussee abgewehrt

München-Isarvorstadt * Der Staat verzichtet auf eine städtische Mitfinanzierung der Ringstraße. Die Rumfordchaussee war anno 1796 als militärische Straßenanlage gebaut worden, weshalb sich der Magistrat erfolgreich gegen jede finanzielle Beteiligung wehrte. Auch als man die Straßenanlage als wesentlichen Beitrag zur Verschönerung Münchens ansah.

1811 – Der Militärholzgarten wird auf den Ga-steig verlegt.

München-Lehel - Haidhausen * Der Militärholzgarten auf der nördlichen Kohleninsel bei der Isarbrücke wird auf den Ga-steig verlegt.

November 1812 – Die Untergiesinger werden aus der Nationalgarde entlassen



Untergiesing * Die männlichen Bewohner der Lohe und der Oberen Falkenau werden aus der Nationalgarde entlassen, da die männlichen Bewohner der Städte den Militärdienst ableisten mussten.

26. Februar 1814 – Die Schlacht bei Bar-sur-Aube

Bar sur Aube * Die baierisch-österreichischen Truppen unter General Carl Philipp Joseph von Wrede kämpfen in Bar-sur-Aube gemeinsam mit Russen und Preußen gegen französisches Militär. Den Bayern gelingt es sogar ein Stadttor aufzubrechen und in das Stadttinnere vorzudringen. Doch sie werden schnell wieder vertrieben. In der Nacht sitzen die Franzosen im Innern der Stadtmauern fest, während die Bayern das Gelände davor beherrschen.

7. März 1814 – General von Wrede wird zum Feldmarschall befördert

München * General Carl Philipp Joseph von Wrede wird wegen seiner besonderen militärischen Leistungen in den Befreiungskriegen zum Feldmarschall befördert.

1815 – Das Verständnis für die Belange des Militärs sinkt deutlich

München-Gruggenau * Mit dem Eintreten der Friedenszeit sinkt auch das Verständnis der Anwohner des „Max-Joseph-Platzes“ für die Belange des Militärs deutlich.

1818 – Von höchster Stelle wird eine strenge Reinlichkeit verordnet

München * Wegen der immer wieder auftretenden Hautkrankheiten in den Kasernen wird von höchster Stelle eine strenge Reinlichkeit verordnet. Die Soldaten sollen künftig in den warmen Sommermonaten an „ausgewählten, schicklichen und gefahrlosen Stellen“ in fließendem Wasser öfter baden. Die Leibwäsche ist wöchentlich, die Bettwäsche monatlich zu wechseln. Die Füllungen der Strohsäcke müssen fortan alle vier Monate ausgetauscht, die Bettdecken halbjährlich gereinigt werden. An der zweimännigen Bettenbelegung wird aber weiterhin festgehalten. Lediglich das „rollierende Schlafen“, bei dem sich die vom Wach- oder Arbeitsdienst kommenden Soldaten in die Betten der Ablösung legt, ein Bett also von vier Soldaten benutzt wird und deshalb tagsüber gar nicht mehr auslüften kann, wird streng verboten.



Juni 1818 – Das Eliteregiment „Garde du Corps“ setzt sich durch

München-Isarvorstadt * Das Eliteregiment „Garde du Corps“ erhebt erfolgreich Einspruch gegen die Absicht der Militärverwaltung, die Mannschaft in der „Neuen Isarkaserne“ sehr dicht zu kasernieren und einen Teil der Zimmer leer stehen zu lassen, um dadurch Brenn- und Beleuchtungsmaterial sparen zu können.

1822 – Ein aussichtsloser Kampf gegen die Mayer'sche Lederfabrik

Untergiesing * Die bürgerliche Schuhmacherzunft Münchens und der Vorstadt Au entschließt sich, nachdem sie jahrelang dem Geschehen in der Mayer'schen Lederfabrik tatenlos und voller Neid zugesehen hat, zu einem Protest bei „allerhöchster Stelle“ - vermutlich dem Königlichen Ministerium des Inneren - gegen die „gewissenlosen Gewerbebeeinträchtigungen, welche wir von den hiesig- und umliegenden Lederfabrikanten und Israeliten durch die widerrechtliche Anmaßung der Selbstfabrikation ihrer in Accord übernommenen Militärlieferungen viele Jahre hindurch sehr empfindlich zu erdulden hatten“. In der Folge fordert die Behörde den Lederfabrikanten auf, künftige Militäraufträge bei den ansässigen Schuhmachermeistern fertigen zu lassen. Doch die Freude der Schuster über ihren Sieg gegenüber dem Lederfabrikanten dauert nur kurz. Dem geschäftstüchtigen Fabrikbesitzer Ignaz Mayer gelingt es nämlich, den Schwabinger Schumacher Hanrieder davon zu überzeugen, dass er seine Werkstatt mit „Sack und Pack“ sowie mit der Genehmigung der zuständigen Behörden in die Untergiesinger Lederfabrik verlegt. Der Schuhmacher erhält dafür „eine wöchentliche Entschädigung [...], und [kann] sonach genüßlich sein Leben in Wohltätigkeit durchbringen“. Ignaz Mayer aber kann über den Trick der ausgeliehenen Hanriederischen Konzession - sehr zur Empörung der bürgerlichen Schuhmacherzunft Münchens und der Vorstadt Au - seine Militärlieferungen auch künftig weiter in eigener Regie herstellen lassen. Der Schuhmacherzunft bleibt nur mehr das Beschreiten des Protestwegs. Ihr Protest gegen die „unerlaubte Transferierung einer Gewerbekonzession von einer Vorstadt in die andere“ findet beim Königlichen Landgericht zunächst positives Gehör. Doch die Regierung des Isarkreises hebt das Verbot umgehend wieder auf. Eine königliche Anweisung zieht schließlich einen Schlusstrich unter die Affäre - und zwar zugunsten der industriellen Produktion in der Lederfabrik. Es war das Königliche Handelsministerium, das sich in den Vorgang um die umstrittene Konzession einmischte und die Entscheidung zugunsten des Hoflieferanten beeinflusste. Wenn schon nicht das Einzelmitglied, so hätte doch die Schuhmacherzunft den Einfluss ihres Kontrahenten und damit die Aussichtslosigkeit ihres Unterfangens erkennen müssen. Immerhin ist Ignaz Mayer nicht nur der Schwiegersohn des dem bayerischen Königs als millionenschweren Kreditgebers unentbehrlich gewordenen Leonhard von Eichthal, sondern seit dem Jahr 1809 auch der Schwiegervater von Simon Freiherr von Eichthal,



der bei der Gründung der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank eine zentrale Rolle spielte.

Der Hofbankier organisiert nicht nur die neue Kreditbank, sondern stellte auch dem späteren König Ludwig I. Mittel für seine Kunsteinkäufe zur Verfügung.

1824 – Das Artillerie-Regiment soll vom Max-Joseph-Platz verbannt werden

München-Graggenau * Die Kommission zum Wiederaufbau des Hof- und Nationaltheaters stellt den Antrag, nach der Eröffnung des neuen Theaters das Artillerie-Regiment vom Max-Joseph-Platz zu verbannen. Man verweist dabei auf die Belästigung der ganzen Nachbarschaft durch den täglichen Ausbildungsbetrieb. Außerdem würden in keiner Haupt- und Residenzstadt außer in München, auf einem Stadtplatz ständig Militärübungen stattfinden. Vielmehr sucht sich überall sonst das Militär Exerzierplätze außerhalb der Städte.

1824 – In den Kasernen sind nicht nur die Soldaten untergebracht

München * In den Kasernen sind aber nicht nur die Soldaten, sondern auch deren Ehefrauen untergebracht. Diese müssen sich - gemeinsam mit ihren Männern und ihren Kindern - die Kasernenzimmer mit mehreren Soldaten teilen, sodass sich das ganze Ehe- und Familienleben „vor Publikum“ abspielt. Ein Bericht beschreibt die Situation so: „[...] In Krankheit und Geburtsfällen müssen die Weiber in den nämlichen Zimmern, in denen sich auch die Mannschaft befindet, nur durch einen leichten Vorhang gedeckt, ihr Schicksal erleiden [...] Wenn auch in Geburts Fällen im entscheidenden Augenblicke die Mannschaft aus dem betreffenden Zimmer entfernt, und für einige Zeit in ein anderes Zimmer gewiesen wird, so müssen zur Nachtzeit, wenn die leeren Bettstellen der im Dienst befindlichen Leute nicht hinreichen, drei Mann in einer Bettlade der Ruhe genießen“.

1825 – Gründe für den Mangel an Bevölkerung

Königreich Baiern * Als Gründe für den Mangel an Bevölkerung sieht man in den Kriegsverlusten, der mangelnden Freizügigkeit, in dem zur Ehelosigkeit zwingenden Militärstand, in der großen Anzahl der Geistlichen, in den Eheverboten für untergeordnete öffentliche Bedienstete, in dem Luxusbedürfnis, das einer Eheschließung entgegen steht, in der Unteilbarkeit der Bauerngüter und in der Erschwerung der Ansässigmachung und Verehelichung.



11. September 1825 – Das Gesetz über die Ansässigmachung und Verehelichung

München-Kreuzviertel - Königreich Baiern * Mit dem Gesetz über die Ansässigmachung und Verehelichung verfolgt der Staat vier Ziele: Vermehrung der Bevölkerung, Hebung des allgemeinen Wohlstands, Verbesserung der Sittlichkeit und Verringerung der Zahl der unehelichen Kinder. Ansässigmachung ist ein Rechtsverhältnis, das zwischen einem (männlichen) Individuum und einer Gemeinde begründet wird. Voraussetzung für die Ansässigmachung ist der Besitz eines Grundvermögens, der Besitz eines realen, radizierten oder konzessionspflichtigen Gewerbes oder die definitive Einstellung in einem öffentlichen Amt des Staates, der Kirche oder einer Gemeinde oder ein anderweitig gesicherter Nahrungsstand. Die Erfüllung der Bestimmungen des Militärkonskriptionsgesetzes, ein guter Leumund und den vorschriftsmäßigen Besuch des Schul- und Religionsunterrichts. Der Ansässigmachungstitel beinhaltet die Erlaubnis zur Verehelichung. Bei Wiederverehehlichung oder wenn zwischen Ansässigmachung und dem Heiratsgesuch ein längerer Zeitraum verstrichen ist, wird überprüft, ob die Voraussetzungen für die erteilte Ansässigmachung noch gegeben sind. So ist es möglich, auch einen Ansässigen Bewerber die Heiratserlaubnis zu verweigern.

April 1826 – Wegen des neuen Königsbaues der Residenz entfällt die Exerzierstätte

München-Graggenau * Der ganze Streit um die Belästigungen durch das Militär wird durch eine Anweisung König Ludwigs I. hinfällig, der wegen des neuen Königsbaues der Residenz der Artillerie den Max-Joseph-Platz als Exerzierstätte entzieht.

1828 – Militärisch Untaugliche wegen der Kinderarbeit

Berlin * Der preußische König Friedrich Wilhelm III. beauftragt seinen Innen- und seinen Kultusminister mit der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs zum Schutz von Fabrikkindern. Im Vordergrund steht dabei jedoch weniger das Wohl der Kinder als vielmehr die Sorge um die militärische Leistungsfähigkeit des Staates. Die Regierung stellt fest, dass in den Industriegebieten immer weniger junge Männer den Anforderungen des Militärdienstes genügen. Nach zeitgenössischer Auffassung haben insbesondere Fabrikarbeit sowie Nacht- und Schichtarbeit im Kindesalter dazu beigetragen, dass viele Rekruten körperlich geschwächt oder gesundheitlich beeinträchtigt sind. Sowohl in Preußen als auch in England liegt der Anteil der für den Militärdienst Untauglichen in den industrialisierten Regionen deutlich höher als in den ländlichen Gebieten. Diese Entwicklung ist jedoch nicht allein auf die belastenden Arbeitsbedingungen in den Fabriken zurückzuführen. Ebenso spielen die oftmals schlechten



Wohnverhältnisse, unzureichende Ernährung und die allgemeine soziale Not vieler Arbeiterfamilien eine wichtige Rolle. Die Ausarbeitung des Gesetzentwurfs zieht sich über mehrere Jahre hin. Für die betroffenen Kinder bringt dies zunächst keine spürbare Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen.

1829 – Für Unteroffiziere werden allmählich Einzelbetten eingeführt

München * Für Unteroffiziere werden allmählich Einzelbetten eingeführt.

1. November 1831 – Prinz Carl lehnt die griechische Königskrone ab

München * Die Griechen und die griechischen Schutzmächte Großbritannien, Frankreich und Russland erhoffen sich durch einen über den Parteien stehenden, neutralen „christlichen erblichen Fürsten“ das Land stabilisieren zu können. Da England, Frankreich und Russland um die Einflussnahme in Griechenland konkurrieren, soll der künftige Herrscher jedoch einem politisch eher unbedeutendem Fürstenhaus entstammen. Eine Wahl fällt auf den bayerischen Prinzen Carl, dem jüngeren Bruder König Ludwigs I.. Als ihm über die französische Regierung - vom Bruder nachhaltig unterstützt - die griechische Königskrone angetragen wird, macht dieser aber keinen Hehl daraus, dass ihm an Politik und Macht nichts liegt und er in Hinblick auf die Krone keinerlei Ehrgeiz entwickelt. Prinz Carl widmet sich lieber seiner militärischen Karriere und seiner Familie. Ohne auch nur nachzudenken, lehnt er deshalb das Angebot umgehend ab. Das ist auch nicht verwunderlich, denn die Lage Griechenlands ist desolat. Das Land ist ausgeblutet und wirtschaftlich kaum entwickelt.

1. Juni 1832 – Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung in der Pfalz

München - Pfalz * Aus Sorge über die Entwicklung in der Pfalz und um hier die Ruhe und Ordnung wieder herzustellen, werden militärische Maßnahmen ergriffen.

16. Juni 1832 – Bayerische Truppen marschieren in Richtung Pfalz

Pfalz * Bayerische Truppen, bestehend aus 8.000 Soldaten, marschieren zur Besetzung in die Pfalz ab.



31. Juli 1834 – König Ludwig I. ändert seine positive Haltung zum Haberfeldtreiben

München * König Ludwig I. gibt seine wohlwollende Haltung gegenüber dem Brauch des Haberfeldtreibens auf und erteilt den Befehl: „Seine Majestät der König haben zu genehmigen geruht, daß die alte Sitte des Haberfeldtreibens in jenen Gemeinden, in welchen selbes zur Verübung von Exzessen irgendeiner Art, d.h. als Spottung vor die Häuser der Mütter unehelicher Kinder mißbraucht wurde, oder künftig mißbraucht wird, verboten, und daß sodann die von einem solchen Verbote betroffenen Gemeinde für etwaige Zuwiderhandlungen in solidum [= ganzheitlich] verantwortlich erklärt und nach Lage der Sache durch die Kreisregierung selbst mit militärischer Exekution belegt werde.“

15. Januar 1840 – Bayerns erste Verordnung zur Einschränkung der Kinderarbeit in Fabriken

München - Königreich Bayern * Die „Königlich Allerhöchste Verordnung, die Verwendung der werktagsschulpflichtigen Jugend in Fabriken betreffend“ tritt im Königreich Bayern in Kraft. Nach dieser darf kein Kind vor dem zurückgelegten neunten Lebensjahr zu einer regelmäßigen Beschäftigung in Fabriken aufgenommen werden. Kinder mussten ein gerichtsärztliches Zeugnis über ihre gesundheitliche Tauglichkeit sowie ein Zeugnis der Lokalschulinspektion über vorgeschriebene Kenntnisse vorweisen. Die Arbeitszeit der Neun- bis Zwölfjährigen durfte nicht mehr als zehn Stunden am Tag betragen, nicht vor sechs Uhr morgens beginnen und nicht nach 20 Uhr abends enden. Die Erfüllung der Schulpflicht hatte durch die Teilnahme an mindestens zwei Unterrichtsstunden pro Tag zu erfolgen. Durch diese und weitere Bestimmungen bleibt die erste bayerische Fabrikkinderschutzverordnung hinter dem im Jahr zuvor erlassenen preußischen „Regulativ über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in den Fabriken“ zurück. Dieses hatte beispielsweise die Arbeitszeit nicht nur bis zum Alter von zwölf Jahren, sondern bis zum zurückgelegten 16. Lebensjahr auf zehn Stunden pro Tag beschränkt. Ob Überlegung über die Sorge des Staates um die spätere Militärtauglichkeit der in den Fabriken eingesetzten Kinderarbeiter bei der ersten bayerischen Kinderschutzverordnung eine Rolle spielten, ist nicht belegt, aber auch nicht gänzlich auszuschließen.

1848 – Im Münchner Löschwesen herrschen primitivste Verhältnisse

München * Während in Bayern bereits 173 gut ausgebildete Feuerwehren vorhanden sind, herrschen in München die primitivsten Verhältnisse. Das Münchner Löschwesen besteht einerseits aus der städtischen Feuerwache, die durch städtische Arbeiter im Nebenamt gebildet wird, und andererseits aus den kgl. Feuer-Piquetts, die die königlichen und militärischen



Liegenschaften schützen. Der Polizeidirektor ist gleichzeitig der Kommandant der Löschmannschaft.

10. Februar 1848 – Bürgerprotest bei König Ludwig I.

München * Doch jetzt werden die Münchner richtig sauer. Die Bürgerschaft sieht sich in ihrem „friedlichen Handel und Wandel“ bedroht und übernimmt die Forderungen der Studenten. Steine fliegen, Militär sichert das Palais der Montez. Tausend Bürger eilen zum Rathaus und von dort zur Residenz und fordern die Wiedereröffnung der Universität. Bürgermeister Kaspar von Steinsdorf nimmt die Protestadresse der Münchner Bürger entgegen und setzt - begleitet von 2.000 angesehenen Münchner Bürgern - eine Audienz beim König durch. Eine Deputation, bestehend aus sieben Vertretern, will mit dem König sprechen, der jedoch einen Empfang der Abordnung kategorisch ablehnt und nur unter großem Einsatz seiner Familienmitglieder dazu überredet werden kann. Bei den Verhandlungen lehnt König Ludwig I. jegliches Zugeständnis kategorisch ab und droht der Stadt im Umkehrschluss mit der Verlegung der Residenz an einen anderen Ort. Cholerisch verabschiedet er die Mitglieder der Deputation: „Es bleibt dabei, ich lasse mich nicht schrecken; man kann mir mein Leben nehmen, aber meinen Willen nicht. Meinen gefassten Entschluss werden Sie alsbald durch das Ministerium und schriftlich erhalten.“

11. Februar 1848 – Lola Montez muss vor den aufgebrachten Münchnern fliehen

München-Maxvorstadt - Schloss Blumenburg * Am Morgen belagert eine aufgebrachte Menge das Palais Montez in der Barer Straße. Die ersten Steine fliegen, ein Eingreifen des Militärs wird als aussichtslos angesehen. Der Bayerische Innenminister Franz von Berks meint sogar: „Die Position an der Barer Straße ist unhaltbar“ und befürchtet, „die Gräfin könne eine Stunde nach dem Angriff eine Leiche sein.“ Auch der Polizeidirektor will für Lolas Sicherheit nicht mehr garantieren und erklärt ihr, sie müsse innerhalb einer Stunde die Stadt verlassen. Da bleibt nur die Flucht. Lola Montez entkommt in einer Kutsche, die sie im Eiltempo aus der Stadt bringt. Das Palais der Gräfin von Landsfeld wird danach gestürmt - eine Verwüstung der Villa aber verhindert. Lola Montez flieht - eskortiert und bewacht von einem Tross, den Graf von Arco-Stepperg anführt - über die Vorstadt Au nach Baiersbrunn. Dort verlassen sie ihre Bewacher. Nun begibt sie sich über Schleichwege über Großhesselohe nach Schloss Blumenburg. Der Wirt meldet das Versteck, weshalb die Polizei die sich auf der Flucht befindliche Gräfin von Landsfeld festnimmt, sie nach Pasing bringt und in den Zug nach Augsburg setzt.



3. März 1848 – Die Münchner erstellen einen Forderungskatalog an den König

München * In einem Forderungskatalog verlangen die Münchner Untertanen vom König: Die Verabschiedung eines Gesetzes über Ministerverantwortlichkeit. Die Einführung voller Pressefreiheit und eines Pressegesetzes. Die Einführung öffentlicher Gerichtsverfahren. Die Unterstützung des Wunsches nach Schaffung einer Volksvertretung für den Frankfurter Bundestag. Die Vereidigung des Militärs auf die Verfassung. Die Verabschiedung eines neuen Polizeigesetzes. Die Verabschiedung eines neuen Wahlgesetzes. Die Entlassung des Verwesers des Innenministeriums Berks. Die Resolution liegt im Rathaus auf und „innerhalb von nur vier Stunden sollen bereits mehr als 10.000, bald gar 20.000 Unterschriften gesammelt worden sein“. Der Magistrat und zwei aus dem Bürgerstand ausgewählte Vertrauensmänner überreichen die Resolution. Noch am Abend verkündet der Leitende Minister Ludwig Fürst zu Oettingen-Wallerstein, dass die Stände zur Prüfung der Resolution vorzeitig einberufen werden sollen. Als Termin wird der 31. Mai festgesetzt. König Ludwig I. kann und will die Forderungen der Bürger nicht akzeptieren, verspricht aber die Entlassung Berks. Außerdem soll die nächste Stände-Versammlung auf den 31. Mai 1848 vorverlegt werden. Als die Münchner diese Forderungen aufstellen, hat Lola Montez das Königreich Bayern bereits seit drei Wochen in Richtung Schweiz verlassen. Es geht nicht mehr um die Affäre mit der Spanischen Tänzerin, es geht nur noch um das autokratische und neoabsolutistische Herrschaftssystem König Ludwigs I., das nicht mehr länger aufrechtzuerhalten ist.

4. März 1848 – Die Stürmung des Zeughauses

München * An diesem Faschingssamstag kommt es zur Stürmung des Zeughauses. Mehrere Gerüchte machten in München die Runde. Ein Gerücht lautet: „Der König hat alles zurückgenommen. Er will von den Bürgern nichts mehr wissen“. Ein anderes spricht von bewaffneten Bauern, die vor den Stadttoren lauern. Sie „wollen die Regierung stürzen und in der Stadt sengen und brennen“. Um 14 Uhr wird bekannt, dass die Landwehr mit dem sogenannten Generalmarsch mobilisiert worden ist. Damit ist faktisch der Ausnahmezustand ausgerufen. In dieser Stimmung aus Angst vor einem militärischen Übergriff oder vor anarchischen Zuständen durch Vorstädter aus der Au oder Haidhausen, kommt es an zur Stürmung des Zeughauses. Das Korn- und Geschützhaus am Jakobsplatz, dem heutigen Stadtmuseum, wird ohne Blutvergießen gestürmt und die Waffen aller Gattungen ausgegeben. Der mehrere Tausend Menschen umfassende und bewaffnete Demonstrationzug zieht bis zum Promenadeplatz, wo sich das bewaffnete Bürgertum mit der dort versammelten Landwehr vereinigen will. Doch zwischen den beiden Lagern hat inzwischen das Militär mit schwerer Ausrüstung und vier Kanonen Stellung bezogen. In dieser angespannten Situation



erscheint rechtzeitig Prinz Carl, der Bruder des Königs und seit 1841 bayerischer Feldmarschall. Er kann die Situation mit der Aussage beruhigen, dass die Stände bereits zum 16. März einberufen werden. Erstaunlicherweise reicht den Münchnern diese - eigentlich lächerliche - Zusage. Sie legen die Waffen nieder und bringen das Kriegszeug brav wieder zurück ins Korn- und Geschützhaus.

6. März 1848 – Die Königliche Proklamation wird veröffentlicht

München * Die Königliche Proklamation wird als Antwort auf die Forderungen der Münchner Bürgerschaft vom 3. März veröffentlicht. Ludwig Fürst zu Oettingen-Wallerstein hat den Inhalt der Proklamation, in der der König seine weit- reichenden Versprechungen zur Weiterentwicklung der Bayerischen Verfassung abgibt, redigiert. Sie beinhaltet: die verfassungsmäßige Ministerverantwortlichkeit, die vollständige Pressefreiheit, eine Verbesserung der Wahlordnung, die Einführung der Öffentlichkeit und Mündlichkeit in eine Rechtspflege mit Schwurgerichten, eine umfassende Fürsorge für Staatsdiener und ihre Angehörigen und Ausdehnung dieser Maßnahmen auf die übrigen Angestellten des Staates, eine Verbesserung der Verhältnisse der Israeliten, die Abfassung eines Polizeigesetzbuches, die Verteidigung des Heeres auf die Verfassung und eine Reform des Deutschen Bundes, insbesondere zu einem deutschen Nationalparlament. Die Proklamation schließt mit den Worten: „Alles für mein Volk! Alles für Deutschland!“ und geht sogar über die Forderungen der Petition vom 3. März weit hinaus, beinhaltet aber alle Punkte und damit auch die Märzforderungen. Was aber mit keinem Wort erwähnt wird ist die „soziale Frage“, die Frage der „Bauernbefreiung“. Nicht nur, dass mit der Proklamation vom 6. März 1848 die Märzforderungen in Bayern noch vor den anderen deutschen Staaten ihre Anerkennung finden, nein, es wird damit auch König Ludwigs I. auto-kratischer Regierungsanspruch mit einem Handstreich ausgehöhlt.

13. März 1848 – In Wien beginnen Straßenkämpfe

Wien * Die Forderungen des Landtagsabgeordneten Lajos Kossuth werden in Wien mit Petitionen unterstützt und im Ständehaus beraten. Vor dem Gebäude demonstrieren Studenten, Bürger und Arbeiter, die den Rücktritt des verhassten Staatskanzlers Klemens Wenzel von Metternich fordern. Metternich personifiziert für sie ein repressives, jegliche Freiheitsregung rücksichtslos verfolgendes System. Die Stimmung eskaliert, als am Nachmittag das Militär die Demonstranten plötzlich mit Waffengewalt angreift. Es beginnen Straßenkämpfe in der Innenstadt und in den Vorstädten, die mehrere Dutzend Opfer fordern.



18. März 1848 – In Berlin kommt es zu einem erbittert geführten Barrikadenkampf

Berlin * In Berlin kommt es in der Nacht vom 18. auf den 19. März zu einem erbittert geführten Barrikadenkampf. Vor dem Berliner Stadtschloss hat sich eine große Menschenmenge versammelt, um auf die Antwort des Königs auf die Märzforderungen der Berliner Bürgerschaft zu warten. Als während der Verlesung eines Patents von König Friedrich Wilhelm IV. zu den Reformen in Preußen auf der anfangs friedlichen Versammlung revolutionäre Parolen laut wurden, fallen zwei - angeblich versehentlich ausgelöste - Schüsse. Das ist das Signal für einen Barrikadenkampf. Innerhalb von wenigen Stunden türmen sich im Zentrum von Berlin die Barrikaden auf. Das Militär geht mit großer Härte und Brutalität auch gegen Unbeteiligte in den Häusern vor. Dennoch kann sich das Militär nicht durchsetzen. Als Bedingung für einen Waffenstillstand muss der König am 19. März seine Truppen abziehen.

20. März 1848 – Die Hoffnungen und Ängste des neu ernannten Königs Max II.

München * Nach 23-jähriger Regierungszeit dankt Ludwig I. ab und überträgt das Herrscheramt an seinen Sohn Max II.. Sein Enkel Ludwig (II.) wird dadurch Kronprinz. Auch wenn sich Max II. nach Außen hin als Musterbild eines bürgernahen, konstitutionellen Staatsoberhauptes darstellt, so plagt ihn zeitlebens die Furcht, dass ihm von seinem Volk ein ähnliches oder gar schlimmeres Schicksal bereitet werden könnte, wie seinem abgedankten Vater Ludwig I.. Die revolutionären Begleitumstände, die König Max II. auf den Thron verhalfen und seinen Vater vom selben stießen, haben den neuernannten Bayernherrscher geradezu traumatisch geprägt. Er fühlt sich, nachdem auch das Militär auf die Verfassung vereidigt worden ist, „schutzlos der Demokratie preisgegeben“. Doch nachdem sich die revolutionäre Situation wieder beruhigt hat, kann König Max II. seine politischen Visionen endlich in die Tat umsetzen. Dazu gehören auch Maßnahmen zur Förderung einer bayerisch-monarchischen Gesinnung. Greifbare Formen nehmen das „Athenäum-Projekt“ und der Bau des Prachtboulevards an.

18. September 1848 – Es kommt es zum sogenannten September-Aufstand

Frankfurt am Main * In Deutschland kommt es zum sogenannten September-Aufstand. Dieser beginnt, nachdem sich eine Demonstration in Frankfurt zu einem Barrikadenkampf zwischen revolutionären Arbeitern, Bauern und Handwerkern einerseits und dem preußischen und österreichischen Militär auf der anderen Seite, auswächst. Der Aufstand wird sehr schnell



unterdrückt, da die Handwerker, Tagelöhner und Gesellen spontan und planlos vorgehen. Sie haben zwar an rund vierzig Stellen in der Stadt Barrikaden errichtet, aber versäumt, wichtige militärische Zufahrtswege zu sperren und aus den Dörfern Unterstützung zu holen. Gegen Mitternacht ist der Aufstand niedergeschlagen. Bei den Kämpfen fallen dreißig Aufständische und zwölf Soldaten. Doch mit diesem September-Aufstand sind die revolutionären Veränderungen von Staat und Gesellschaft gescheitert. Den Demokraten geht es nur mehr um die Wahrung der Märzerrungenschaften.

20. Oktober 1848 – Die Presse fordert eine Erklärung

München * Auch die Münchner Presse übt scharfe Kritik am Verhalten der Behörden und des Militärs. Eine Zeitung fragt: „Wie ist es möglich, daß in einer Haupt- und Residenzstadt mit 5.000 Mann regulären Militärs, mit einigen Tausenden Landwehrmännern ein Haufen Besoffener plündert, raubt und zertrümmert, wo und solange es ihnen gefällt? Warum hat der Offizier, welcher vor dem Pschorrbräu mit ungefähr dreissig Mann gestanden, als die Greuel in demselben verübt wurden, keinen Befehl zum Einschreiten gegeben? Warum hat man nicht gleich den Generalmarsch geblasen?“ Mit dem Generalmarsch hätten sämtliche in München stationierten Truppenteile alarmiert werden können. Die Fragen der Zeitung bringen das Unverständnis vieler Bürger über die Untätigkeit der militärischen und polizeilichen Führung zum Ausdruck. Warum die vorhandenen Kräfte nicht rechtzeitig eingreifen, bleibt umstritten.

10. Juni 1849 – Der Kriegszustand wird über die Pfalz verhängt

München * Bevor das Militär in die Pfalz einmarschiert, macht der Bayernmonarch am 10. Juni 1849 erstmals vom Instrument der Auflösung des Landtags Gebrauch und veranlasst die nötigen Neuwahlen, die eine für die Regierung günstigere Zusammensetzung der Abgeordnetenversammlung bewirken soll. Gleichzeitig wird der Kriegszustand über die Pfalz verhängt.

24. Juli 1853 – Ein Sicherheitsbericht für München

München * Oberst Franz Freiherr von Hörmann zu Hörbach legt einen Sicherheitsbericht für München vor. Er trägt den Titel: „Erläuterungen zum Entwurfe der militärischen Dispositionen für die Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit der Haupt- und Residenzstadt München behufs Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung.“ Es ist die Angst vor einer neuen



Revolution, die König Max II. seine Armee auf einen Bürgerkrieg vorbereiten lässt. Um verbindliche Vorschläge auszuarbeiten, gründet er eine Special-Commissorium. Inhaltlich geht Oberst Hörmann von einem Bedrohungsszenario aus, wonach „der inländische Pöbel - durch auswärtiges Proletariat verstärkt - bei Tag und Nacht ohne Hindernis in die Stadt eindringen kann, theils um die größten Schätze des Staates und des Landes zu plündern, theils um die heillosen Umtriebe der machtlosen Umsturzpartei in Vollzug zu setzen“. Freiherr von Hörmann fügt noch eine interessante Einteilung der Tumulte in vier Klassen bei. Als Erste und harmloseste Klasse bezeichnete er darin „Tumulte ohne insurrektionäre politische Tendenz“, etwa die Studenten- und Handwerkertumulte oder die Münchner Bierkrawalle. Als nächste Kategorie folgen „Politische Tumulte durch demokratische Umtriebe der republikanisch gesinnten Umsturzpartei veranlaßt“. Als Beispiel führt er die Märzrevolution von 1848 an. Als dritte Klasse bezeichnet er „Tumulte mit kommunistischer Tendenz“. Der erkonservative Oberst verschließt dabei aber keineswegs die Augen vor der bitteren Armut vieler Zeitgenossen und fordert zur Vorbeugung eine effektive staatliche Sozialpolitik. Die Letzte und zugleich gefährlichste Form der Unruhe klassifiziert der Militarist die „Tumulte durch Theuerung, Mißwachs und Hungersnoth veranlaßt“. Sein konkreter Vorschlag beinhaltet die Erhöhung der Zahl der Kasernen in der Innenstadt und weitere flankierende Maßnahmen, um die Hauptverteidigungspunkte zu schützen. Dazu zählen unter anderem - neben der Residenz - das Nationaltheater, das Postgebäude, die Münze und der Alte Hof.

1858 – Aus dem Palais der Königin Therese wird eine Kriegsschule

Schwabing * Das Palais der Königin Therese wird um 20.000 Gulden - über einen Strohmann - vom Militär gekauft und nach dem Umbau als Kriegsschule verwendet.

1862 – Der Westernheld William Frederick Cody alias Buffalo Bill

Nordamerika - Kanada * Der Westernheld William Frederick Cody, besser bekannt unter seinem Pseudonym Buffalo Bill, ist ein ehemaliger Offizier der amerikanischen Nordstaaten, der als Militärkundschafter und Fährstensucher im Rang eines Colonels steht. Seinen Namen macht er sich in den Indianerkriegen der Jahre 1862 bis 1872, wo er als gefürchteter Kämpfer seine Opfer - nach Indianer-Vorbild - sogar eigenhändig skalpiert. Zusätzlich ist der exzentrische Abenteurer und Glücksritter auch als Expreß-Pony-Reiter unterwegs und verdient sein Geld mit der Büffeljagd in Nordamerika und Kanada. Für ein Gehalt von monatlich 500 Dollar dezimiert der hoch verschuldete Buffalo Bill im Auftrag der amerikanischen Eisenbahngesellschaften in kürzester Zeit ganze Büffelherden. Aus übelster Profitgier ist der Offizier zum brutalen



Massenschlächter geworden, der innerhalb von eineinhalb Jahren 4.280 Büffel [eigentlich Bisons, denn in Amerika gibt es keine Büffel] zur Strecke bringt.

1. März 1864 – Prinz Otto wird ins Kadettenkorps eingeführt

München * Prinz Otto wird zur militärischen Ausbildung ins Kadettenkorps eingeführt.

1865 – Die Beamten-Relikten-Anstalt wird zunächst als Militärspital benutzt

Bogenhausen * Nach der Fertigstellung des Beamten-Relikten-Anstalt in Bogenhausen wird es wegen der stattfindenden Kriege zunächst als Militärspital benutzt.

1865 – Militärspital in der Beamten-Relikten-Anstalt

Bogenhausen * Die im neugotischen Stil errichtete Beamten-Relikten-Anstalt ist fertiggestellt, kann aber erst 1871 seinem vorgesehenen Zweck zugeführt werden, da es nach seiner Fertigstellung - wegen der Kriege - zunächst als Militärspital benutzt wird.

24. Dezember 1865 – Der amerikanische Ku-Klux-Klan wird gegründet

USA * Der amerikanische „Ku-Klux-Klan“ wird gegründet. Sein Ziel ist vor allem die Unterdrückung der Schwarzen. Es handelt sich um einen paramilitärischen Geheimbund im Süden der Vereinigten Staaten von Amerika, der seine politischen Ziele mit rücksichtslosem Terror durchsetzen will. Seine Gewalttaten richten sich zunächst gegen Schwarze und deren Beschützer sowie gegen die zahlreichen ehemaligen Nordstaatler, die vom Wiederaufbau des Südens profitieren wollen.

1. Mai 1866 – Prinz Otto tritt in den aktiven Militärdienst ein

München * Prinz Otto tritt in den aktiven Militärdienst ein.

27. Mai 1866 – König Ludwig II. eröffnete den 22. Landtag



München-Graggenau * König Ludwig II. eröffnete den 22. Landtag im Thronsaal der Residenz. Er will zur Eröffnung des Landtags eine Rede zu halten, in der er Bayerns Eintreten für ein freigesewähltes Parlament befürwortet, die Volksbewaffnung anstelle eines stehenden Heeres empfiehlt und die Militärgerichtsbarkeit abschaffen will. Der Bayerische Ministerrat kann gerade noch rechtzeitig die eindeutig auf Richard Wagner zurückgehenden radikaldemokratischen Vorschläge aus der Thronrede streichen.

Juli 1866 – Das ehemalige Palais der Königin Therese als Militärkrankenhaus

Schwabing * Im stattfindenden Krieg wird das ehemalige Palais der Königin Therese als Filialspital des Münchner Militärkrankenhauses verwendet.

3. Juli 1866 – Preußen siegt über Österreich bei Königgrätz

Königsgrätz * Der preußischen Militärführung gelingt es, ihre getrennt anmarschierende Armee bei Königgrätz zu einem vereinten Schlag zusammenzuführen und den Österreichern sowie den an ihrer Seite kämpfenden Sachsen eine schwere und letztlich entscheidende Niederlage zuzufügen.

23. August 1866 – Mit dem Frieden von Prag ist Österreich aus Deutschland hinausgedrängt

Prag - Wien - Berlin - München * Mit dem Frieden von Prag drängt Preußen Österreich aus Deutschland. Außerdem annektiert Preußen die umstrittenen Elbherzogtümer Holstein und Lauenburg, das Königreich Hannover, das Herzogtum Nassau und das Kurfürstentum Hessen-Kassel sowie die Freie Stadt Frankfurt am Main. Geblieben ist ein Bundesstaat mit 15 Klein- und Mittelstaaten nördlich der Mainlinie, der politisch, wirtschaftlich und militärisch im Norddeutschen Bund von Preußen dominiert wird. Eine sonderbare staatsrechtliche Konstruktion, die keinen langen Bestand haben wird. Der Norddeutsche Bund erhält ein eigenes Parlament. Seine Verfassung nimmt bereits die des 1870/71 begründeten Deutschen Reiches vorweg.

1867 – Arbeiten an der Braunauer Eisenbahnbrücke

München-Untergiesing - München-Isarvorstadt * Die Arbeiten an der Braunauer Eisenbahnbrücke, die einen Bestandteil der neuen Eisenbahntrasse von München nach



Simbach/Braunau am Inn darstellt, dauern bis 1870 an. Nach vorhergehenden Probebohrungen wird mit den Fundamentierungsarbeiten der vier Brückenpfeiler begonnen. Für die beiden inneren Pfeiler sind dafür aufwändige Arbeiten auszuführen. Im Gegensatz dazu werden die beiden äußeren Pfeiler durch die sie umgebenden Hochwasserdämme stabilisiert. Mit sogenannten Lokomobilen, das sind auf Schienen bewegbare Dampfmaschinen, können Bagger, Förderbänder sowie Pumpen betrieben und über einen Dynamo Strom erzeugt werden. So eine Lokomobile leistet sechs PS. Um sie aufzubauen oder zu versetzen und zur Montage der Baggermaschine sind acht Arbeiter zehn Tage beschäftigt. Die Bedienungsmannschaft der Lokomobile setzt sich aus dem Baggerführer, dem Führer der Lokomobile und vier weiteren Arbeitern zusammen. Die elektrischen Lichtbogenlampen kommen zum Einsatz, nachdem die Spundwände für die Pfeiler gesetzt und mit den Betonierungsarbeiten begonnen worden ist. Um diese Arbeiten zügig fertig zu stellen, arbeiten die Brückenbauer bis spät in die Nacht hinein. Der riesige, schwenkbare Scheinwerfer ist dazu auf einem zwölf Meter hohen Holzturm angebracht. Die ursprünglich ausschließlich für militärische Zwecke - von der Telegraphenbau-Anstalt Siemens & Halske entwickelte Beleuchtungsanlage kommt beim Bau der Braunauer Eisenbahnbrücke erstmals im zivilen Bereich zum Einsatz. Nachdem die Fundamente errichtet worden sind, baute die aus Nürnberg stammende Eisenbaufirma Cramer-Klett, von der schon die Großhesseloher Brücke stammt, auch diese Brücke. Nun überspannen zwei unabhängig voneinander parallel verlaufende Fachwerkträgerkonstruktionen mit drei gleichen Öffnungen auf 150 Meter das Isarbett. Die sieben Meter hohen Eisenfeldträger können rationell in Serienproduktion hergestellt werden und werden anschließend an den Stößen vernietet. Der hölzerne Werksteg wird nach Beendigung der Bauarbeiten abgebaut und circa siebenhundert Meter isarabwärts - in der Höhe der heutigen Wittelsbacher Brücke wieder montiert. Er diente bis zur Fertigstellung dieser für Giesing so wichtigen Verkehrsanbindung - im Jahr 1875 - als provisorischer Flussübergang. Er darf bis dahin jedoch nur von Fußgängern benutzt werden.

1. Februar 1868 – Die Geburtsstunde des Städtischen Wehramtes

München * Die magistratische Aushebungsbehörde übernimmt die Aufgaben des polizeilichen Militärbüros in München. Das ist die Geburtsstunde des Städtischen Wehramtes, das zunächst den Namen Militärkonskriptionsbureau beibehält. Es bildet den Gegensatz zum Zivilkonskriptionsbureau, dem späteren Einwohneramt. Die Heeresergänzung ist seither die wichtigste Aufgabe der Gemeinde auf militärischem Gebiete.

1869 – Die zweischläfrigen Mannschaftsbetten werden abgeschafft



München * Die zweischläfrigen Mannschaftsbetten werden abgeschafft. Es dauert aber noch etliche Jahre, bis in allen Kasernen tatsächlich Einzelbetten für alle Soldaten vorhanden sind. Bis dahin müssen sich zwei ausgewachsene Männer ein Bett teilen, das eine Länge von 1,79 Metern und eine Breite von 1,30 Metern nicht überschreiten darf. Als Schlafunterlage dient ein gemeinsamer Strohsack, über den ein Leintuch gespannt ist. Darüber liegt eine große Decke.

23. November 1870 – Das Königreich Bayern kann sich mehrere Reservatrechte sichern

München - Berlin * In den sogenannten Novembervträgen kann sich das Königreich Bayern mehrere Reservatrechte sichern. Sie betreffen vor allem das Militär, die Eisenbahn, das Post- und Telegrafwesen, die Branntwein- und Biersteuer sowie die allgemeine Staatsverwaltung. Die Reservatrechte sind von der Aufsicht und Gesetzgebung des Deutschen Reichs befreit. Eisenbahn, Post und Biersteuer stellen wichtige Einnahmequellen dar.

Das Bayerische Heer bildet - in Friedenszeiten - einen geschlossenen Bestandteil innerhalb der Streitkräfte des Deutschen Reichs. Es steht mit eigener Verwaltung unter der Hoheit des bayerischen Königs. Doch mit dem Beginn der Mobilmachung - und damit dem Eintritt des Krieges - untersteht das bayerische Militär direkt dem Kaiser.

1871 – Die Todesstrafe nur mehr bei Mord und schweren Militärstraftaten im Krieg

Deutsches Reich * Die für das gesamte Deutsche Reich geltende Verfassung sieht die Todesstrafe nur mehr bei Mord und schweren Militärstraftaten im Krieg vor. Nur für Letztere wird die Vollstreckung durch Erschießen eingeführt.

16. Februar 1871 – Die Festung Belfort kapituliert

Belfort • Die Festung Belfort kapituliert auf Weisung der französischen Regierung, ohne militärisch besiegt zu sein. Die Übergabe war zur Bedingung für die Verlängerung des Waffenstillstandes gemacht worden. Die Garnison erhält freien Abzug unter Mitnahme ihrer Waffen und Feldgeschütze.

18. März 1871 – In Paris kommt es zum Kommune-Aufstand

Paris * In der französischen Hauptstadt kommt es zum Kommune-Aufstand, in deren Verlauf



Paris den Versuch macht, eine demokratische und soziale Republik zu gründen. Die Pariser Commune will die Auflösung Frankreichs in eine Föderation von autonomen kleinen Gemeindeverwaltungen mit eigener Rechtsprechung, eigenem Militär und eigenem Unterrichtswesen, der Verstaatlichung der Produktion und so fort. Die rote Fahne und der Revolutionskalender werden eingeführt, ein Wohlfahrtsausschuss und ein Revolutionstribunal eingesetzt, Geiseln ausgehoben sowie Kirchen und Klöster geschlossen.

Doch Paris bleibt alleine, nachdem sich die Gemeinderäte der großen Provinzstädte versagen. Alleine muss Paris nun den Kampf gegen die konservative Republik ausfechten, die ihren Sitz nach Versailles verlegt hat. Dort befindet sich auch das deutsche Hauptquartier. Die Auseinandersetzungen finden unter den Augen der deutschen Militärs statt. Den Petroleumbrennern der Communards fallen zahlreiche öffentliche Gebäude zum Opfer, darunter die Tuilerien; über siebzig bürgerliche Geiseln werden erschossen, darunter der Erzbischof von Paris.

28. Mai 1871 – Die „Blutige Woche“ endet

Paris * Die „Blutige Woche“, in deren Verlauf grausame Rache an den aufständischen Frauen und Männer aus Paris geübt wird, endet auf dem Friedhof von Père-Lachaise. Rund 30.000 Tote, mindestens 50.000 Verschwundene, fast 40.000 Verhaftete sind die Opfer. Die Mehrzahl der 13.000 Verurteilten werden nach Neukaledonien deportiert. So etwas, darüber sind sich die konservativen Politiker und Militärs - in Hinblick auf die deutsche Sozialdemokratie - einig, darf in Deutschland nie passieren. Die in Paris gemachten Erfahrungen münden später in das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen“, kurz gesagt, das „Sozialistengesetz“ vom 21. Oktober 1878.

1872 – Richard Wagners Musik wird konsumierbar gemacht

München * Das neu erwachte „Deutschland-über-alles-Selbstwertgefühl“ nach dem gewonnenen Krieg von 1870/71 sowie die Reichsgründung haben in München schon zu Wagners Lebzeiten Vereine gründen lassen, die dieses Gefühl pflegen und hochhalten. Und damit stehen Richard Wagners Kompositionen im Mittelpunkt des öffentlichen Musikinteresses. Seine Musik wird konsumierbar gemacht; von der Spieldose bis zum mechanischen Klavier. Neben Volksliedern, patriotischen Hymnen und Gassenhauern spielen Kirmes-Orgeln auch Wagner-Potpourris. Und selbst in den regelmäßig stattfindenden Bierkonzerten erfreut sich ein „mehrere tausend Köpfe starkes Publikum“ an den von vierzig bis fünfzig Mann starken Militärkapellen vorgetragenen Werken von Richard Wagner. Das „Vorspiel zu Parsifal“ oder Szenen aus „Rheingold“



beziehungsweise der „Walküre“ werden dargebracht und von den zechenden Besuchern mitgesungen. Richard Wagner ist einfach zum Popstar geworden.

1. Januar 1872 – Die eigene bayerische Militärdienst-Gesetzgebung hört auf

Königreich Bayern * Mit dem Eintritt Bayerns in das Deutsche Reich hörte die eigene bayerische Militärdienst-Gesetzgebung auf. Das neue Wehrgesetz tritt in Bayern am 1. Januar 1872 in Kraft. Es bringt keine grundlegenden Änderungen.

2. September 1873 – Der „Sedantag“ wird als patriotischer Feiertag begangen

Deutsches Reich * Im Deutschen Kaiserreich wird am 2. September der „Sedantag“ als patriotischer Feiertag an Stelle eines noch nicht existierenden Nationalfeiertages gefeiert. Es ist vor allem ein Feiertag des kaisertreuen Bürgertums, des Adels sowie des Militärs, der preußischen Beamtenschaft und der ländlichen Bevölkerung gewesen, nicht oder nur kaum einer der Arbeiterschaft.

1874 – Gründung von „Krieger- und Veteranenvereinen“

München * Nach dem erfolgreichen Verlauf des Siebzigerkrieges und der Reichsgründung kommt es zur Hinwendung des Bürgertums und der Arbeiterschaft zur Armee; und selbst sozialdemokratisch geprägte Arbeiter sind stolz auf ihre aktive Dienstzeit. In der Folge kommt es zur Gründung von militärischen Vereinen, wie der Münchner Gesellschaft der Offiziere des Beurlaubtenstandes von 1879, aber auch einer Reihe von Krieger- und Veteranenvereinen. Den Dachverband für den überwiegenden Teil dieser Vereine bildet der im Jahr 1874 gegründete Bayerische Veteranen-, Krieger- und Kampfgenossenbund, der bis zum Jahr 1899 im gesamten Königreich Bayern 2.573 Einzelvereine mit knapp 190.000 Mitgliedern umfasst. Die Kriegervereine werden bei ihrer Gründung auch als ein „Bollwerk gegen die sozialdemokratischen Umtriebe“ verstanden. Vollkommen unnötig. Denn so mancher „Fürstenfeind“, der beizeiten durchaus lautstark und öffentlich den Umsturz verkündete, schmettert zur rechten Zeit „ein bayerisches Soldatenlied voller martialischer Treue zum angestammten Herrscherhaus“.

2. Mai 1874 – Ein Reichsmilitärgesetz wird erlassen



Berlin * Ein Reichsmilitärgesetz wird erlassen.

21. November 1874 – Eine Wehrordnung fürs Königreich Bayern

München * Aufgrund des Reichsmilitärgesetzes wird für Bayern eine Wehrordnung erlassen.

14. Juni 1886 – Prinz Luitpold tritt auch die Regentschaft für König Otto I. an

München - Schloss Fürstenried * Nachfolger auf dem Thron des Märchenkönigs und damit Bayerns fünfter König wird dessen 38-jähriger, schwer geisteskrank, seit dem 16. März 1878 entmündigte und seit März 1880 in Schloss Fürstenried weggesperrte Bruder Otto I.. Er wird offiziell zum König proklamiert, wobei man die feierliche Ausrufung durch einen Herold allerdings unterlässt. Pro forma werden aber die Truppen auf den neuen König Otto I. vereidigt. Obwohl er den Königstitel seit dem Tag seiner Proklamation bis zu seinem Lebensende - am 11. Oktober 1916 - trägt, wird er in den bayerischen Geschichtsbetrachtungen kaum erwähnt. Otto ist dreißig Jahre lang bayerischer König; so lange wie kein anderer Wittelsbacher. Der um drei Jahre jüngere Bruder des Märchenkönigs ist allerdings wegen „schwerer und unheilbarer geistiger Umnachtung“ nicht in der Lage, die Regierungsgeschäfte wahrzunehmen. Ein von drei unabhängigen Ärzten verfasstes und in Einstimmigkeit unterzeichnetes Gutachten „über den Geisteszustand seiner Majestät Otto I. von Bayern“ kommt zu dem abschließenden Ergebnis, dass „Seine Majestät Otto I. König von Bayern in Folge langjähriger und unheilbarer Geistesstörung als verhindert an der Ausübung der Regierung zu betrachten sei, und daß diese Verhinderung mit Bestimmtheit für die ganze Lebenszeit andauern werde“. Auch der „Besondere Ausschuß der Kammer der Reichsräte“ befasst sich mit dem Gesundheitszustand des fünften Bayernkönigs. Deshalb tritt Prinz Luitpold auch die Regentschaft für König Otto I. an und damit in die in der Bayerischen Verfassung aus dem Jahr 1818 vorgesehene Regelung der Reichs-Verwesung ein. Diese ist vorgesehen, „während der Minderjährigkeit des Monarchen“ oder „wenn derselbe an der Ausübung der Regierung auf längere Zeit verhindert ist, und für die Verwaltung des Reichs nicht selbst Vorsorge getroffen hat, oder treffen kann“. Der Regent unterzeichnet als „des Königreichs Baiern Verweser“ oder - populär ausgedrückt - als Prinzregent. Die Bayerische Verfassung schließt also die Thronfolge trotz der gegebenen Regierungsunfähigkeit nicht aus.

14. Juli 1886 – Franz Stuck wird ausgemustert



München * Franz Stuck wird als „untauglich zum Dienst im Heer und Marine“ ausgemustert.

1895 – Essayist Alfred Polgar zur Musterung

??? * Der österreichische Essayist Alfred Polgar zeichnete das Bild von den Musterungsärzten als Bluthunde, die dem Sterben auf den Schlachtfeldern den Nachschub „apportiert“ haben: So beschreibt er in seinem Aufsatz „Der Teisinger“ den Rekrutierungsbeamten Teisinger als einen Menschenjäger, einen „stumpfen, urteilslosen, fleißigen Gehilfen in der Großmetzgerei des Krieges“, der - begleitet von einem Militärarzt als seinem „gut abgerichteten Jagdhund“ - auf die „Pirsch“ nach Opfern geht, die er als menschlichen Nachschub in den Schlund des Krieges geworfen hat. Alfred Polgar zur Musterung

27. September 1895 – Ein Militärverbot für die Bierbude Nr. 3

München-Theresienwiese * Von der Polizei-Kommandantur wird über die Bierbude Nr. 3 ein Militärverbot verhängt. Der Grund ist die Erklärung des Budeninhabers, er werde dem sozialistischen Gewerkschaftsverein für jeden auf der Festwiese gezapften Hektoliter eine Mark spenden.

Juni 1903 – Die Münchner Brockensammlung

München-Isarvorstadt * In den Mitteilungen der Münchner Brockensammlung heißt es: „Die Münchner Brockensammlung erbittet und läßt kostenfrei durch ihre Leute abholen: Alte, auch zerbrochene Möbel, jeder Art gebrauchter Kleiderstücke, Wäsche, abgetragene Schuhe, Hüte, Strümpfe, alle Arten Bücher, Broschüren, Zeitungen, Papier, Marken, Zeugreste und Lumpen, Schirme, Zigarrenabschnitte, Korke, Staniolkapseln, Flaschen, Glas, Körbe, altes Werkzeug, Metall und Geschirre aller Art, Militär-Effekten, kurz alles, was im Hause unnütz umherliegt.“ Da stellen also die wohlhabenden Bürger Münchens ihre ausgedienten oder aus der Mode gekommenen Möbel und Dinge des täglichen Bedarfs, kurz „all den Kram des Speichers und Kellers, der überflüssig, hindernd und störend im Wege liegt“, kostenlos zur Verfügung, um sie dann an Interessenten zu verkaufen oder - zu kleinsten Preisen - den Bedürftigen zur Verfügung zu stellen. Lumpen, Knochen und Altmittel werden in eigens aufgestellten Tonnen gesammelt und dann zur Weiterverarbeitung an einschlägige Unternehmer weiterverkauft. Die privaten Organisatoren geben die Gegenstände an die Bedürftigen ausdrücklich nicht gratis ab. Im Gegenteil, sie legen großen Wert darauf, dass die Käufer eine - wenn auch noch so geringe -



Eigenleistung erbringen. Man will den Bedürftigen zwar tätige Hilfe zukommen lassen, ohne sie jedoch in die Rolle von würdelosen Almosenempfängern zu drängen.

20. Dezember 1904 – Konzentrationslager als Internierungslager für Unterstützer

Deutsch-Südwestafrika * Das Erscheinungsbild des Krieges gegen die Herero und Nama ist nicht nur durch die eigentlichen Kampfhandlungen geprägt, sondern mindestens ebenso sehr durch die von der Militäradministration errichteten Konzentrationslager. Sie dienen als Internierungslager, in denen auch Stämme aus dem Gebiet des Guerillakampfes festgesetzt werden, um so den Kämpfern den Rückhalt in der Bevölkerung zu nehmen. Es sind also keine reinen Kriegsgefangenenlager nach europäischen Standards, sondern werden auch zur Inhaftierung von Frauen, Greisen und Kindern genutzt. Das ist ein weiterer Beweis dafür, dass es sich hierbei um einen Krieg gegen ein ganzes Volk handelte. Die Lebensbedingungen in den Konzentrationslagern sind völlig unzureichend. Es fehlte an allem, von den Lebensmitteln bis zum Brennmaterial. Viele Insassen erkrankten an Skorbut und Typhus. Die Sterblichkeit ist entsetzlich hoch. „Es kamen an manchen Tagen bis 27 Sterbefälle vor. Karrenweise wurden die Toten zum Friedhofe gebracht.“

15. März 1905 – Das Deutsche Reich will Marokkos Wirtschaftsinteressen verteidigen

Berlin * Reichskanzler Bernhard von Bülow gibt im Reichstag bekannt, dass das Deutsche Reich Schritte zur Verteidigung der Wirtschaftsinteressen in Marokko unternehmen wird. Dabei hatte Deutschland bis dahin niemals Einwände gegen die von Frankreich ausgeübte Kontrolle des Militärs, der Polizei, der Verwaltung, der Banken und des Handels in Marokko erhoben.

25. Januar 1907 – Die Hottentottenwahl bringt massive Mandatsverluste für die SPD

Deutsches Reich * Die Reichstagswahl, die sogenannte Hottentottenwahl, führt im Reich zu einer konservativen Richtungsverschiebung in der Sozialdemokratischen Partei. Die Reichstagswahl bringt für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands - SPD erhebliche Mandatsverluste ein. Die Sozis stürzten - auch aufgrund des ungerechten Dreiklassen-Wahlrechts - von 81 auf 43 Sitze im Reichstag ab und verlieren somit 38 Mandate. Das ist die schwerste Wahlschlappe, die die SPD bis dahin einstecken musste. Der Reichsregierung ist dies zweifellos mit ihrem Appell an die vaterländischen Instinkte gelungen.



Gleichzeitig war dadurch die Kolonialismus-kritische schwarz-rote Mehrheit im Reichstag gebrochen. Die Konservativen, bestehend aus der Deutschkonservativen Partei, der Deutschen Reichspartei und der Nationalliberalen Partei billigen umgehend den Nachtragshaushalt und damit die weitere Finanzierung des Kolonialkrieges in Übersee. Für die Sozialdemokratie hat der Ausgang der Wahl einen erzieherischen Einfluss. Die SPD-Parteiführung will künftig ihre nationale Zuverlässigkeit stärker in den Mittelpunkt stellen. Das bedeutet aber gleichzeitig die „Bereitschaft zur Vaterlandverteidigung“ nach vorne und die Kritik an der deutschen Weltpolitik nach hinten zu stellen. Diesen Schritt will Kurt Eisner - aufgrund seiner aus der „Marokkokrise“ gezogenen Erkenntnisse - keinesfalls mitgehen. In der Fränkischen Tagespost, der er seit März 1907 angehört, warnt er nachdrücklich vor dem „Nachlassen im Kampf gegen den Militarismus“.

18. September 1909 – Kaiser Wilhelm II. eröffnet die Schack-Galerie

München-Lehel * Der Deutsche Kaiser und König von Preußen, Wilhelm II., eröffnet die Schack-Galerie an der Prinzregentenstraße 9. Die Münchner Neuesten Nachrichten schreiben: „Als Kunstfreund und Mäcen ist der Kaiser bei uns erschienen, nachdem er erst als oberster Kriegsherr, umgeben vom Glanz seines militärischen Gefolges, die friedlichen Schlachtfelder im Frankenland verlassen“. Im Giebelfeld des neuen Kultur-Tempels, das von massigen Säulen getragen wird, befindet sich der preußische Adler und die Inschrift: „Kaiser Wilhelm II. der Stadt Muenchen zur Mehrung ihres Ruhmes und grossen Kuenstlern zum Gedaechnis“. In diesem Sinne ist auch die kaiserliche Eröffnungsrede gehalten, in der er die wohlgesetzten Worte spricht: „Ich weiß mich eins mit der vaterländischen Gesinnung des Münchner Bürgertums, auf welches ganz Deutschland, von der Meeresküste bis zu den bayerischen Bergen, ein Recht hat, stolz zu sein.“

April 1911 – Frankreich geht in Marokko militärisch gegen aufständische Berber vor

Marokko * Frankreich geht in Marokko militärisch gegen Gruppen vor, die die Kooperation der Regierung des Scharifenreichs mit den europäischen Mächten bekämpfen. Deutschland sieht darin eine günstige Gelegenheit, seine Interessen in Afrika entscheidend weiterzuentwickeln. Wenn schon die Franzosen ihren Kampf gegen aufständische Berber aufgenommen haben, dann will die deutsche Regierung auf alle Fälle die deutschen Kolonialisten vor den Kämpfern schützen. Und wenn die sich schon nicht bedroht fühlten, dann musste eben das deutsche Auswärtige Amt in Marokko ansässige Firmen auffordern, ein Hilfeersuchen zu stellen, damit man eingreifen kann.



Tripolis * Der italienische Leutnant Giulio Cavotti lässt über zwei Oasen bei Tripolis die ersten Zwei-Kilo-Bomben auf lebende Ziele abwerfen. Der Angriff dient keinem militärischen Zweck, sondern geschieht im Rahmen der Vergeltungsaktionen gegen die arabische Bevölkerung.

Belgrad - Sofia * Serbien und Bulgarien vereinbaren ein Militärbündnis gegen das Osmanische Reich, dem sich Griechenland und Montenegro anschließen.

Frankfurt am Main-Bockenheim * Rosa Luxemburg ruft in Anbetracht der Kolonialpolitik und des Militarismus des Deutschen Kaiserreichs zum Widerstand gegen den Militärdienst auf. Sie wird vors Gericht gezerrt und am 14. April 1914 wegen Aufforderung zur Ungehorsamkeit gegen Gesetze und Anordnungen der Obrigkeit zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

München-Au * Rosa Luxemburg hält im brechend vollen Münchner-Kindl-Keller eine mitreißende Rede zum Thema „Militarismus und Volksfreiheit“. Sie fordert auf, die Waffen nicht gegen die ausländischen Klassenbrüder zu erheben und das Wettrüsten zu stoppen. Die Sozialdemokraten gehen zu diesem Zeitpunkt noch davon aus, dass der Krieg zu verhindern ist. Rosa Luxemburg sagt: „Wenn ein Mann von Blut und Eisen wie Bismarck trotz Ausnahmegesetz nicht mit uns fertig geworden ist, wie wollen das die Knirpse fertig bringen, die heute an der Spitze stehen!“

Frankfurt am Main * Rosa Luxemburg steht wegen Aufforderung zur Ungehorsamkeit gegen Gesetze und Anordnungen der Obrigkeit in Frankfurt vor dem Landgericht. Sie wird zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Der Knast bleibt der gehbehinderten Frau, die Berufung gegen das Urteil einlegt, vorerst erspart.



28. Juli 1914 – Der Eine ist zu alt, der Andere zu jung

Wien * Der bei Kriegsbeginn kurz vor seinem 84. Geburtstag stehende österreichisch-ungarische Kaiser Franz Joseph I. ist zu schnellen und grundsätzlichen Entscheidungen kaum noch in der Lage, auch wenn er versucht, täglich seine Akten pflichtbewusst und akribisch zu bearbeiten. Sein Thronfolger, Erzherzog Karl, ist gerade 27 Jahre alt und politisch wie militärisch noch ohne Erfahrung. Weil aber die Oberbefehlsgewalt von einem adeligen Mitglied des Erzhauses übernommen werden muss, fällt die Wahl auf der 58-jährigen Erzherzog Friedrich. Er besitzt allerdings nur wenige Eigenschaften, die ihn zum Oberbefehlshaber der österreichisch-ungarischen Armee befähigen. Erzherzog Friedrich wird als eher ängstlich beschrieben, der nur wenig persönliche Initiative entwickelt und sich hauptsächlich mit seiner Frau beratschlagt, welche Uniform er tragen soll.

31. Juli 1914 – Kaiser Wilhelm II. verhängt den Kriegszustand - außer in Bayern

Berlin - München * Mit der kaiserlichen Verhängung des Kriegszustands verändern sich auch die Rahmenbedingungen für Bayerns Eigenständigkeit grundlegend. Die bisher auf den bayerischen König vereidigte Armee wird damit nämlich dem Deutschen Kaiser unterstellt. Doch ist dazu zuvor eine offizielle Feststellung des Kriegszustandes von Seiten des bayerischen Königs notwendig.

31. Juli 1914 – König Ludwig III. verhängt den Kriegszustand

München-Maxvorstadt * Am Nachmittag wendet sich der 69-jährige König Ludwig III. am Nachmittag an die Kundgebungsteilnehmer vor dem Wittelsbacher Palais. Er bedankt sich zunächst für die Huldigungen, die er als „Ausdruck der Treue und der Vaterlandsliebe“ betrachtet.

Im Wissen, auf welche Katastrophe das Deutsche Reich zusteuert, weist der Bayernherrscher auf die ernste und schwere Zukunft hin und erklärt: „Es sind [...] sehr schwere und ernste Zeiten, denen wir entgegen gehen. Aber ich vertraue darauf, dass das bayerische Volk wie seit vielen Jahrhunderten auch jetzt in Treue zu seinem Herrscherhaus stehen wird.“ Dann verhängt auch König Ludwig III. den Kriegszustand, verbunden mit der Anordnung des Standrechtes und den Übergang der vollziehenden Gewalt auf die Militärbehörden. Der Text seiner Verordnung lautete kurz und bündig: „Wir finden uns bewogen, auf Grund des Artikels I des Gesetzes über den Kriegszustand vom 5. November 1912 zu verordnen: Über das Gesamtgebiet des Königreichs wird der Kriegszustand verhängt. Gegeben zu München, den 31. Juli 1914. Ludwig.“



August 1914 – Export im Zeichen des Krieges

München * Löwenbräu kann seinen Absatz zu Beginn des Ersten Weltkriegs durch Bierlieferungen an das Militär zunächst steigern. Der internationale Export ist dagegen stark von den politischen Beziehungen abhängig. Zölle und Frachtkosten, aber auch die Beliebtheit des Biers auf den jeweiligen Märkten bestimmen den Absatz. Im weiteren Verlauf des Krieges können die Brauereien nur noch befreundete oder neutrale Länder beliefern. Für den Großexporteur Löwenbräu hat das gravierende Folgen: Da das Unternehmen in den Jahren zuvor stark auf den Export gesetzt und den heimischen Markt vernachlässigt hat, bricht der Absatz deutlich ein.

1. August 1914 – König Ludwig III. gibt die Mobilmachung bekannt

München-Maxvorstadt * Gegen 19:30 Uhr tritt der greise König Ludwig III. auf den Balkon des Wittelsbacher Palais und gibt die Mobilmachung bekannt. Jubelnd und hüteschwenkend versammeln sich begeisterte Bürger, die den Kriegsausbruch feiern. Der versammelten Menschenmenge ruft er zu, er sei zuversichtlich, dass sich seine Soldaten „im Verein mit ihren deutschen Bundesgenossen ebenso wie vor 44 Jahren tapfer schlagen werden und [er] hoffe zu Gott, er möge sie ehrenvoll mit Sieg gekrönt wieder in die Heimat zurückkehren lassen“. Als erster Mobilmachungstag wird der 2. August bestimmt. Die vollziehende Gewalt geht damit von den Zivilbehörden auf die kommandierenden Generale der drei bayerischen Armeekorps in München, Nürnberg und Würzburg über. In der Pfalz übernimmt der Kommandeur der 3. Division diese Aufgabe. Auch die öffentliche Sicherheit wird den Militärbefehlshabern anvertraut. Für die bayerische Regierung sind weitreichende Anordnungen der Militärs auch dann „statthaft, wenn sie im Widerspruch mit bestehenden Gesetzen stehen und sich nicht auf einen gesetzlichen Vorbehalt gründen“. Damit ist das öffentliche Leben weitgehend unter militärischer Kontrolle.

1. August 1914 – Italien erklärt sich für neutral

Rom * Italien erklärt sich für neutral, obwohl das Land am 20. Mai 1882 dem Dreibund mit Deutschland und Österreich-Ungarn beigetreten war. Natürlich erwarten die Mittelmächte, dass sich Italien jetzt auf die Seite der Bündnispartner stellt. Doch die italienische Regierung zögert, weil sie formal gesehen nicht gezwungen ist, in die kriegerischen Auseinandersetzung einzugreifen. Der Bündnisvertrag sieht lediglich eine militärische Unterstützung für Österreich vor, wenn es von außen angegriffen wird. Da aber Österreich-Ungarn Serbien angegriffen hat, ist das militärisch nicht gut vorbereitete Land vom Krieg nicht besonders begeistert. Der



eigentliche Grund für die abwartende Haltung Italiens liegt jedoch in seinen Annexions-Ansprüchen. Das Land will nach einem siegreichen Krieg Gebietserweiterungen zugesprochen bekommen. Weil das aber zu Lasten des Habsburger-Reiches gehen würde, weigert sich Österreich dagegen. Die Mächte der Entente treten den territorialen Expansionswünschen Italiens freilich von Anfang an aufgeschlossener gegenüber.

2. August 1914 – Ein eigener Militärfahrplan wird in Kraft gesetzt

München * Um die Soldaten mit der Eisenbahn an die Front zu befördern, wird ein eigener Militärfahrplan in Kraft gesetzt. Deshalb gibt es bei den Bayerischen Staatsbahnen ab Mitte August nur einen sehr eingeschränkten zivilen Personen- und Güterverkehr.

2. August 1914 – Am Sonntag die Möglichkeit zum Einkaufen und zum Heiraten

München * Die Militärpflichtigen nutzen am Sonntag die Möglichkeit zum Einkaufen und zum Heiraten. Denn an diesem 2. August hatten sowohl die Geschäfte, wie auch die Standesämter geöffnet. Im August 1914 heiraten rund vier Mal so viele Paare wie im April. Und auch die katholischen Kirchen sind voll. Man nutzte die Zeit zum Beichten und zur Kommunion.

3. August 1914 – Die Versorgung der Münchner Bevölkerung mit Brot gewährleistet

München * Die außerordentliche Versammlung der Münchner Bäckerinnung stellt fest, dass - trotz der Einberufung zahlreicher Bäckermeister und Gehilfen - die Versorgung der Münchner Bevölkerung mit Brot gewährleistet ist. Daneben sehen sich die verbliebenen Bäcker in der Lage, zusätzlich 20.000 Leibe Brot fürs Militär zu backen. Freilich können verschiedene Bäckereibetriebe nur mehr die gangbarste Brotsorte herstellen. Die Versorgung Münchens mit Mehl ist für die nächsten vier Wochen gesichert; danach kommt ohnehin das Getreide der gerade anstehenden Ernte zur Vermahlung. Und weil das Militär die sechs Pferde eingezogen hat, die bisher für den Hefe-Transport benutzt wurden, kann die Hefe nicht mehr an jeden Bäcker geliefert werden.

4. August 1914 – Erklärung zum unberechtigten Einmarsch ins neutrale Belgien

Berlin - Brüssel * Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg gibt vor dem Reichstag eine



Erklärung zum unberechtigten Einmarsch ins neutrale Belgien ab. Die Reaktionen der Abgeordneten finden sich in den eckigen Klammern wieder: „Meine Herren, wir sind jetzt in der Notwehr; [lebhaft Zustimmung] und Not kennt kein Gebot! [Stürmischer Beifall] Unsere Truppen haben Luxemburg besetzt, [Bravo!] vielleicht schon belgisches Gebiet betreten. [Erneutes Bravo.] Meine Herren, das widerspricht den Geboten des Völkerrechts. Die französische Regierung hat zwar in Brüssel erklärt, die Neutralität Belgiens respektieren zu wollen, so lange der Gegner sie respektiere. Wir wussten aber, dass Frankreich zum Einfall bereit stand. [Hört! Hört!] Frankreich konnte warten, wir aber nicht! Ein französischer Einfall in unsere Flanke am unteren Rhein hätte verhängnisvoll werden können. [Lebhaft Zustimmung.]

So waren wir gezwungen, uns über den berechtigten Protest der luxemburgischen und der belgischen Regierung hinwegzusetzen. [Sehr richtig!] Das Unrecht - ich spreche offen - das Unrecht, das wir damit tun, werden wir wieder gutzumachen suchen, sobald unser militärisches Ziel erreicht ist. [Bravo!] Wer so bedroht ist wie wir und um sein Höchstes kämpft, der darf nur daran denken, wie er sich durchhaut! [Anhaltender brausender Beifall und Händeklatschen im ganzen Hause und auf den Tribünen.] Meine Herren, wir stehen Schulter an Schulter mit Österreich-Ungarn“.

8. August 1914 – Erich Mühsam und der Krieg (II)

München * Erich Mühsam schreibt in sein Tagebuch: „Deutschlands Rüsterei, der unstillbare Ehrgeiz, die Militärhegemonie zu sein, hat das Unglück verschuldet“.

20. August 1914 – Die Schlacht in Lothringen ist die erste große Schlacht an der Westfront

Lothringen * Die Schlacht von Lothringen beginnt; sie dauert bis zum 22. August und ist die erste große Schlacht an der Westfront und die letzte, in der die bayerische Armee geschlossen ins Feld zieht. Zunächst geht die Rechnung der Bayern auch auf. Die Armeen unter bayerischer Führung können den Franzosen eine schwere militärische Niederlage zufügen, weshalb sie sich aus Lothringen und dem Elsass bis östlich von Nancy zurückziehen müssen.

22. August 1914 – Pater Rupert Mayer tritt freiwillig in den Militärdienst ein

München * Pater Rupert Mayer tritt freiwillig in den Militärdienst als Feldgeistlicher beim 1. Bayerischen Armeekorps im Feldlazarett 2 ein.



23. August 1914 – Kronprinz Rupprecht wird zunächst als bedeutender Feldherr gefeiert

München - Berlin * Gleich unmittelbar nach der Schlacht wird der bayerische Kronprinz Rupprecht als „bedeutender Feldherr“ gefeiert. Der „Sieger von Lothringen“ wird sowohl von seinem Vater, König Ludwig III., mit dem er in militärischen Fragen nur selten im Einklang steht, als auch von Kaiser Wilhelm II. mit den höchsten Auszeichnungen dekoriert. In zahlreichen Darstellungen auf Postkarten wird Rupprecht regelrecht zum Kriegshelden hochstilisiert. Doch nur wenige Wochen später, nachdem die Kampfhandlungen eine ungünstige Wendung genommen haben, spricht man in den Kreisen führender Militärs laut und deutlich hörbar Kritik an Rupprechts Vorgehen in Lothringen aus. Es heißt, sein persönliches Prestigebedürfnis habe ihn zur Offensive entgegen dem Schlieffen-Plan angetrieben. Dieses Verhalten wird Deutschland nun sehr teuer zu stehen kommen.

23. August 1914 – Generalmajor Erich Ludendorff trifft die Entscheidungen

Ostfront * Vor Ort erkennen die hohen Militärs die Problematik der Kriegssituation und entwickeln eine neue Strategie, die allerdings auch mit einem Risiko behaftet ist. Und tatsächlich erweist sich Erich Ludendorff [„Ohne Opfer kein Sieg! Ohne Sieg kein Friede!“] vor und während der Schlacht um Tannenberg als das treibende Element, während der eigentliche Oberbefehlshaber der 8. Armee, Paul von Hindenburg, „mit großer Ruhe und noch größerem Schlafbedürfnis“ die Entscheidungen des Generalstabs-Chefs Erich Ludendorffs absegnet. Der bürgerliche Generalmajor Ludendorff trifft die Entscheidungen, Hindenburg repräsentiert nach Außen hin.

30. August 1914 – Die geplante Umzingelung von Paris wird nicht weiter verfolgt

Paris * Die ursprünglich geplante Umzingelung von Paris wird nicht weiter verfolgt. Generaloberst Alexander von Klucks Armee folgt einfach von Generaloberst Karl von Bülow an die Marne - und lässt damit seine gesamte rechte Flanke ungeschützt. Jetzt stehen die Deutschen zwar kurz vor der französischen Hauptstadt, doch sind sie von ihrer eigenen Versorgung abgeschnitten. Sie haben keine Verbindung zum Hauptquartier in Luxemburg und sind durch die anstrengenden Gewaltmärsche für die anstehenden militärischen Auseinandersetzungen geschwächt. Außerdem ist die Kommunikation zwischen den beiden Armeen äußerst mangelhaft. Und weil die Übermittlung drahtloser Nachrichten ins Hauptquartier oft 24 Stunden und mehr dauern, sind die Franzosen bald über die Schwachstelle der Deutschen Armee bestens unterrichtet. Die deutsche Armeeführung glaubt immer noch, dass die Franzosen wie aufgeschreckte Hasen davongelaufen sind. Doch zum Unterschied des



Deutsch-Französischen Krieges von 1870/71 ist es der französischen Führung gelungen, die Truppen neu zu sammeln. Einige ranghohe französische Offiziere werden dennoch wegen „Unfähigkeit vor dem Feind“ versetzt und die kämpfenden Truppen neu strukturiert.

September 1914 – Die Gründer des Loos-Vereins Wild West müssen an die Front

München * Der Erste Weltkrieg bedeutet für die drei etwa 20-jährigen und wehrdiensttauglichen jungen Gründer des Loos-Vereins Wild West die Einberufung zum Militär und den Marschbefehl in Richtung Frankreich. Nun heißt es „Verdun statt Wyoming!“

8. September 1914 – Oberstleutnant Richard Hentsch empfiehlt den Rückzug

Marne * Oberstleutnant Richard Hentsch wird im Auftrag der Heeresleitung an die Front an der Marne gesandt, um sich ein Bild über die Situation zu verschaffen. Da er die Gefahr einer Einkesselung erkennt, empfiehlt er den Rückzug der Truppen gerade in einem Moment, in dem die Militärs vor Ort zum entscheidenden Schlag ausholen wollen.

16. Oktober 1914 – Eine Erklärung der Hochschullehrer des Deutschen Reiches

Berlin * In der Erklärung der Hochschullehrer des Deutschen Reiches heißt es: „Unser Glaube ist, dass für die ganze Kultur Europas das Heil an dem Siege hängt, den der deutsche ‚Militarismus‘ erkämpfen wird.“

25. Dezember 1914 – In den Staub mit allen Feinden Deutschlands. Amen.

Luxemburg - Charleville-Mézières * Kaiser Wilhelm II. äußert seine Weihnachtswünsche an das deutsche Volk aus dem sich in Luxemburg befindlichen Großen Hauptquartier der Obersten Heeresleitung - OHL in Charleville-Mézières. Der Kaiser will das Weihnachtsfest im Kreise seiner Militärs begehen. Seine Ansprache vor dem Weihnachtsbaum beschließt er mit einer Variation des Satzes des preußischen Dichters Heinrich von Kleist, mit dem sein Drama „Der Prinz von Homburg“ schließt: „In den Staub mit allen Feinden Deutschlands. Amen.“

1915 – Lena Christ's Roman „Rumplhanni“ beschreibt den Kriegsbeginn



München * Lena Christ beschreibt in ihrem im Jahr 1916 erschienenen Roman „Rumplhanni“ den Kriegsbeginn auf dem Lande: „[...] Kein Platz ist mehr zum Sitzen; die Bauern haben den Herrgottswinkel und das Ofeneck ausgefüllt, und an den übrigen Tischen hocken die Jüngeren und die Dienstigen. Man redet vom Krieg. Und der eine meint: „Jano; s'Belgien ham mir scho. s'Frankreich ham mir aa scho glei; Paris kriagn man auf d'Woch und s'Rußland aufn Kirta. Bis Allerheiling ham mir nachher an Engländer umbracht, und z'Weihnachten sauf i mir mein Friedensrausch o.' - „Wenn dir der Italiener net 's Krüagl aus der Hand haut, deiweil!“ meint der Meßmer von Niklasreuth; „woaßt, den Schlawiner tat i scheucha!“ Aber, was!? Den Katzmacha!“ heißt's da; „den Polentafresser! Den Maronibruada möchst ferchten! Was willst denn! Was will denn der macha! Hat Ja grad oa Loch, wo er außi kann, der Italiener!“ - „Und dees is zuapitschiert!“ meint der Hauser. „Dees ham eahm d'Östeiricher a so verpappt, daß er a Jahr braucht, bis er si durchefrißt!“ Und so wird weiter disputiert und politisiert, bis Jeder voll ist und jeder genug hat [...]“. Und solange die militärischen Erfolge Bestand haben, kann der sogenannte „Burgfrieden“ in der Arbeiterschaft auch weiterhin erhalten bleiben.

Mai 1915 – Bier für die Truppen

München * Im Sudjahr 1914/15 liefert Löwenbräu rund ein Drittel seines gesamten Bierausstoßes an die Front sowie an die in München und Umgebung stationierten Truppenteile.

5. September 1915 – Zar Nikolaus II. übernimmt den Oberbefehl

Mogilew * Zar Nikolaus II. übernimmt den Oberbefehl über die russischen Streitkräfte aufgrund der militärischen Niederlagen, der Versorgungsnot im Reich, der Arbeiteraufstände und der Meutereien der Soldaten.

März 1916 – Militär beschränkt den Bierversand

Berlin * Um Transportkapazitäten für militärische Zwecke freizuhalten, beschränken die Militärbehörden den Bierversand der Brauereien. An Kunden außerhalb Bayerns dürfen die bayerischen Bierhersteller nur noch 45 Prozent der Vorkriegsmenge liefern.

17. Juni 1916 – Erich Mühsam: Das Volk steht auf! - Auftakt der Revolution



München * Über diesen Tag vermerkt der Schriftsteller Erich Mühsam in seinem Tagebuch: „Das Volk steht auf! Gestern erlebten wir den Auftakt der Revolution. [...] In der Tat stand der Marienplatz voll von Leuten, die ich auf 10.000 Personen schätze. Johlen und Pfeifen war zunächst das einzige Merkmal der Erregung. Allmählich hörte man aus den Gruppen heraus lautes Fluchen, Aufklärungen, Anklagen wegen der Not der Nahrungsmittelverteilung, der Massenmorderei. [...] Da entdeckte ich plötzlich, dass die Dienerstraße entlang Militär anrückt mit aufgepflanztem Bajonett und sich an der Ostseite des Rathauses aufstellte. Eine maßlose Wut brach durch. alles schrie: ‚Pfui! Gemeinheit! - Sauhunde! Blaue Bohnen statt Brot!‘.“ Benebelt von der Propaganda des Staates und der nationalen Presse hatten die Leute anfangs geglaubt, der Krieg werde bald zu Ende und die Soldaten bis Weihnachten siegreich heimgekehrt sein.

18. Juni 1916 – Mit Militär verstärkte Schutzmannschaft räumt den Marienplatz

München-Graggenau * Die mit Militär verstärkte Schutzmannschaft räumt den Marienplatz von den an den Hunger-Demonstrationen beteiligten Münchnern. Stadtschulrat Dr. Georg Kerschensteiner muss sich später für die „mangelnde staatsbürgerliche Erziehung der gerade entlassenen Schuljugend“ rechtfertigen.

8. Juli 1916 – Militärische Sicherheitshaft für Rosa Luxemburg

Berlin * Gegen Rosa Luxemburg wird eine militärische Sicherheitshaft verhängt.

29. August 1916 – Kaiser Wilhelm II. ernennt die dritte Oberste Heeresleitung - OHL

Berlin * Kaiser Wilhelm II. ernennt Paul von Hindenburg zum Chef des Generalstabs und Erich Ludendorff zum Generalquartiermeister. Dies ist die dritte Oberste Heeresleitung - OHL. Sie wird sich zu Deutschlands wirklicher Regierung - eine Militärdiktatur - entwickeln.

8. März 1917 – In Petrograd beginnt die eigentliche Revolution

Petersburg * In Petrograd beginnt die eigentliche Revolution. In den Putilow-Werken wird erneut gestreikt, die Streikenden demonstrieren für eine bessere Versorgung, vor allem mit Brot. Gegen 14 Uhr treten die Arbeiterinnen in der Fabrik Ayvas ebenfalls in den Ausstand. Sie demonstrieren

9. März 1917 – Die Petersburger Proteste münden in einen Generalstreik

17. April 1917 – Zusätzliche Lebensmittelrationen versprochen

18. April 1917 – Eine Verhaftungswelle beendet den Streik

Seite 67/122



13. Juli 1917 – Kronprinz Rupprecht: Ludendorff soll politisch gebändigt werden

Lille - München * Kronprinz Rupprecht berichtet seinem Vater, König Ludwig III., es sei „wahrhaft unglaublich, wie es in Berlin zugeht - der Kanzler ist wohl unhaltbar. Ludendorff muss aber unbedingt auf sein militärisches Fach beschränkt werden und darf sich nicht in alle Fragen der inneren und äußeren Politik mengen“. Er bittet seinen Vater zum Kaiser nach Berlin zu fahren, denn es steht „viel auf dem Spiel, um nicht zu sagen Alles!“. Kronprinz Rupprecht fürchtet die Einführung des Parlamentarismus auf Reichsebene am meisten, da das das Ende der Einzelstaaten bedeuten würde.

24. Juli 1917 – Im Pariser Justizpalast beginnt der Prozess gegen Mata Hari

Paris * Im Pariser Justizpalast beginnt der Prozess vor dem Militärgericht gegen Mata Hari. In der Presse kursiert das Gerücht, Mata Hari habe den Deutschen geheime Informationen über den Bau der neuartigen Panzer zugespielt, mit denen die Alliierten dem Krieg eine entscheidende Wende geben wollen. Eine absurde Behauptung, die sogar die seriöse New York Times aufgreift.

Mata Hari, wird deshalb beschuldigt, als Doppelagentin wichtige Informationen an die Deutschen verraten und damit das Leben von 50.000 französischen Soldaten im Ersten Weltkrieg aufs Spiel gesetzt zu haben.

25. Juli 1917 – Mata Hari wird wegen Spionage und Hochverrat zum Tode verurteilt

Paris * Das Militärgericht in Paris fällt nach nur zwei Verhandlungstagen das Urteil gegen Margaretha Geertruida MacLeod, alias Mata Hari. Sie wird wegen Doppelspionage und Hochverrats zum Tode verurteilt.

November 1917 – Bier wird noch dünner

Deutsches Reich * Der zulässige Malzverbrauch der Brauereien sinkt auf nur noch 15 Prozent des Vorkriegsniveaus. Zugleich darf Bier nur noch mit einem Stammwürzegehalt von 3,5 Prozent gebraut werden. Eine Ausnahme gilt für Lieferungen an das Militär: Dieses Bier darf weiterhin stärker eingebraut werden.

20. Januar 1918 – Die Jännerstreiks werden beendet



Wien * Der sozialdemokratische Parteivorstand Österreichs veranlasst eine Regierungserklärung, die zahlreiche Zugeständnisse an die Streikenden enthält. Darunter die Zusicherung, die katastrophale Lebensmittelversorgung zu verbessern und sich um Friedensverhandlungen zu bemühen. Er setzt damit den Beschluss zum Abbruch des Streiks durch. Die Beendigung des Streiks verärgert die radikale Linke, die sich von den Versprechungen nicht beeindrucken lassen will. Die Militärs hätten allerdings nicht davor zurückgeschreckt, mit militärischer Gewalt gegen den Streik und die Streikenden vorzugehen.

21. Januar 1918 – 150 Teilnehmer am USPD-Diskussions-Stammtisch

München-Ludwigsvorstadt * Im Anschluss an die Vorstandssitzung findet der USPD-Diskussionsabend im Wirtshaus Zum Goldenen Anker in der Schillerstraße statt. Dort treffen - nach Polizeiberichten - rund 150 Personen zusammen, darunter 20 Frauen und 30 Soldaten. Damit erreicht der Diskussions-Stammtisch seine größte Breitenwirkung. Kurt Eisner verteilt aus Frankreich stammende Flugblätter, die sich mit dem Thema „Ist in Deutschland eine Revolution möglich?“ befassen. Er deutet an, dass ein Ausstand vorbereitet werde. Das Endziel des Streiks ist „die Monarchie zu stürzen und nicht nur den preußischen, sondern den gesamten Militarismus niederzuzwingen. Dazu gibt es nur ein Mittel: Die heiß ersehnte, unausbleibliche und bald zu erwartende Revolution.“

24. Januar 1918 – Der österreichisch-ungarische Präsident für einen Verständigungsfrieden

Wien * Für den österreichisch-ungarischen Ministerpräsidenten Ottokar Graf von Czernin und zu Chucenitz ist ein Verständigungsfrieden auf der Grundlage der 14 Punkte des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson akzeptabel. Er erklärt dies in Hinblick auf die innenpolitische und militärische Lage seines Landes.

28. Januar 1918 – Hunderttausend Arbeiter treten in Berlin in den Streik

Berlin * Am ersten Tag des Ausstands folgen rund 100.000 Berliner Arbeiterinnen und Arbeiter dem Aufruf der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei - USPD zum Streik. Das Motto heißt: „Frieden und Brot!“. Ihre Hauptforderungen lauten: Den sofortigen allgemeinen Frieden ohne Annexion und Kontributionen, das vollständige Presse- und Koalitionsrecht, sowie Versammlungsfreiheit, die Aufhebung des Belagerungszustandes, die Entmilitarisierung der Betriebe und Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes, die Freilassung und Aufhebung des



Zuchthausurteils gegen Karl Liebknecht, sowie die Freilassung sämtlicher politischen Gefangenen und Verurteilten. Für Deutschland fordern die von den Streikenden gebildeten Berliner Arbeiterräte eine „durchgreifende Demokratisierung der gesamten Staatseinrichtungen“. Das Vorbild der österreichischen Kolleginnen und Kollegen hat auch die deutsche Arbeiterschaft ermutigt. Die Versammelten rufen die Arbeiterschaft der Kriegsgegner auf, es ihnen gleichzutun und ebenfalls in einen Massenstreik einzutreten, „denn erst der gemeinsame, internationale Klassenkampf schafft Arbeit und Brot“. Zur Umsetzung dieser Forderung sollte es allerdings nicht kommen. Dafür gelingt es den revolutionären Obleuten - zwar widerstrebend, aber strategisch sehr geschickt, - auch die Mehrheits-SPD in den Kampf zu integrieren. Das ist ein beachtenswerter Versuch der Wiederannäherung.

30. Januar 1918 – Den Streikenden wird mit Bestrafung gedroht

Berlin * Auch hier schlägt - wie zuvor schon in Wien - das Imperium zurück. Am Nachmittag lässt der für Berlin zuständige Befehlshaber, Generaloberst Gustav von Kessel, alle Versammlungen und Streikkomitees verbieten und verlautbaren: Wer sich den Befehlen nicht fügt, setzt „sich schwerster Bestrafung nach den Vorschriften des Belagerungszustandes aus; die Wehrpflichtigen unter ihnen werden außerdem militärisch eingezogen werden.“ Der Arbeiterrat gibt nicht nach. Die Arbeitsk Kampfmaßnahmen werden erfolgreich weitergeführt.

31. Januar 1918 – Szenen wie im Bürgerkrieg

Berlin * In Berlin spielen sich Szenen wie in einem Bürgerkrieg ab. Polizei und Militär durchbrechen Straßensperren, Schüsse fallen. Militante Arbeiter werfen Steine und bewaffnen sich mit Stöcken und Knüppeln. Sie werfen Straßenbahnen um und bauen Barrikaden. Es gibt viele Verletzte und mehrere Tote.

31. Januar 1918 – Den verschärften Belagerungszustand über Berlin verhängt

Berlin * Das Militär verhängt den verschärften Belagerungszustand über Berlin. Die Behörden lösen den Arbeiterrat auf und untersagen die Bildung einer neuen Streikleitung. Die SPD-Parteizeitung Vorwärts wird verboten, weil er über die Sympathiestreiks in Budapest und Wien berichtet hat.



4. Februar 1918 – Gegen Militärdiktatur und Regierungssozialisten

München-Au * Kurt Eisner beschreibt die Situation der Januar-Streiks in seinem Gefängnis-Tagebuch: „Wir hatten nicht nur die Militärdiktatur gegen uns, sondern auch die Regierungssozialisten, die die gesamte politische und gewerkschaftliche Organisation fest in Händen hielten, eine Camorra, die vor keinem Mittel zurückschreckten, um sich selbst in ihrer verworfenen Stellung zu behaupten. Wir waren nur ein kleines Häuflein, ohne die Autorität von Ämtern und Würden, ohne Geld, ohne Presse, ohne die Möglichkeit schriftlicher Propaganda“.

25. März 1918 – Der Kriegsminister und der Umgang mit den Sozis

München * Kriegsminister Philipp von Hellingrath formuliert in einem internen Schreiben seine Meinung, welche Taktik gegenüber den beiden sozialdemokratischen Parteien einzuschlagen ist:

„Nach den seitherigen Erfahrungen bildet die unabhängige Sozialdemokratie eine schwere Gefahr für den Fortbestand des Reiches. Ihren Bestrebungen muß auf jedem möglichen Wege entgegengetreten werden. Da sie ihren Zuwachs vornehmlich aus den Reihen der rechtsstehenden Sozialdemokratie erhält, liegt die wirksamste Abwehr gegen ihre weitere Ausbreitung in Maßnahmen, durch welche die sozialdemokratische Mehrheitspartei die Flucht ihrer bisherigen Anhänger in das Lager der Unabhängigen zu verhindern sucht. In dieser Beziehung erblicke ich ein wirksames Mittel in der Versammlungstätigkeit der alten sozialdemokratischen Partei. Durch mündliche Aufklärung vermag sie am ehesten ihre Mitglieder sich zu erhalten und gegen die unterirdische Wühlarbeit der Radikalsozialisten widerstandsfähig zu machen. Das Bestreben der militärischen Zensurstellen wird daher dahin gehen müssen, den Veranstaltungen der Mehrheitssozialisten so wenig wie möglich Schwierigkeiten zu bereiten.

Gelegentliche Entgleisungen in den Versammlungen werden in der Regel weit weniger nachteilige Folgen haben als verbitternd wirkende Verbote und Anordnungen“.

19. April 1918 – Zwangsaufenthalt für Josef Sontheimer

München - Traunstein * Das Stellvertretende Generalkommando untersagt Josef Sontheimer den Aufenthalt in München. Für ihn wird ein Zwangsaufenthalt in Traunstein unter militärischer Kontrolle angeordnet.

27. Mai 1918 – Die Operation Blücher-Yorck beginnt



Soissons - Nordfrankreich * Gemäß seiner „Hammerschlag-Direktive“ lässt Generalquartiermeister Erich Ludendorff die deutschen Truppen im Raum Soissons als dritte Frühjahrsoffensive als „Operation Blücher-Yorck“ in Kriegshandlungen eintreten. Die Deutschen können schließlich die Marne erreichen, weshalb die Franzosen von der „Zweiten Marneschlacht“ sprechen. Die Deutschen rücken bis auf 92 Kilometer an Paris heran und beschießen die französische Hauptstadt mit dem „Paris-Geschütz“. Das hat zwar keinen militärischen Nutzen, löst aber eine Panik in der Zivilbevölkerung aus. 256 Zivilisten sterben. Die deutschen Geländegewinne sind zwar bedeutungslos, dennoch glauben viele an der Heimatfront, dass der entscheidende Sieg jetzt unmittelbar bevor steht.

18. Juni 1918 – Soldaten lassen sich nicht mehr alles gefallen

München * Die Zentralpolizeistelle meldet einen militärischen Vorfall. Ein ungeordneter Haufen zieht von der Kaserne zum Hauptbahnhof. Als ein Major einen Soldaten zur Ordnung ruft, schreit dieser ihn an: „Was wollt Ihr Himmel-Herrgottsakramenter, ist's nicht genug, dass wir für Euch ins Feld gehen, schikanieren wollt ihr einen auch noch, anpacken tu ich dich, bei der Fotze nimm ich dich, du Blindgänger.“ Die übrigen Soldaten zollen ihm daraufhin Beifall.

24. Juni 1918 – Staatssekretär Kühlmann fordert einen Vergleichsfrieden

Berlin * Noch vor dem französischen Gegenangriff von Villers-Cotterêts betont der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Richard von Kühlmann, dass es an der Zeit sei, den Gegnern die Hand zu einem Vergleichsfrieden zu reichen. „Bei der ungeheueren Größe dieses Koalitionskrieges und der Zahl der in ihm begriffenen auch überseeischen Mächte [wird] durch rein militärische Entscheidungen allein ohne alle diplomatischen Verhandlungen ein absolutes Ende kaum erwartet werden können.“

8. Juli 1918 – Staatssekretär Kühlmann wird vom Kaiser entlassen

Berlin * Kaiser Wilhelm II. versetzt den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Richard von Kühlmann, in den einstweiligen Ruhestand. Damit hat die Politik gegenüber den Militärs erneut klein beigegeben. Ein Konflikt mit der Obersten Heeresleitung - OHL wird nicht eingegangen. Die Militärs brauchen die Reichstagsmehrheit nicht zu fürchten.



1. August 1918 – Straubinger Frauen wollen keinen Königsbesuch

Straubing - Regensburg - München * Ein Regensburger Bürger hatte Ende Juli im Zug ein Gespräch von etwa 25 Straubinger Frauen über das 700-jährige Stadtjubiläum von Straubing mit angehört und berichtet am 1. August darüber an das Garnisonskommando Regensburg: „Jetzt kommt der König zu uns - den brauch ma a no - der soll mit seine Trudln daheim bleiben - Unser Bürgermeister, der Depp is extra nach München g'fahren und hat'n eing'laden - da schreins immer von den Schulden - de Dekration wird wieder a Geld kosten - a Festfressen wollns a gebn - Der soll nur kema - mir habens scho ausgmacht - mit de fauln Kartoffeln wird er empfangt. De moana, wenns a Militär hinstelln, dös hilft eana was - die Soldaten helfa alle zu uns - de ham von dem Schwindel a gnua!“.

4. August 1918 – König Ludwig III. rudert zurück

München * Obwohl König Ludwig III. noch wenige Tage zuvor (28. Juli) „Voller Zuversicht“ in die Zukunft geschaut hatte, gesteht er am 4. August seinem Sohn Kronprinz Ruppert, dass er bisher zu optimistisch gewesen sei. Deshalb „werden wir unsere militärischen und politischen Ziele erheblich begrenzen müssen, wenn wir, was auch nach meiner Ansicht dringend anzustreben ist, in nicht zu ferner Zeit zu einem annehmbaren Frieden kommen wollen“.

8. August 1918 – Ludendorff verschweigt die deutsche Niederlage

Spa * Obwohl Generalquartiermeister Erich Ludendorff aufgrund der Panzerschlacht bei Amiens die Überzeugung gewonnen hat, dass der Krieg verloren ist, lässt er sich bis Ende September 1918 Zeit, das auch laut zu formulieren. Doch bis dahin wird sich die militärische Lage dramatisch zum Nachteil Deutschlands verändern.

18. August 1918 – Demonstrierende Verwundete, Kriegsinvaliden und Kriegsurlauber

München * In einem Schreiben des Innenministers Dr. Friedrich Ritter von Brettreich an den Kriegsminister Philipp von Hellingrath hebt dieser hervor: „Es ist wohl ohne weiteres klar, dass schon die bloße Anwesenheit Verwundeter das Einschreiten der Polizei [bei Aufläufen] erschwert und unter Umständen hindert. Ich brauche nur an den Fall zu denken, welche Folgen es haben könnte, wenn etwa ein Verwundeter überritten oder eine Beschädigung erleiden würde“. Der Kriegsminister hat jedoch keine Überwachungsmöglichkeiten. Verwundete, Kriegsinvaliden und



Kriegsurlauber nehmen meist in Uniform an den zahlreichen Demonstrationen teil. Sie sind nicht kaserniert und so dem disziplinären Zugriff der Militärbehörden entzogen.

23. September 1918 – MSPD für eine Koalitionsregierung mit den Bürgerlichen

Berlin • Die MSPD-Reichstagsfraktion und der Parteiausschuss der MSPD beschließen in einer gemeinsamen Sitzung mit einer deutlichen Mehrheit von 80 : 21 Stimmen, sich an einer Koalitionsregierung mit den bürgerlichen Parteien zu beteiligen, falls sich die Möglichkeit dazu bietet. Die Bedenken träger bleiben in der Minderheit. Dies auch deshalb, weil noch immer keine Klarheit über die militärische Lage herrscht. Der Regierungseintritt wird an die Erfüllung eines Forderungskatalogs geknüpft, der die Parlamentarisierung verlangt und auf die Friedensresolution vom 19. Juli 1917 Bezug nimmt, in der sie für „einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker“ eintritt. Die Partei entsendet Philipp Scheidemann als Staatssekretär ohne Portefeuille, Gustav Bauer soll das Reichsarbeitsamt übernehmen. Otto Wels warnt Friedrich Ebert: „Bist du von Gott verlassen, lass doch zum Teufel den Frieden diejenigen schließen, die den Krieg geführt und Verantwortung getragen und den Waffenstillstand gefordert haben“. Im MSPD-Parteiausschuss gibt Erhard Auer zu bedenken: „Mit dem Eintritt in die Regierung werden wir gewissermaßen eine Mittelpartei, und die Unabhängigen, die heute nichts sind, werden dann scheinbar die einzige Oppositionspartei sein.“

24. September 1918 – Das Minimalprogramm der MSPD für eine Regierungsbeteiligung

Berlin * Im Vorwärts wird das Minimalprogramm der MSPD für eine Regierungsbeteiligung veröffentlicht. Die Mehrheitssozialdemokraten verlangen: Den Beitritt Deutschlands zu einem Völkerbund, der Streitfälle friedlich regelt. Ein klares Eingehen auf das 14-Punkte-Programm des US-Präsidenten. Die Aufhebung der Diktatfrieden mit Rumänien und Russland und den Abzug der dort eingesetzten deutschen Besatzungstruppen. Belgien, Montenegro und Serbien sollen geräumt werden. Freie, allgemeine und gleiche Wahlen in den Ländern des Deutschen Reichs, was vor allem Preußen mit seinem Dreiklassen-Wahlrecht meint. Keine Nebenregierungen, womit die Oberste Heeresleitung - OHL gemeint ist. Die Berufung der Regierungsmitglieder aus der Reichstagsmehrheit, also MSPD, Linksliberale und Zentrum. Versammlungs- und Pressefreiheit, und damit die Beendigung des Belagerungszustandes. Die Beseitigung aller militärischen Institutionen, die der politischen Beeinflussung dienen. Die bürgerlichen Parteien sind die Bündnispartner der Mehrheitssozialdemokraten, nicht die USPD.



25. September 1918 – Hindenburg über die militärische Kraft der Feinde

Spa * Der Chef der Obersten Heeresleitung - OHL, Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg, äußert sich gegenüber seinen Armeeführern: „Die militärische Kraft der Feinde nimmt derzeit dramatisch ab.“

27. September 1918 – Der militärische Zusammenbruch Bulgariens

Berlin * Staatssekretär Paul von Hintze gibt im Hauptausschuss des Reichstags den militärischen Zusammenbruch Bulgariens bekannt. Die Truppen der Entente können nun die rumänischen Ölfelder besetzen und dadurch die deutsche Armee von der Ölversorgung abschneiden. Ohne das Öl aus Rumänien kann das deutsche Heer höchstens noch zwei Monate kämpfen.

27. September 1918 – Die deutsche Armee steht kurz vor der Niederlage

Nordfrankreich - Spa * Die französischen, britischen und amerikanischen Truppen durchbrechen die sogenannte „Siegfriedlinie“ oder „Hindenburglinie“, Deutschlands letzte ausgebaute Verteidigungslinie. Die Alliierten können damit eine der erfolgreichsten Offensiven des gesamten Krieges verzeichnen. Die Niederlage der deutschen Armee wird unausweichlich. Generalquartiermeister Erich Ludendorff lässt im Heeresbericht verkünden: „Der Feind konnte somit an einzelnen Stellen unsere Infanterie- und vorderen Artillerielinien erreichen“. Sie sind aber letztlich „an der Zähigkeit unserer Truppen gescheitert“. Er klärt die Reichsregierung über die Vorgänge nicht auf. Lediglich einige jüngere Offiziere der Obersten Heeresleitung - OHL setzen in einem nahezu konspirativen Akt den Vertreter des Auswärtigen Amtes in Spa über die drohende militärische Katastrophe in Kenntnis.

27. September 1918 – Ludendorff plant die Handhabung der militärischen Niederlage

Berlin * Generalquartiermeister Ernst Ludendorff beginnt die Handhabung der Niederlage zu planen: Die Armee muss gerettet werden - ihre Existenz und Ehre. Ein Waffenstillstandsgesuch muss von der Regierung ausgehen, nicht von der Obersten Heeresleitung. Es muss politisch motiviert sein, nicht militärisch. Das Waffenstillstandsgesuch sollte von jenen politischen Kräften ausgehen, die schon immer für einen Verständigungsfrieden eingetreten sind - die Parteien der Reichstagsmehrheit (SPD, Fortschrittspartei und Zentrum). Diese Parteien müssten entweder in die Regierung



aufgenommen werden oder selbst die Regierung bilden. Als Anreiz für diese unattraktive Aufgabe der Regierungsverantwortung müsste diesen Parteien der Übergang zur parlamentarischen Regierungsform angeboten werden. Das würde gleichzeitig die Chancen des Waffenstillstandsgesuchs verbessern.

29. September 1918 – Max von Baden wird als künftiger Reichskanzler vorgeschlagen

Spa * Graf Siegfried von Roedern schlägt dem Kaiser Prinz Max von Baden als künftigen Reichskanzler vor. Wilhelm II. findet dagegen „seinen Vetter als einen Mann von weichem, schwankendem Charakter [...], der weder militärisch noch sonst im Leben etwas geleistet“ habe.

29. September 1918 – Ludendorff erhält die Zustimmung für sein Waffenstillstandsgesuch

Spa - Berlin * Staatssekretär Paul von Hintze verhandelt am Vormittag mit Generalquartiermeister Ernst Ludendorff über das weitere Vorgehen. Ludendorffs Forderung nach einem Waffenstillstandsgesuch binnen 24 Stunden, das unter die Verantwortung der Reichstagsmehrheit gestellt wird, wird - bei aller Gefahr für Heer, Volk, Reich und Monarchie - von Hintze befürwortet. Ludendorff begründet es damit, dass er nicht mehr dafür garantieren kann, eine militärische Katastrophe an der Westfront zu verhindern. Staatssekretär Paul von Hintze will eine „Revolution von oben“ und damit einen vollständigen Systemwechsel vornehmen. Eine Umbildung der jetzigen Regierung lediglich durch Hinzuziehen einiger Parteienvertreter hält er nicht für ausreichend. Der Gedanke gefällt Ludendorff, da ein radikaler Bruch mit der bisherigen Regierung die Glaubwürdigkeit gegenüber den Kriegsgegnern erhöhen würde. Der Generalquartiermeister erhält die Zustimmung für das weitere Vorgehen vom Staatssekretär Paul von Hintze und vom greisen Reichskanzler Georg Friedrich Graf von Hertling. Anschließend informiert Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg gemeinsam mit Staatssekretär Hintze, aber ohne den Reichskanzler, Kaiser Wilhelm II.. Dieser ist sowohl mit der Regierungsumbildung als auch mit dem Waffenstillstandsgesuch einverstanden.

30. September 1918 – Die deutsche Wehrkraft ist auf die Hälfte gesunken

Deutsches Reich * Die Iststärke der deutschen Bataillone ist auf die Hälfte ihres Sollstandes gesunken. 22 Divisionen werden ganz aufgelöst.



1. Oktober 1918 – Die Münchener Post steigert ihre Auflage um 15.000 Exemplare

München - Königreich Bayern * Die SPD-Zeitung Münchener Post wird auf der ersten Seite Artikel unter der Überschrift „Fort mit dem Militarismus!“, „Ein Systemwechsel notwendig!“, „Eine neue Politik“ oder „Für ein neues freies Vaterland“ abdrucken. Alleine zwischen dem 1. und 15. Oktober 1918 kann die Zeitschrift damit ihre Auflage um 15.000 Exemplare steigern.

1. Oktober 1918 – Die militärische Niederlage Deutschlands ist unvermeidlich

Spa * Im engsten Kreis leistet Generalquartiermeister Erich Ludendorff seinen Offenbarungseid und beginnt gleichzeitig seine Flucht aus der Verantwortung. Nach den Aufzeichnungen von Oberst i.G. Albrecht von Thaer gesteht er: „Die OHL und das deutsche Heer ist am Ende; der Krieg ist nicht nur nicht mehr zu gewinnen, vielmehr steht die endgültige Niederlage wohl unvermeidlich bevor. [...] Unsere eigene Armee ist leider schon schwer verseucht durch das Gift spartakistisch-sozialistischer Ideen. Auf die Truppen ist kein Verlaß mehr. [...] Ich habe S. M. gebeten, jetzt auch diejenigen Kreise an die Regierung zu bringen, denen wir es in der Hauptsache zu danken haben, dass wir so weit gekommen sind. Wir werden also diese Herren jetzt in die Ministerien einziehen sehen. Die sollen nun den Frieden schließen, der jetzt geschlossen werden muss. Sie sollen die Suppe jetzt essen, die sie uns eingebrockt haben!“

3. Oktober 1918 – Die Rechte der Einzelstaaten sollen garantiert werden

Berlin * Der Bundesrat tagt. Auf der Versammlung der fürstlichen Bevollmächtigten wird den verbündeten Regierungen erstmals reiner Wein über die politische und militärische Lage eingeschenkt. Die Anwesenden sind zwar über die „schrecklichen“ Tatsachen entsetzt. Aktiv in die Reichspolitik wollen sie sich aber nicht einbringen. Allerdings sollen die Rechte der Einzelstaaten vom Reichskanzler Max von Baden garantiert werden.

6. Oktober 1918 – Der Zusammenbruch Österreich-Ungarns beginnt

Wien * Der Zerfall Österreich-Ungarns beginnt mit dem militärischen Zusammenbruch und den Niederlagen der k.u.k.-Armee. Kroatien, Serben und Slowenen erklären am 6. Oktober ihre Unabhängigkeit, die Polen folgen ihnen am 7. Oktober, die Tschechen am 28. Oktober. Ungarn erklärt am 24. Oktober die Realunion mit Österreich zum Monatsende für aufgelöst.



16. Oktober 1918 – Die Oberste Heeresleitung instruiert die Presse

Spa - Berlin * Der Sprecher der Obersten Heeresleitung - OHL, Major Würz, instruiert die Presse: „Unter allen Umständen muß der Eindruck vermieden werden, als gehe unser Friedensschritt von militärischer Seite aus. Reichskanzler und Regierung haben es auf sich genommen, den Schritt von sich ausgehen zu lassen. Diesen Eindruck darf die Presse nicht zerstören. Sie muß immer wieder betonen, dass die Regierung es ist, die getreu ihren wiederholt geäußerten Prinzipien sich zum Friedensschritt entschloss“. Diese Direktive wird weitestgehend beachtet.

17. Oktober 1918 – Drohungen und Drohbriebe an die königliche Familie

München * Prinzessin Wiltrud sieht der politischen Realität ganz bewusst ins Auge, als sie schreibt: „Die politische und militärische Lage ist seit einigen Wochen sehr beunruhigend für uns. [...] Unsere Truppen sollen nicht mehr recht kämpfen mögen. Wenn der Geist von 1914 noch in ihnen wäre, würden sie dem Feind besser standhalten können. Die 18-jährigen halten eben viel weniger aus als die Männer von dazumal. [...] Man muss jetzt mit allem rechnen, dass der Kaiser und der Kronprinz abdanken müssen, dass vielleicht Papa und der Kaiser Karl abdanken müssen, dass es Revolution gibt, dass die gekrönten Häupter nur eine Rolle der Repräsentation spielen dürfen wie König Georg von England. [...] Die Ungerechtigkeit wird diesmal wohl siegen. [...] Deutschland wird sich demokratisieren, Österreich im besten Falle Staatenbund werden. [...] Vielleicht ist die Demütigung Deutschlands zum Heil des Volkes, und wenn sich dies in dieser ersten Zeit fängt, dann kann aus der Rückkehr zur Einfachheit viel Gutes entstehen.“ Vorausgegangen war eine erlebte Situation. Als sie mit ihrem Vater durch die Maximilianstraße fährt, schreit ein Arbeiter: „Dank ab!“. Eine neben ihm stehende Frau hält dem Rufer den Mund zu, um weitere Gefühlsausbrüche zu unterbinden.

18. Oktober 1918 – Sterben und Hungern an der Front und an der Heimatfront

Berlin - Deutsches Reich - Westfront * An der Westfront wird weiter gestorben - an der Heimatfront wird weiterhin gehungert. Neue Gestellungsbefehle sehen unter anderem die Einziehung von Siebzehnjährigen zum Militär vor.

24. Oktober 1918 – Hindenburg fordert die Armee zum äußersten Widerstand auf



Spa * Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg und Generalquartiermeister Erich Ludendorff erlassen ohne Rücksprache mit dem Reichskanzler einen Heeresbefehl, in dem sie die Forderungen des US-Präsidenten Woodrow Wilson vom 23. Oktober 1918 als unannehmbar bezeichnen und den Abbruch der diplomatischen Beziehungen fordern. „Die Antwort Wilsons fordert die militärische Kapitulation. Sie ist deshalb für uns Soldaten unannehmbar. Sie ist der Beweis, dass der Vernichtungswille unserer Feinde, der 1914 den Krieg entfesselte, unvermindert fortbesteht. Wilsons Antwort kann daher für uns Soldaten nur die Aufforderung sein, den Widerstand zu mit äußersten Kräften fortzusetzen.“ Die totale Niederlage vor Augen, vollzieht die militärische Führung nochmal eine Kehrtwende und flüchtet sich in die Wahnvorstellung eines immer noch möglichen Widerstandes, der einen ehrenvollen Frieden erzwingen soll. Das taktisch ungeschickte, aber wohl so beabsichtigte Vorgehen der Obersten Heeresleitung - OHL raubt der deutschen Regierung auch noch den allerletzten Verhandlungsspielraum.

25. Oktober 1918 – Erhard Auer wettert gegen den preußischen Militarismus

München * Bei der Wählerversammlung zur Reichstagswahl wettert der SPD-Kandidat Erhard Auer gegen den preußischen Militarismus, der mit aller Gründlichkeit abgeschafft werden müsse. Er warnt jedoch vor jeder Form der Gewaltanwendung zur Veränderung des politischen Systems.

29. Oktober 1918 – Eine Militärpatrouille erschießt neun Matrosen

Kiel - Wilhelmshaven * Die Bewegung radikalisiert sich erst, nachdem die meuternden Matrosen verhaftet und mit Kriegsgericht und Erschießung bedroht werden. Jetzt beginnen Tausende in Kiel für die Befreiung ihrer Kameraden zu demonstrieren. Erst nachdem eine Militärpatrouille neun Menschen erschießt, wollen die Matrosen die Macht. Die Matrosen wählen den ersten Soldatenrat in Deutschland und entwaffnen ihre Offiziere. Der Aufstand ist nicht gewalttätig und erschöpft sich im Hissen von roten Fahnen.

29. Oktober 1918 – Kaiser Wilhelm II. macht dem Reichskanzler Vorwürfe

Berlin * Kaiser Wilhelm II. nimmt dem Reichskanzler Max von Baden übel, dass er den Generalquartiermeister Erich Ludendorff entlassen musste. Wilhelm II. schreibt ihm: „Ludendorff hat, um Dir die Situation zu erleichtern, gehen müssen.“ Und weiter: „Sein Fortgehen ist militärisch ein schwerer Verlust fürs Heer.“



30. Oktober 1918 – Kaiser Wilhelm II. flieht vor der Abdankungsdebatte

Potsdam - Spa * Kaiser Wilhelm II. verlässt unangemeldet und überstürzt seine Hauptstadt und begibt sich ins Große Hauptquartier der Obersten Heeresleitung - OHL nach Spa, wo er von seinen ihm treu ergebenen Militärs umgeben ist. Er entzieht sich damit den als taktlos empfundenen Abdankungsdebatten in der Hauptstadt. Aber erst, nachdem man sich darüber Gewissheit verschafft hatte, dass die OHL alles tun werde, um einer Abdankung des Kaisers entgegenzuwirken.

30. Oktober 1918 – Schiffsbesatzungen verweigern die Ausfahrt

Wilhelmshaven * Auf der Schilling-Reede vor Wilhelmshaven kommt es zu einer dramatischen Kraftprobe zwischen Matrosen und Seeoffizieren. Die Besatzungen der „Thüringen“ und der „Helgoland“ verweigern die Ausfahrt. Plötzlich stehen sich meuternde und nicht-meuternde Schiffe in nächster Nähe gegenüber und richten die riesigen Kanonen gegeneinander. Die Meuterer geben auf - die Offiziere haben gesiegt. Die Meuterer siegen jedoch insofern, als die Admirale den Flottenvorstoß gegen Großbritannien abblasen, da mit einer derart „unzuverlässigen Mannschaft“ so ein Unternehmen nicht mehr geschlagen werden kann. Die bei Wilhelmshaven versammelte Flotte wird aufgeteilt und in verschiedene Häfen geschickt. Das Dritte Geschwader bringt die rund eintausend verhafteten aufständischen Matrosen nach Kiel ins Militärgefängnis.

31. Oktober 1918 – Zwangsaufenthalt für Erich Mühsam und Josef Sontheimer aufgehoben

Berlin - München * Auf Anordnung aus Berlin hebt die Militärverwaltung den Zwangsaufenthalt für Erich Mühsam und Josef Sontheimer in Traunstein auf.

1. November 1918 – Tausend aufständische Matrosen kommen ins Militärgefängnis in Kiel

Kiel * Die rund eintausend verhafteten aufständischen Matrosen werden in Kiel an Land und ins Militärgefängnis gebracht, wo das Kriegsgericht und die Erschießungskommandos auf sie warten.

1. November 1918 – Die Freilassung der Meuterer von Wilhelmshaven gefordert



Kiel * Die Matrosen des Dritten Geschwaders schicken eine Abordnung zum Ortskommandanten und verlangen die Freilassung der aufgrund der Meuterei von Wilhelmshaven eingesperrten Matrosen. Ihnen ist klar geworden, dass nur die Besatzungen der „Thüringen“ und der „Helgoland“ gemeutert hatten, aber fast alle anderen knapp davor waren. Ihre Kollegen haben ihnen mit dieser Aktion das Leben gerettet und sollen jetzt dafür hingerichtet werden. Das Ansinnen wird vom Ortskommandanten abgelehnt.

2. November 1918 – Ratlose Matrosen und Dockarbeiter

Kiel * Matrosen und Dockarbeiter diskutieren im Kieler Gewerkschaftshaus wie es weitergehen soll. Sie kommen zu keinem Entschluss und vertagen sich auf den nächsten Tag.

3. November 1918 – Waffenstillstand zwischen Österreich-Ungarn und Italien

Padua * In der am südwestlichen Stadtrand von Padua gelegenen Landsitz Villa Giusti del Giardino wird der Waffenstillstand von Villa Giusti unterzeichnet. Er beendet den Ersten Weltkrieg speziell an der italienisch-österreichischen Front, gilt aber auch für alle anderen Fronten, an denen k.u.k. Militär im Einsatz gewesen ist. Der Waffenstillstandsvertrag gesteht den Entente-Mächten das Durchmarschrecht durch österreichisches Staatsgebiet zu. Damit liegt ein Einmarsch der Alliierten in Bayern im Bereich des Möglichen.

4. November 1918 – Die Hoffnung auf einen baldigen Frieden

München - Königreich Bayern * Selbst von militärischer Seite wird festgestellt: „Die Stimmung der Bevölkerung ist kriegsmüder, niedergeschlagener und verdrossener denn je. Nur die Hoffnung auf baldigen Friedensschluss hebt die Gemüter.“

4. November 1918 – Kurt Eisner scharrt Unterstützer um sich

München * Nachdem sich Kurt Eisner am Vortag der Unterstützung der Bauern versichert hatte, beginnt er nun eine Reihe von Gesprächen mit einflussreichen Persönlichkeiten, darunter Professoren der Münchner Universität, aber auch Münchner Arbeiterführer, die ihn bei den Januarstreiks unterstützt hatten, und Militaristen, die in wichtigen strategischen Positionen eingesetzt sind.



4. November 1918 – Bewaffnete Matrosen befreien ihre Kameraden

Kiel * Bewaffnete Matrosen besetzen, unter dem Kommando der Soldatenräte, ohne Widerstand die Militärgefängnisse und befreien ihre Kameraden. Andere besetzen öffentliche Gebäude wie den Bahnhof und das Telegraphenamt.

6. November 1918 – Matthias Erzberger reist zu Waffenstillstandsverhandlungen

Washington - Berlin - Spa * Am Vormittag trifft in Berlin die Nachricht des US-Präsidenten Woodrow Wilson ein, dass der Oberkommandierende der Alliierten Streitkräfte, Marschall Ferdinand Foch, bereit sei, eine deutsche Waffenstillstandsdelegation in Compiègne zu empfangen. Nachdem die Reichsregierung das Ansinnen der Obersten Heeresleitung - OHL, einen militärischen Vertreter zum Verhandlungsleiter zu ernennen, ablehnt, wird noch am selben Tag der Staatssekretär Matthias Erzberger - gegen seinen Willen - mit der Aufgabe betraut und an der Spitze der Abordnung auf den Weg geschickt. Weitere Mitglieder der deutschen Verhandlungs-Abordnung sind der Leiter für Heeresangelegenheiten General Detlof von Winterfeldt, der Kapitän zur See Ernst Vanselow und als Vertreter des Auswärtigen Amtes Alfred von Oberndorff. Er muss jedoch sich zuvor im Großen Hauptquartier der Obersten Heeresleitung -OHL noch Instruktionen abholen. Der Reichsregierung ist es wichtig gegenüber den Alliierten das politisch erneuerte Deutschland zu demonstrieren. Dazu eignet sich ein ziviler Politiker an der Spitze der Waffenstillstands-Kommission ganz besonders. Die Deutschen hoffen auf einen „milden Frieden“ auf der Grundlage des 14-Punkte-Programms, das der US-Präsident Woodrow Wilson am 8. Januar 1918 verkündet hatte.

6. November 1918 – Das Militär ist von der neuen Regierung völlig unbeeindruckt

Berlin * Da sich das Militär völlig unbeeindruckt von der neuen Regierung zeigt und die deutschen Wehrbehörden auch weiterhin junge Männer zum Wehrdienst einziehen, als sei nichts geschehen, protestieren die Unabhängigen Sozialdemokraten gegen die Fortsetzung des Krieges und rufen die Arbeiterschaft auf, sich bereitzuhalten. Denn „die Geschicke des deutschen Volkes werden durch dunkle Mächte gelenkt, die bereit sind, das Verderben des Volkes zu vollenden“. Sie zählen zu den „Mächten der Finsternis“ offenbar auch die „Regierungssozialisten“ mit ihren Aufrufen, die Ruhe zu bewahren: „Jede selbstständige freie Betätigung der Massen soll unterdrückt werden.“



6. November 1918 – Informationen, dass die USPD einen großen Schlag plant

München * Die Polizeidirektion informiert das Innenministerium, dass ihre Überwachungsmaßnahmen „mit Sicherheit“ festgestellt haben, dass die Münchner USPD nach der großen Friedenskundgebung am 7. November einen „großen Schlag plane“. Innenminister Dr. Friedrich von Brettreich weist daraufhin die Polizeidirektion an, „jede zulässige Maßnahme zur Unterbindung einer solchen Aktion vorzubereiten“. Gleichzeitig wird das Kriegsministerium informiert. Kriegsminister Philipp von Hellingrath versichert, dass in München genügend zuverlässige Truppen sind, die eventuelle Unruhen unterdrücken werden. Den Schutz der Haupt- und Residenzstadt sollen die in München stationierten Truppen übernehmen. Die Polizei wird mit uniformierten Schutzleuten die Residenz, die Preußische Gesandtschaft und die Polizeigebäude schützen. Die übrigen Polizisten sollen in Zivil die Stimmung in der Stadt erkunden.

7. November 1918 – Kein Soldat, kein Polizist hält auch nur einen einzigen Revolutionär zurück

München * Während der Bayerische Landtag über die Sicherung der Kartoffelversorgung in den Städten berät, hält kein Soldat oder Polizist auch nur einen einzigen Revolutionär zurück. Eisners Revolution hätte wohl auch dann niemand aufgehalten, wenn er in der Residenz einmarschiert wäre. Selbst das Militär steht zuletzt auf Seiten der Rebellen.

7. November 1918 – Wie Bischof Faulhaber die Umsturznacht erlebt

München-Kreuzviertel * Erzbischof Michael von Faulhaber notiert in der Umsturznacht in sein Tagebuch: „Nachmittag, 15:00 Uhr, auf der Theresienwiese Versammlung. Von den Sozialdemokraten gedacht als Explorator, um das Volk zufrieden zu stellen, wollten den Unabhängigen den Wind aus den Segeln nehmen. Im Zug wohl einige Tafeln: Nieder die Dynastie, (eine andere: Das Weib keine Gebärmaschine) sonst aber ruhig und viele Harmlose dabei. [...] Dabei schwenkte unter der Roten Fahne eine Soldatengruppe ab, ‚zu den Kasernen‘ und diese Soldaten haben die Revolution gemacht. [...] Nachts, 23:00 Uhr, beginnt der Lärm auf der Straße. Militär, bewaffnet, erst zu Fuß, allmählich mit Lastautos, die fortwährend mit furchtbarem Lärm herumrasen, mit Maschinengewehr ausgerüstet und die Bevölkerung bestürzen sollen. Die schrecklichste Nacht meines Lebens“.

7. November 1918 – Die Revolutionäre fordern die Soldaten zum Mitmachen auf



München * Unter der Führung von Kurt Eisner, Ludwig Gandorfer, Felix Fechenbach, Hans Unterleitner und weiteren 2.000 Arbeitern und Soldaten ziehen sie zu den Kasernen und überreden die kriegsmüden Soldaten zum mitmachen. Zuerst eine Kraftwagenkolonne in der Kazmairstraße, dann eine Landsturm-Kompanie in der Gudeinschule. Im weiteren Verlauf schließen sich auch die Truppen in der Marsfeld-Kaserne, Türkenkaserne und der Max-II-Kaserne den Demonstranten an. Unterwegs befreien sie die Kameraden, die wegen irgendeiner Aufsässigkeit im Militärgefängnis einsitzen. Aus Versehen befreien sie die Bewacher gleich mit, die sich beim Herannahen der revolutionären Arbeiter selbst in die Zellen eingesperrt haben.

7. November 1918 – Eine vollkommen hilflose geschäftsführende bayerische Regierung

München-Maxvorstadt * Im Kriegsministerium trifft sich der Königliche Staatsrat zur Lagebesprechung. Um 17 Uhr muss Kriegsminister Philipp von Hellingrath eingestehen, dass er keinen Rat mehr weiß, die Unruhe und den Aufstand mit militärischen Mitteln zu unterdrücken. In München stellen nur noch die Gewerkschaften eine durchorganisierte Macht dar. Doch deren Mitglieder sind nun nicht mehr bereit, eine Dynastie zu retten, die sich seit Jahrhunderten auf ihre Klassenprivilegien stützte und erst weniger als eine Woche zuvor den parlamentarisch-demokratischen Reformen ihre Zustimmung gab.

8. November 1918 – Ein Kasernenrat ist zu bilden

München * Der Soldatenrat erlässt die Weisung, dass in jedem militärischen Standort in München ein aus zehn Soldaten bestehender Kasernenrat zu wählen ist: „Dieser übernimmt die Leitung der Kaserne. Seinen Anordnungen ist unbedingt Folge zu leisten.“

8. November 1918 – Die Polizei ist unzureichend und das Militär hat versagt

München * Zwischen Mitternacht und ein Uhr bittet Innenminister Dr. Friedrich von Brettreich den Führer der Mehrheitssozialdemokraten, Erhard Auer, zu sich. Auer macht deutlich, dass er und seine Partei die „gewaltsame Niederschlagung der Revolution“ und die „Festnahme der Revolutionäre“ noch in der Umsturnnacht dulden werden. Danach können sie nur mehr versuchen - auf der Grundlage der neu geschaffenen Verhältnisse - an der Stabilisierung der inneren Ordnung mitzuwirken. Auf Auers Frage nach einer aus 500 Mann bestehenden zuverlässigen Truppe, erwidert von Brettreich, dass ihm keine ausreichenden Machtmittel zur



Verfügung stehen, um den Umsturz niederzuwerfen. Die Polizei ist unzureichend und das Militär hat gänzlich versagt.

8. November 1918 – Eine Provisorische Bayerische Regierung wird gebildet

München-Kreuzviertel * Um 15:38 Uhr tritt der Provisorische Nationalrat des Volksstaats Bayern zu seiner zweiten Sitzung zusammen, um eine Provisorische Bayerische Regierung zu wählen. Eisner schlägt folgende Zusammensetzung der Regierung vor: Das Ministerium des Äußeren und damit das Präsidium übernimmt Kurt Eisner selbst. Vizepräsident und Kultusminister wird der Mehrheitssozialdemokrat Johannes Hoffmann. Ebenfalls MSPD sind der Minister für militärische Angelegenheiten, Albert Roßhaupter, und der Justizminister Johannes Timm. Das Innenministerium erhält der Vorsitzende der bayerischen Mehrheitssozialdemokraten, Erhard Auer. Das Verkehrsministerium überträgt Eisner einem bürgerlichen Fachmann: Heinrich von Frauendorfer. Das Ministerium der Finanzen vertraut Eisner dem Professor für Staatswissenschaften, Edgar Jaffé an, der den Unabhängigen nahe steht. Das neu geschaffene Ministerium für soziale Angelegenheiten leitet der Unabhängige Sozialdemokrat Hans Unterleitner. Die Benennung Erhard Auers zum Innenminister ruft neben Beifall auch Unmutsäußerungen hervor. Bei der Abstimmung erhält Auer eine überwiegende Mehrheit. Eisner will mit Auers Ernennung seinen schärfsten Gegner unter Kontrolle bringen. Daneben ist ihm bewusst, dass die MSPD die Nichtbesetzung des Innenministeriums mit ihrem Vorsitzenden als Affront empfunden und sich möglicherweise mit der Bourgeoisie gegen die Revolutionsregierung verbünden würde. Auer dagegen kann der MSPD dadurch den Einfluss auf die kommenden Ereignisse sichern. Das Landwirtschaftsministerium wollte Eisner ursprünglich mit einem revolutionären Bauernbündler besetzen. Doch das kann Erhard Auer verhindern. Es wird nicht gebildet, da der MSPD-ler darin eine Beschneidung seines Ressorts sieht und er dem Eisner-nahen Bayerischen Bauernbund - BBB kein zusätzliches Machtinstrument an die Hand geben will.

9. November 1918 – Philipp Scheidemann ruft die Deutsche Republik aus

Berlin * Während der designierte Reichskanzler und Vorsitzende der Mehrheitssozialdemokraten, Friedrich Ebert, noch mit den Unabhängigen verhandelt, ruft Philipp Scheidemann gegen 14 Uhr vom Balkon des Reichstagsgebäudes unter brausendem Beifall die „Deutsche Republik“ aus: „Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt. Das alte Morsche ist zusammengebrochen; der Militarismus ist erledigt! Die Hohenzollern haben abgedankt! Es lebe die Deutsche Republik!“



9. November 1918 – Eine 140 Mann starke Militärpolizei gebildet

München * Eine 140 Mann starke Militärpolizei, gestützt auf vorhandene Polizeikräfte, auf die Soldatenräte und die von diesen repräsentierten Truppenteile, wird zusammen gestellt.

9. November 1918 – „In wenigen Tagen wird alles seinen geregelten Gang gehen“

München-Kreuzviertel * In einer Verlautbarung erachtet es Ministerpräsident Kurt Eisner für notwendig, die Ungültigkeit möglicher Machtansprüche konkurrierender Gewalten zu betonen. Gleichzeitig ruft er zu geregelter Arbeit auf und ermahnt insbesondere die Soldaten, sich bei Unzufriedenheit an das zuständige Ministerium und damit an die institutionellen und administrativen Stellen zu wenden. Der Aufruf schließt mit den optimistischen Worten: „In wenigen Tagen wird alles seinen geregelten Gang gehen.“

10. November 1918 – Stadtkommandant Arnold wird abgesetzt

München * Der Minister für militärische Angelegenheiten, Albert Roßhaupter, informiert die Bevölkerung von der Absetzung des bisherigen Stadtkommandanten Arnold und lässt dessen Anordnungen für ungültig erklären.

10. November 1918 – Die Suche nach dem geflüchteten König

München - Schloss Wildenwart * Ex-Ministerpräsident Otto von Dandl verlässt gemeinsam mit dem Ex-Staatsrat für militärische Angelegenheiten, Maximilian von Speidel, und einer vierköpfigen Eskorte der Revolutionsregierung die Landeshauptstadt. Sie sollen mit dem abgesetzten König Ludwig III. über die Lösung des Beamten- und Offiziersdienstes verhandeln. In der vorbereiteten Erklärung, die der König unterschreiben soll, heißt es: „Die neuen Zeiten veranlassen mich, für meine Person und alle Familienmitglieder des Hauses Wittelsbach dem Throne und allen dynastischen Ansprüchen zu entsagen. Ich verpflichte mich, in meinem und meiner Familie Namen, nichts zu unternehmen, was die friedliche und gedeihliche Entwicklung des jungen Volksstaates stören könnte.“ Die Delegation trifft den Ex-König aber nicht mehr an, da er Schloss Wildenwart bereits in Richtung Anif bei Salzburg verlassen hat.

10. November 1918 – Die Thule-Gesellschaft gründet einen Kampfbund



München-Graggenau * Mitglieder der Thule-Gesellschaft gründen einen Kampfbund, der die Zerschlagung der Räterepublik mit Waffengewalt zum Ziel hat. Die Leitung übernimmt Freiherr Rudolf von Sebottendorf selbst. Diese Nationalisten, Antisemiten und Deutschnationalen entwickeln eine Doppelstrategie, die maßgeblichen Anteil an der Zerschlagung der späteren Räteherrschaft hat. Die Thule-Gesellschaft wird zum Organisationszentrum der Münchner Gegenrevolution und Aktionsgemeinschaften organisieren den Aufbau eines umfangreichen Informations- und Spitzelsystems in allen revolutionären und kommunistischen Gruppierungen, die Kontaktaufnahme mit gesprächsbereiten Sozialdemokraten aus der Provisorischen Regierung und der Parteispitze sowie die Errichtung eines illegalen Werbebüros zur Unterstützung bereits existierender nationaler Militärverbände und zum Aufbau einer eigenen militärischen Organisation.

13. November 1918 – Eine organisatorische Anordnung für die Soldatenräte

München - Freistaat Bayern * Eine Anordnung, unterzeichnet von Ministerpräsident Kurt Eisner, dem Minister für militärische Angelegenheiten, Albert Roßhaupter, und dem Vorsitzenden des Vollzugsausschusses, Fritz Sauber, für die Soldatenräte in ganz Bayern bestimmt, dass neben den Kasernenräten auch Lazareträte als Vertretungen der Verwundeten zu wählen sind, dass Vertrauensmänner auf Divisionsebene gewählt werden sollen. (Sie werden später Garnisionsräte genannt.), dass die Gesamtheit der Soldatenräte ihre Zusammenfassung in einem Vollzugsausschuss findet, dass der Vollzugsausschuss seinerseits zwei Bevollmächtigte abordnen soll, die mit dem Minister für militärische Angelegenheiten „in innigster Fühlung zusammenarbeiten“ werden.

13. November 1918 – Forderungen zu freiwilliger Zucht und Unterordnung

München * Ministerpräsident Kurt Eisner, der Minister für militärische Angelegenheiten Albert Roßhaupter und der Arbeiter- und Soldatenrat Sauber fordern die Soldaten zu freiwilliger Zucht und Unterordnung auf. Im ganzen Land werden Übergriffe und Eingriffe der Arbeiter- und Soldatenräte in das öffentliche Rechtsleben und die Verwaltung beklagt.

16. November 1918 – Eine Kommission für eine Soldatenräte-Verordnung

München * Eine Versammlung der Münchner Kasernenräte ernennt eine sechsköpfige Kommission, die gemeinsam mit dem Ministerium für militärische Angelegenheiten einen Entwurf



für eine Vorläufige Verordnung für die Soldatenräte erarbeiten soll.

18. November 1918 – Verhandlungen für eine Vorläufige Verordnung für Soldatenräte

München * Im Ministerium für militärische Angelegenheiten finden zwischen dem 18. und 22. November 1918 die Verhandlungen für eine Vorläufige Verordnung für die Soldatenräte statt.

18. November 1918 – Ebert wird über die geplante Gegenrevolution informiert

Berlin * Ministerialdirektor Walter Simons informiert Reichskanzler Friedrich Ebert über die Planungen der Obersten Heeresleitung - OHL zur Gegenrevolution. Sie will fünfzehn gut disziplinierte Divisionen in Berlin einmarschieren lassen, die Arbeiter- und Soldatenräte auflösen, Friedrich Ebert zum vorläufigen Reichspräsidenten mit diktatorischer Gewalt proklamieren, den Reichstag sofort einberufen und eine provisorische Reichsverfassung schaffen. Ebert reagiert zurückhaltend, was von der OHL gedeutet wird, dass er bei einem Erfolg der Aktion mitmachen, aber nicht die Initiative ergreifen würde.

18. November 1918 – Rudolf Buttman lässt sich die Gründung einer Bürgerwehr genehmigen

München * Rudolf Buttman, Bibliothekar im Bayerischen Landtag, lässt sich vom Referenten für Sicherheitsfragen im Innenministerium, Major Paul von Jahreis, die Gründung einer Bürgerwehr genehmigen. Zur Beschaffung der Waffen wird Buttman an das Ministerium für militärische Angelegenheiten verwiesen.

22. November 1918 – Die Vorläufige Verordnung für die Soldatenräte unterzeichnet

München * Der Minister für militärische Angelegenheiten, Albert Roßhaupter, und Fritz Sauber vom provisorischen Landessoldatenrat unterzeichnen die Vorläufige Verordnung für die Soldatenräte. Sie beinhaltet die Gehorsamspflicht der Soldatenräte und die ausschließliche Befehlsgewalt der militärischen Führer während des militärischen Dienstes. Die Soldatenräte sind zu „Eingriffen in nichtmilitärische Gebiete, z.B. in die Zivilverwaltung [...] nicht befugt“.

22. November 1918 – Eine Republikanische Schutztruppe wird gegründet



München-Kreuzviertel * Zur persönlichen Sicherheit der Regierungsmitglieder wird von Alfred Seyffertitz die Republikanische Schutztruppe gegründet und Albert Roßhaupter, dem Minister für militärische Angelegenheiten unterstellt.

25. November 1918 – Kurt Eisner wegen seiner Kriegsschuld-Veröffentlichungen angegriffen

Berlin * Auf der Ministerpräsidenten-Konferenz in Berlin wird der bayerische Ministerpräsident von nahezu allen Seiten wegen seiner Kriegsschuld-Veröffentlichungen und dem daraus resultierenden eigenmächtigem Handeln massiv angegriffen. Kurt Eisner verlangt daraufhin von Reichskanzler Friedrich Ebert die Entlassung des Leiters des Auswärtigen Amtes, Wilhelm Solf und den Vorsitzenden der Waffenstillstands-Kommission Matthias Erzberger. Die Genannten rechnet Eisner aufgrund ihres Verhaltens und ihrer Äußerungen dem alten kriegsverherrlichenden und militaristischen System zu. Sie sollen durch unbescholtene USPD- und SPD-Politiker ersetzt werden. Eisners konstruktive Begründung lautet: „Deutschland braucht ein provisorisches Präsidium, das an die Stelle des halb aufgelösten Bundesrats zu treten hat und aus neuen, unbelasteten Männern bestehen muss. Dieses Präsidium muss die Aufgabe haben, alle Verhandlungen mit der Entente zu führen.“ Der bayerische Ministerpräsident möchte, dass die neue deutsche internationale Politik von Personen präsentiert wird, die auch das neue deutsche politische System verkörpern und dass die Friedensgespräche nicht alleine von der Reichsregierung, sondern unter maßgeblicher Beteiligung der Länder geführt werden.

26. November 1918 – Notunterkünfte und Zwangseinquartierungen

München * Die bis Ende Januar andauernde Rückkehr der Truppen von der Front machen München zu einem großen Entlassungszentrum. Gleichzeitig wird es Anziehungspunkt für jene Ausgemusterten, die ohne Arbeit oder ohne Ziele sind. Die städtischen Behörden beginnen - davon ausgehend, dass es sich um eine vorübergehende Erscheinung handle, - in Schulgebäuden, Hotels und Bräus Notunterkünfte einzurichten. Auch in großen Privatwohnungen werden Zwangseinquartierungen vorgenommen.

29. November 1918 – Minister Roßhaupter sagt Waffenlieferung an die Bürgerwehr zu

München * Der Staatsminister für militärische Angelegenheiten Albert Roßhaupter sagt dem Landtags-Bibliothekar Rudolf Buttman in einem persönlichen Gespräch zu, der Bürgerwehr Waffen zur Verfügung zu stellen und rät ihm, auch die Gewerkschaften offiziell zu beteiligen.



4. Dezember 1918 – Demonstration für die Einberufung der Bayerischen Nationalversammlung

München-Kreuzviertel * 500 Pioniere in Begleitung ihrer Offiziere demonstrieren vor dem Sitz des Ministerpräsidenten im Montgelas-Palais für die Einberufung der Bayerischen Nationalversammlung. Ministerpräsident Kurt Eisner, Innenminister Erhard Auer und Militärminister Albert Roßhaupter sprechen mit den Versammelten und sichern ihnen die baldige Bekanntgabe des Einberufungstermins der Nationalversammlung zu.

8. Dezember 1918 – Die Oberste Heeresleitung lehnt den Kompromiss ab

Kassel * Die Oberste Heeresleitung - OHL lehnt den Kompromiss zwischen Reichskanzler Friedrich Ebert, dem preußischen Kriegsminister und dem Vollzugsrat zum Truppeneinzug in Berlin ab. Der OHL-Plan war der Einzug von „zuverlässigen Divisionen“ bestehend aus 150.000 Mann, in voller Kriegsausrüstung mit schweren Waffen und Munition, die einen entsprechend erfolgreichen Putsch und die Niederschlagung der Revolution durchsetzen sollten.

9. Dezember 1918 – Kurt Eisner erklärt die beabsichtigten Ziele der Januar-Streiks

München * Vor den bayerischen Arbeiterräten erklärt Ministerpräsident Kurt Eisner: „Wir wollten die Revolution nicht erst machen in der Zeit des militärischen Zusammenbruchs, sondern im Gegenteil schon entfesseln, als Deutschland auf der Höhe seiner militärischen Macht stand. [...] Das war der Sinn des Streiks.“

9. Dezember 1918 – Die OHL will ihren Putsch durchführen

Kassel - Berlin * Die Oberste Heeresleitung - OHL erteilt General Lequis die Anweisung, im Sinne Hindenburgs „selbstständig zu handeln, nötigenfalls alle entgegenstehenden Anweisungen von Regierungsorganen oder militärischen Stellen, auch des Kriegsministers, abzulehnen“. Reichskanzler Friedrich Ebert wird anschließend von der Anweisung in Kenntnis gesetzt. Sie will den Putsch durchziehen - möglichst mit Ebert, notfalls aber auch ohne ihn.

10. Dezember 1918 – Der Putsch der OHL wird vertagt

Kassel * Die Oberste Heeresleitung - OHL schreckt vor einer militärischen Besetzung Berlins -



ohne die Zustimmung oder gar gegen den Widerstand des Reichskanzlers Friedrich Ebert - in letzter Minute zurück. Der Putsch wird vertagt.

14. Dezember 1918 – Einzug des 2.-Garde-Regiments und des 4.-Garde-Regiments

Berlin * Einzug des 2.-Garde-Regiments und des 4.-Garde-Regiments in Berlin. Mit den täglich sich vermehrenden Soldaten in der Reichshauptstadt hofft die Oberste Heeresleitung - OHL die Militärpräsenz in Berlin zu steigern und doch noch ihre Putschpläne umsetzen zu können.

17. Dezember 1918 – Neue Bestimmungen für die Arbeiterräte

München * Die Regierung erlässt Bestimmungen über Organisation und Befugnisse der Arbeiterräte. Sie lösen die Vorläufigen Richtlinien für die Arbeiter- und Bauernräte ab. Eine inhaltliche Verbesserung über die Befugnisse der Räte bringen die Bestimmungen nicht. Es bleibt bei der Vorrangstellung der Behörden. Die Bestimmungen für die Arbeiterräte bleibt die rechtliche Grundlage für die Arbeit der Arbeiterräte, bis der Landtag am 21. Mai 1920 das Gesetz über die Aufhebung der Arbeiterräte beschließt. Die Anordnung enthält drei wichtige Sonderbestimmungen, deren Auswirkungen sich auf den ersten Blick nicht gleich offenbaren. Soldatenräte sind von den Arbeiterräten völlig zu trennen. Ihre Bezahlung erfolgt ausschließlich durch den Militärhaushalt. Die Bauernräte sind mit den Arbeiterräten zusammenzuschließen. Nur Arbeiterräte haben das Recht auf staatliche Bezüge.

18. Dezember 1918 – Der Räte-Kongress beschließt die Hamburger Punkte

Berlin * Im Ersten Allgemeinen Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands kommt es zu einer Debatte über die von den protestierenden Soldaten der Volksmarinedivision vom Vortag vorgetragenen Punkte. Durch die sogenannten Hamburger Punkte steht das deutsche Militär vor einem demokratischen Neubeginn wie noch nie vor diesem 18. Dezember. Die sieben Punkte werden nahezu einstimmig vom Kongress beschlossen: Die Kommandogewalt über Heer und Marine üben die Volksbeauftragten unter Kontrolle des Vollzugsrats aus. Als Symbol der Zertrümmerung des Militarismus und der Abschaffung des Kadavergehorsams wird die Entfernung aller Rangabzeichen und des außerdienstlichen Waffentragens angeordnet. Für die Zuverlässigkeit der Truppenteile und für die Aufrechterhaltung der Disziplin sind die Soldatenräte verantwortlich. Der Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte ist der Überzeugung, dass die unterstellten Truppen den selbstgewählten Soldatenräten und Vorgesetzten im Dienste den zur



Durchführung der Ziele der sozialistischen Revolution unbedingt erforderlichen Gehorsam erweisen. Vorgesetzte außer Dienst gibt es nicht mehr. Entfernung der bisherigen Achselstücke usw. ist ausschließlich Angelegenheit der Soldatenräte und nicht einzelner Personen. Ausschreitungen schädigen das Ansehen der Revolution und sind zur Zeit der Heimkehr unserer Truppen unangebracht. Die Soldaten wählen ihre Führer selbst. Frühere Offiziere, die das Vertrauen ihrer Truppenteile genießen, dürfen wiedergewählt werden. Offiziere der militärischen Verwaltungsbehörden und Beamte im Offiziersrange sind im Interesse der Demobilisierung in ihren Stellungen zu belassen, wenn sie erklären, nichts gegen die Revolution zu unternehmen. Die Abschaffung des stehenden Heeres und die Errichtung der Volkswehr sind zu beschleunigen.

23. Dezember 1918 – Die Schlüssel des Stadtschlusses werden in der Reichskanzlei abgegeben

Berlin * Um 16 Uhr werden die Schlüssel des Stadtschlusses von Matrosen der Volksmarinedivision beim Rat der Volksbeauftragten abgegeben. Der Stadtkommandant Otto Wels von der MSPD weigert sich aber nun, die Lohnzahlung durchzuführen, weil die Schlüssel nicht in der Stadtkommandantur abgegeben worden sind. Eine Farce. Die Matrosen verlassen verärgert die Reichskanzlei. Auf ihrem Weg werden zwei Matrosen von rechtsstehenden Militärs getötet.

24. Dezember 1918 – Die Gerüchteküche kocht in München

München * In München verbreitet sich das Gerücht über einen geplanten Spartakisten-Putsch und dem Ausbruch von 16.000 Kriegsgefangenen aus dem Lager Lechfeld. Der Patrouillen- und Postendienst wird in den Straßen der Stadt verstärkt. Christmetten werden militärisch und polizeilich gesichert. Die Michaelskirche sagt den mitternächtlichen Gottesdienst ganz ab.

24. Dezember 1918 – Ein gesichtswahrendes Verhandlungsergebnis

Berlin * Eine Besprechung wird in der Universität anberaumt, die die Bevollmächtigten der Regierung unter der Leitung des USPD-Vorsitzenden Georg Ledebour geführt wird. Es wird beschlossen: Die Truppen des Generalkommandos ziehen mit allen militärischen Ehren aus der Stadt. Die Matrosen bleiben bewaffnet. Die Volksmarinedivision räumt das Stadtschloss und den Marstall. Sie wird - wie bereits vorgesehen - von 1.500 auf 600 Mann reduziert. Die entlassenen Matrosen werden in die Republikanische Soldatenwehr integriert.



1. Januar 1919 – Schießerei im Katholischen Gesellenhaus

München-Hackenviertel * Im Katholischen Gesellenhaus in der Brunnstraße kommt es in den frühen Morgenstunden zu einer Auseinandersetzung zwischen der aus Soldaten, Matrosen und Zivilpersonen bestehenden Tanzgesellschaft und dem Sicherheitsdienst. Im Verlauf fallen Schüsse, die die Militärpolizei und die Republikanische Schutztruppe mit Handgranaten beantworten. Zahlreiche Personen werden verletzt, davon sieben schwer.

7. Januar 1919 – 3 Tote und 8 Verletzte nach einer Arbeitslosen-Demonstration

München-Kreuzviertel * Gegen 15:30 Uhr bewegt sich der Demonstrationzug zum Ministerium für Soziale Fürsorge am Promenadeplatz, wo eine Delegation Minister Hans Unterleitner ihre Forderung nach Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung vorträgt. Als gegen 17 Uhr noch immer keine Zusagen vorliegen, überrennt die Menge die Wache und stürmt das Gebäude. Nun kann aber - trotz verschiedener Zusagen - die tobende Menge nicht mehr beruhigt werden. Um 18 Uhr rückt die Militärische Sicherheitswache und die Republikanische Schutztruppe mit scharfer Munition gegen die Demonstranten vor. Drei Tote und acht Schwerverletzte bleiben zurück.

10. Januar 1919 – Der Antibolschewistenfonds der deutschen Wirtschaft wird gegründet

Berlin * Der Antibolschewistenfonds der deutschen Wirtschaft wird in Berlin gegründet und einem 50-Millionen-Mark-Sofort-Bankkredit ausgestattet. Neben der Finanzierung der militärischen Zerschlagung der deutschen Räterepubliken fließen auch viele Gelder in die antibolschewistische-nationalistische Propaganda sowie in die Einwohnerwehren.

10. Januar 1919 – Schusswechsel zwischen Linksextremen und einer Militärstreife

München-Ludwigsvorstadt * Rund 200 Linksradikale treffen in der Bayerstraße auf eine Militärstreife, die diese zum Auseinandergehen auffordert. Erst nach einem Schusswechsel, bei dem niemand verletzt wird, zerstreut sich die Gruppe.

12. Januar 1919 – Die besetzten Verlagsgebäude werden von Regierungstruppen erobert

Berlin * Alle im Berliner Zeitungsviertel besetzten Verlags- und Druckereigebäude sind von den



Regierungstruppen erobert. Obwohl die Zeitungsbesetzer bewaffnet sind, kommt es nicht zu organisierten Schlachten. Die meisten Aufständischen ergeben sich freiwillig. Dennoch erschießt das Militär über hundert Besetzer und unbeteiligte Zivilisten vor Ort. Insgesamt ermittelt ein Untersuchungsausschuss des Preußischen Landtags 156 Todesopfer. Auf Seiten der Angreifer werden 13 Gefallene und zwanzig Verwundete gezählt.

13. Januar 1919 – Freikorps-Truppen rücken in Berlin ein

Berlin * Die um Berlin stationierten Freikorps rücken in die Stadt ein, insgesamt etwa 3.000 Mann. Die größte Einheit ist die Garde-Kavallerie-Schützen-Division. Die Berliner Zeitungen begrüßen den Einzug als Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung. Der militärischen Besetzung folgen erhebliche Gewaltexzesse der rechtsgerichteten Truppen.

17. Januar 1919 – Das Freikorps Lützow wird in Berlin gegründet

Berlin * Das Freikorps Lützow wird in Berlin gegründet. Die Finanzierung der Freikorps findet aus den Mitteln des Antibolschewistenfonds der deutschen Wirtschaft statt, der am 10. Januar 1919 in Berlin mit 500 Millionen Reichsmark gegründet und einem 50-Millionen-Mark-Sofort-Bankkredit ausgestattet wurde. Neben der Finanzierung der militärischen Zerschlagung der deutschen Räterepubliken fließen auch viele Gelder in die antibolschewistische-nationalistische Propaganda sowie in die Einwohnerwehren.

20. Januar 1919 – Entwurf der Weimarer Verfassung wird der Öffentlichkeit vorgestellt

Weimar * Hugo Preuß stellt seinen Entwurf der Weimarer Verfassung der Öffentlichkeit vor. Darin sollen die Rechte der Einzelstaaten stark beschnitten werden. Bayern würde die Militärhoheit, sein eigenes Post- und Telegraphenwesen sowie das Recht, direkte Steuern zu erlassen, verlieren. Das würde auch das Ende der bayerischen Außenpolitik bedeuten. Aus einem souveränen Einzelstaat soll ein Teilstaat des Deutschen Reichs werden.

24. Januar 1919 – Kundgebung für einen gerechten Frieden

München-Ludwigsvorstadt * Im Deutschen Theater treffen sich Angehörige und Anhänger aller Parteien zu einer machtvollen Kundgebung. Es geht um den Völkerbund und einen gerechten



Frieden. Es sprechen der Minister für militärische Angelegenheiten, Albert Roßhaupter [SPD], Joseph Graf von Pestalozza [BVP], Professor Dr. Moritz Julius Bonn, die Frauenrechtlerin Lida Gustava Heymann und Professor Dr. Lujo Brentano.

25. Januar 1919 – Das Militär soll die Ordnung in Bremen herstellen

Weimar- Bremen * Reichswehrminister Gustav Noske beauftragt - vier Tage nachdem man sich in Bremen zur Ausschreibung von Wahlen verständigt hat - den Chef des Generalkommandos, Walter von Lüttwitz, mit der Herstellung der Ordnung in Bremen.

27. Januar 1919 – Kasernenräte planen eine Massendemonstration gegen Offiziere

München * Die Kasernenräte planen eine Massendemonstration gegen die Offiziere der Münchner Garnison. In Verhandlungen kommt der Minister für militärische Angelegenheiten, Albert Roßhaupter, den Organisatoren so weit in ihren Forderungen entgegen, dass sie von weiteren Aktionen absehen.

6. Februar 1919 – Die USPD beteiligt sich nicht an der Reichsregierung

Berlin - Weimar * Die Unabhängigen Sozialdemokraten antworten auf das Angebot der SPD-Fraktion zum Eintritt in die Reichsregierung distanziert. Die USPD will sich nur dann beteiligen, wenn sämtliche Mitglieder der Regierung den entschlossenen Willen zeigen, „die demokratischen und sozialistischen Errungenschaften der Revolution gegen die Bourgeoisie und gegen die Militäradokratie sicherzustellen“.

9. Februar 1919 – Die Militärpolizei sorgt für die Einhaltung der Polizeistunde

München * Die Militärpolizei sorgt für die Einhaltung der Polizeistunde, die durch die Tanzwut ständig übertreten wurde.

12. Februar 1919 – Albert Roßhaupter ruft zum Eintritt in den Volksheimatschutz auf

München * Albert Roßhaupter, der Minister für militärische Angelegenheiten ruft die



wehrfähigen Männer zum Eintritt in den Volksheimatschutz auf. Dieser soll „die Gefahr des drohenden Krieges im Lande, den der Bolschewismus entfesseln kann“, eindämmen.

13. Februar 1919 – Die Räte fordern den Rücktritt Albert Roßhaupters

München-Ludwigsvorstadt * Ein Teil der Teilnehmer des Kongresses der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte sehen in dem Aufruf des Ministers für militärische Angelegenheiten, Albert Roßhaupter, die wehrfähigen Männer zum Eintritt in den „Volksheimatschutz“ zu bewegen, die Absicht, eine „Weiße Garde“ zu gründen. Sie fordern den Rücktritt des SPD-Staatsministers.

15. Februar 1919 – Die Ministerkrise wird für beendet erklärt

München-Ludwigsvorstadt * Die Ministerkrise, die Albert Roßhaupter durch seinen Aufruf an die wehrfähigen Männer zum Eintritt in den „Volksheimatschutz“ ausgelöst hat, ist beendet. Ministerpräsident Kurt Eisner gibt gegenüber dem Kongress der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte eine entsprechende Erklärung ab.

15. Februar 1919 – Franz Ritter von Epp stellt ein Freikorps zusammen

Ohrdruf * Seit Mitte Februar stellt Franz Ritter von Epp im thüringischen Ohrdruf im Auftrag des Reichswehrministers Gustav Noske ein Freikorps zusammen. Offiziell soll es dem „Grenzschutz Ost“ dienen. In Bayern befürchtet man von Anfang an, dass die Truppe für den Einsatz im Inneren bestimmt ist, weshalb Ernst Schneppenhorst (ab 18. März 1919 Minister für militärische Angelegenheiten) später die Zusammenarbeit mit dem Freikorps Epp ablehnen wird.

18. Februar 1919 – Kritik am Vollzugsausschuss, Landessoldatenrat sowie an Kurt Eisner

München * In einer Erklärung des 1., 2. und 3. Fußartillerie-Regiments stellen sich diese gegen den Vollzugsausschuss und den Landessoldatenrat sowie gegen Kurt Eisner. Dafür unterstützen sie den Minister für militärische Fragen, Albert Roßhaupter.

21. Februar 1919 – Militärminister Albert Roßhaupter kommt in Schutzhaft



München-Kreuzviertel * Kultusminister Johannes Hoffmann tritt von seinem Amt zurück. Albert Roßhaupter, der Minister für militärische Angelegenheiten, wird in Schutzhaft genommen.

22. Februar 1919 – Ein Nachrichtenblatt des Zentralrats erscheint

München * Der Zentralrat verbietet die gesamte Presse mit Ausnahme des USPD-Organs Neue Zeitung. Am 22. Februar erscheint neben der Neuen Zeitung, dem Bauernbund-Blatt Neue freie Volks-Zeitung nur das Nachrichtenblatt des Zentralrats. Es wird in den vom Militär besetzten Räumen der Münchner Neuesten Nachrichten gefertigt und den Abonnenten der Münchner Neuesten Nachrichten, der Münchener Zeitung, der München-Augsburger Abendzeitung und des Bayerischen Kuriers zugestellt. Die Redakteure, Setzer und Drucker der Münchener Post lehnen es ab, die Zeitung unter Vorzensur erscheinen zu lassen. Das Nachrichtenblatt des Zentralrats wird die erste und einzige Ausgabe bleiben.

27. Februar 1919 – Das Gesetz über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr

Weimar * Die in Weimar tagende Nationalversammlung beschließt das Gesetz über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr mit deutlicher Reduzierung des Heeres von 800.000 auf 100.000 Mann. Die Reichswehr soll künftig aus bestehenden Freiwilligenverbänden und durch die Anwerbung von Freiwilligen gebildet werden. Viele der aus dem Heer entlassenen Frontsoldaten schließen sich daraufhin paramilitärischen, oftmals rechtsradikalen Organisationen an.

28. Februar 1919 – Die Sperrstunde wird auf 22 Uhr festgesetzt

München * In Theatern, Kinos und Konzertsälen dürfen wieder Veranstaltungen durchgeführt werden. Die Sperrstunde wird auf 22 Uhr festgesetzt. Ab 23 Uhr werden die Straßen vom Militär geräumt.

1. März 1919 – Eine von Martin Segitz (SPD) geführte Regierung wird gebildet

München-Kreuzviertel * Nachdem am Tag zuvor beschlossen worden ist, dass die Einberufung des Landtags auf unbestimmte Zeit verschoben wird, bestimmt der Rätekongress am Nachmittag des 1. März die neuen Minister. Der gemäßigte [!] Mehrheitssozialdemokrat Martin Segitz



wird Ministerpräsident und leitet zudem noch das Außen- und Innenministerium, Ernst Niekisch [SPD] ist zuständig für Unterricht und Kultus, Fritz Endres [SPD] für Justiz, Richard Scheid [SPD] für militärische Angelegenheiten, Joseph Simon [USPD] für Handel, Gewerbe und Industrie, Edgar Jaffé [USPD] für Finanzen, Hans Unterleitner [USPD] für soziale Angelegenheiten und Theodor Dirr [BBB] für Land- und Forstwirtschaft. Der parteilose Heinrich von Frauendorfer übernimmt das Verkehrsministerium. Nun müssen nur noch die betroffenen politischen Parteien ihren Mitgliedern die Annahme des Ministeramtes gestatten.

3. März 1919 – Generalstreik in Groß-Berlin beschlossen

Berlin * Die Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte beschließt - bei Enthaltung der sozialdemokratischen Delegierten - einen Generalstreik. Die Streikziele sind rein politische. Es geht um die Anerkennung der Arbeiter- und Soldatenräte, die sofortige Durchführung der Hamburger Punkte zur militärischen Kommandogewalt, die Freilassung aller politischen Gefangenen, die sofortige Bildung einer revolutionären Arbeiterwehr, die sofortige Auflösung aller Freikorps, die Aufnahme politischer und wirtschaftlicher Beziehungen zu Sowjetrußland sowie umfassende Kompetenzen für Arbeiter- und Soldatenräte auf wirtschaftlichem Gebiet.

4. März 1919 – Angebliche Pöbelhaufen greifen Regierungstruppen an

Berlin * Das Wolff'sche Telegraphenbüro berichtet über einen Pöbelhaufen, der auf dem Alexanderplatz mehrere Regierungssoldaten angreift. Sieben Soldaten sind angeblich spurlos verschwunden. Auch in anderen bürgerlichen Zeitungen mehren sich die Berichte über marodierende Pöbelhaufen, in denen die Gefährlichkeit der Streikenden hervorgehoben werden. Die Zeitungen werden hauptsächlich aus der Propagandazentrale des Kommandos Lützow mit Informationen versorgt. General Walther von Lüttwitz ist Gustav Noskes ranghöchster militärischer Befehlshaber. Er und sein Stab haben bereits Pläne für die militärische Besetzung Berlins ausgearbeitet. Dazu gehört auch die psychologische Kriegsführung und die Propaganda.

5. März 1919 – 25 Tote im von Regierungstruppen besetzten Königsberg

Königsberg * Nachdem Anfang März Königsberg ohne ersichtlichen Anlass von Regierungstruppen besetzt worden ist, kommt es an diesem 5. März zu einer Militäraktion, bei der 25 Zivilisten sterben müssen.



18. März 1919 – Die neue bayerische Regierung wird bekannt gegeben

München-Kreuzviertel * Die neue bayerische Regierung wird bekannt gegeben: Ministerpräsident Johannes Hoffmann [SPD] übernimmt das Ministerium des Äußeren sowie das Ministerium für Unterricht und Kultus, Fritz Endres [SPD] wird Justizminister, Martin Segitz [SPD] übernimmt das Ministerium des Inneren, Staatsrat von Merkel übernimmt in Vertretung das Finanzministerium, Heinrich Ritter von Frauendorfer [Parteilos] leitet das Verkehrsministerium, Hans Unterleitner [USPD] steht an der Spitze des Ministeriums für Soziale Fürsorge, Josef Simon [USPD] übernimmt das Ministerium für Handel und Gewerbe, Martin Steiner [Bayerischer Bauernbund] führt das Landwirtschaftsministerium und Ernst Schneppenhorst [SPD] wird Minister für militärische Angelegenheiten. Dem neuen Ministerrat werden besondere Vollmachten übertragen. Nach der Regierungserklärung des neu gewählten Ministerpräsidenten vertagt sich der Landtag wieder. Ministerpräsident Johannes Hoffmann stellt in seiner Regierungserklärung fest, dass für ihn nur ein uneingeschränkter Parlamentarismus als Regierungsform in Frage kommt. Die Soldatenräte werden bald verschwinden, die Arbeiterräte zu Arbeiterkammern umgewandelt werden. Den Räten sollen allenfalls wirtschaftliche, keinesfalls aber politische Bedeutung zukommen. Hoffmann erteilt jeglichen bayerischen Partikularismus-Gedanken eine klare Absage: Denn: Bayern steht fest zum Reich. Die Koalitionsregierung wird schon deshalb von Anfang an von der revolutionären Arbeiterschaft abgelehnt und kann auch im weiteren Verlauf kein Vertrauen gewinnen, weil sie sich gegen Zugeständnisse in der Rätefrage sperrt und von ihr auch keine ernsthafte Sozialisierungspolitik zu erwarten ist.

30. März 1919 – Essen: Unbefristeten Generalstreik beschlossen

Essen * Die Schachtdelegiertenkonferenz beschließt in Essen einen unbefristeten Generalstreik. Die Forderungen sind ebenfalls politisch motiviert. Es geht um die Anerkennung der Arbeiter- und Soldatenräte, die sofortige Durchführung der Hamburger Punkte zur militärischen Kommandogewalt, die Einführung der Sechs-Stunden-Schicht und die Entwaffnung der Polizei im Industriegebiet und ganz Deutschland.

3. April 1919 – Ratschläge für das weitere politische Vorgehen in Bayern

München - Berlin * Ministerpräsident Johannes Hoffman fährt mit dem Nachtzug nach Berlin, um Ratschläge für das weitere politische Vorgehen in Bayern einzuholen.



Reichskanzler Philipp Scheidemann weist Hoffmann an, in der Rätefrage keine Kompromisse zu dulden. Falls es die Zustände in München nicht erlauben, solle er den Landtag in eine ruhigere Stadt in Nordbayern verlegen. Reichswehrminister Gustav Noske bietet Hoffmann die militärische Hilfe der Reichswehr an, verlangt aber im Gegenzug den Verzicht Bayerns auf seine militärischen Sonderrechte und die bedingungslose Anerkennung des neuen Reichswehrgesetzes. Johannes Hoffmann lehnt ab. Er will selbst für Ordnung sorgen durch die Gründung einer aus Freiwilligen bestehenden Volkswehr. Der Freistaat Bayern hat zu diesem Zeitpunkt noch die Souveränität und ist damit noch im Besitz der Reservatrechte über das Militär, die Post und die Bahn.

4. April 1919 – Eine weitere geheime Beratung zur Räterepublik

München-Maxvorstadt * Um 22 Uhr findet eine erneute Besprechung im Militärministerium in der Ludwigstraße statt. Diesmal ist der Personenkreis auf 100 bis 150 angewachsen. Der Bauernführer Karl Gandorfer erklärt unter welchen Bedingungen die Bauern der Einführung eine Räterepublik zustimmen können. Die verspätet eintreffende Delegation der KPD will diese Form der Räterepublik nicht anerkennen, da die Massen selbst über die Räterepublik entscheiden müssten. Die Haltung der Kommunisten ruft Erstaunen hervor, weil sie bislang die Räterepublik am lautesten forderten. Auch jetzt werden noch keine Beschlüsse gefasst. Die geheime Zusammenkunft wird durch den Zentralratsvorsitzenden Ernst Niekisch geleitet. Er befindet sich in einem Dilemma, denn einerseits befürwortet er den Rätegedanken, andererseits will er im Interesse von Ruhe und Ordnung die Räterepublik verhindern. Zur Überraschung aller erklärt ausgerechnet Johannes Hoffmanns Stellvertreter Ernst Schneppenhorst, dass er eine Räterepublik zum jetzigen Zeitpunkt für die beste aller Lösungen hält. Der bayerische Militärminister will zwei Tage Bedenkzeit, um die Frage der Räterepublik mit der SPD-Parteibasis zu besprechen. Welche Motivation liegt hinter Schneppenhorsts Vorschlag? Sein Hauptziel ist die Machterhaltung der SPD. Zudem will er die Kommunisten unter seine Kontrolle bringen. Er möchte den Räten ihre eigene Regierungsunfähigkeit vor Augen führen, um sie dann, mit einem Militärputsch der Münchner Garnison, die er wenigstens teilweise in der Hand hat, schnell und möglichst schmerzlos zu beseitigen. Er und die Regierung Hoffmann wollen die Räte nicht nur schnell, sondern vor allem in eigener Regie, ohne die von Noske und Epp angebotenen außerbayerischen Freikorps und Regierungstruppen, loswerden.

6. April 1919 – Ein Aufruf „An das Volk in Baiern!“ zur Gründung der Räterepublik



München * „Der revolutionäre Zentralrat Baierns“ veröffentlicht einen Aufruf „An das Volk in Bayern!“ zur Gründung der Räterepublik. Darin heißt es: „Die Entscheidung ist gefallen. Bayern ist Räterepublik. Das werktätige Volk ist Herr seines Geschickes. Die revolutionäre Arbeiterschaft und Bauernschaft Baierns, darunter auch alle unsere Brüder, die Soldaten sind, durch keine Parteigegensätze mehr getrennt, sind sich einig, dass von an jegliche Ausbeutung und Unterdrückung ein Ende haben muss. Die Diktatur des Proletariats, die nun zur Tatsache geworden ist, bezweckt die Verwirklichung eines wahrhaft sozialistischen Gemeinwesens, in dem jeder arbeitende Mensch sich am öffentlichen Leben beteiligen soll, einer gerechten sozialistisch-kommunistischen Wirtschaft. Der Landtag, das unfruchtbare Gebilde des überwundenen bürgerlich-kapitalistischen Zeitalters, ist aufgelöst, das von ihm eingesetzte Ministerium zurückgetreten. Von den Räten des arbeitenden Volkes bestellte, dem Volk verantwortliche Vertrauensmänner erhalten als Volksbeauftragte für bestimmte Arbeitsgebiete außerordentliche Vollmachten. Ihre Gehilfen werden bewährte Männer aus allen Richtungen des revolutionären Sozialismus und Kommunismus sein; die zahlreichen tüchtigen Kräfte des Beamtentums, zumal der unteren und mittleren Beamten, werden zur tatkräftigen Mitarbeit im neuen Bayern aufgefordert. Das System der Bürokratie aber wird unverzüglich ausgetilgt. Die Presse wird sozialisiert. Zum Schutz der bayerischen Räterepublik gegen reaktionäre Versuche von außen und von innen wird sofort eine rote Armee gebildet. Ein Revolutionsgericht wird jeden Anschlag gegen die Räterepublik sofort rücksichtslos ahnden. Die Bayerische Räterepublik folgt dem Beispiel der russischen und ungarischen Völker. Sie nimmt sofort die brüderliche Verbindung mit diesen Völkern auf. Dagegen lehnt sie jedes Zusammenarbeiten mit der verächtlichen Regierung Ebert, Scheidemann, Noske, Erzberger ab, weil diese unter der Flagge einer sozialistischen Republik das imperialistisch-kapitalistisch-militaristische Geschäft des in Schmach zusammengebrochenen deutschen Kaiserreichs fortsetzt. Sie ruft alle deutschen Brudervölker auf, den gleichen Weg zu gehen. Allen Proletariern, wo immer sie für Freiheit und Gerechtigkeit, wo immer sie für den revolutionären Sozialismus kämpfen, in Württemberg und im Ruhrgebiet, in der ganzen Welt, entbietet die Bayerische Räterepublik ihre Grüße. Zum Zeichen der freudigen Hoffnung auf eine glückliche Zukunft für die ganze Menschheit wird hiermit der 7. April zum Nationalfeiertag erklärt. Zum Zeichen des beginnenden Abschied vom fragwürdigen Zeitalter des Kapitalismus ruht am Montag, den 7. April 1919, in ganz Bayern die Arbeit, soweit sie nicht für das Leben des werktätigen Volkes notwendig ist, worüber gleichzeitig nähere Bestimmungen ergehen. Es lebe das freie Bayern! Es lebe die Räterepublik! Es lebe die Weltrevolution!“

6. April 1919 – Die Eisenbahn verspätet sich



München * Ernst Schnepfenhorst, der Minister für Militärangelegenheiten, soll den Zentralrat über die strikte Ablehnung einer Räterepublik informieren. Doch Schnepfenhorsts Zug verspätet sich - und bis er in München eintrifft ist Bayern bereits eine Räterepublik.

6. April 1919 – Der Nürnberger SPD-Parteitag spricht sich gegen die Räterepublik aus

Nürnberg - München * Ministerpräsident Johannes Hoffmann ist zum Landesparteitag der SPD nach Nürnberg gereist, um dort die Genossen gegen die Räterepublik zu mobilisieren. Die Reichs-SPD hat Otto Wels geschickt, um die bayerischen Genossen auf Kurs zu halten. Der Minister für militärische Angelegenheiten, Ernst Schnepfenhorst, zählt die Gründe auf, die aus seiner Sicht unumgänglich für die Einführung der Räterepublik sind. Ministerpräsident Hoffmann verurteilt die Räterepublik aufs schärfste und sagt den Kommunisten und den Anarchisten den Kampf an. Durch seine Rücktrittsdrohung bringt er eine klare Mehrheit von 47 gegen 3 Stimmen - „aus politischen und wirtschaftlichen Gründen“ - gegen eine bayerische Räterepublik aus.

7. April 1919 – Die Ausrufung der Räterepublik Bayern funktioniert reibungslos

München - Freistaat Bayern * Die Ausrufung der Räterepublik Bayern funktioniert in den Behörden reibungslos; die Besetzung und Übernahme der Zeitungsverlage geht überwiegend friedlich und widerstandslos vonstatten; Polizei und Militär verhalten sich ruhig und bekennen sich zur Räterepublik; KPD und SPD bleiben bei ihrer abwartenden Haltung und stellen sich den Ereignissen nicht entgegen.

7. April 1919 – Die Räterepublik lehnt Zusammenarbeit mit Reichsregierung ab

München * Die Bayerische Räterepublik lehnt die Zusammenarbeit mit der Reichsregierung ab und bezeichnet diese als „verächtliche Regierung Ebert, Scheidemann, Noske, Erzberger, weil diese unter der Flagge einer sozialistischen Republik das imperialistisch-kapitalistisch-militärische Geschäft des in Schwachheit zusammengebrochenen deutschen Kaisertums unterstützt“.



7. April 1919 – Die neue Räteregierung wird gebildet

München * In der Räteregierung, also dem Rat der Volksbeauftragten, haben die Schriftsteller Ernst Toller, Gustav Landauer und Erich Mühsam führende Funktionen. Ihre geringe politische Erfahrung betrachten sie nicht als Mangel, da sie den herrschenden Konventionen der Politik ja sowieso ablehnend gegenüberstehen. Deshalb wird die Erste Räterepublik häufig auch abschätzend als Literatenrepublik bezeichnet. Das oberste Gremium der Räterepublik ist der Revolutionäre Zentralrat. Er ist den Volksbeauftragten übergeordnet. Der Rat der Volksbeauftragten wird jedoch nie zusammentreten. Oberster Repräsentant der Bayerischen Räterepublik ist zunächst Ernst Niekisch, der aber bereits nach einem Tag den Vorsitz des Revolutionären Zentralrats niederlegt. Ernst Toller wird ab dem 9. April sein Nachfolger. Toller zählt zum linken Flügel der USPD und ist deren Vorsitzender in München. Das Amt des Volksbeauftragten für Finanzen übernimmt Silvio Gesell, Volksbeauftragter für Volksaufklärung wird der Anarchist Gustav Landauer. Volksbeauftragter für Äußeres wird Dr. Franz Lipp [USPD], Volksbeauftragter für Inneres wird Fritz Soldmann [USPD], Volksbeauftragter für Volkswohlfahrt, das ehemalige Ministerium für Soziale Fürsorge, wird August Hagemeyer [USPD], Volksbeauftragter für Justiz wird Konrad Kübler [BBB], Volksbeauftragter für Verkehr wird Gustav Paulukum [USPD], Volksbeauftragter für Land- und Forstwirtschaft wird der bisherige Minister Josef Steiner [BBB], Volksbeauftragter für Volkswirtschaft wird Edgar Jaffé [USPD], Volksbeauftragter für Militär wird Otto Killer [USPD]. Kommissar für das Ernährungswesen wird Johann Wutzlhofer [BBB] und Kommissar für das Wohnungswesen wird Dr. Arnold Wadler. Max Levien wird von von Erich Mühsam für das Amt als Volksbeauftragter für Militär vorgeschlagen, doch dieser sagt ab, da die KPD die Mitarbeit in der Räterepublik ablehnt. Damit wird weder die SPD noch die KPD bei der Ämterverteilung der Volksbeauftragten berücksichtigt. Mit der Ausrufung der Räterepublik wird der alte Zentralrat für „erledigt“ erklärt. Gustav Landauer teilt mit: „Der alte Zentralrat existiert nicht mehr“. Auch der Aktionsausschuss existiert nicht mehr, was allerdings nirgends offiziell erwähnt wird. Der Bayerische Landtag wird als „unfruchtbares Gebilde des überwundenen bürgerlich-kapitalistischen Zeitalters“ für aufgelöst erklärt und die sofortige Gründung einer Roten Armee angekündigt.

7. April 1919 – Die Räteregierung informiert Ungarns Regierung

München - Budapest * Die bayerische Räteregierung informiert umgehend den Revolutionären Regierungsrat in Budapest über den politischen Schritt. Der ungarische Regierungschef Bela Kun unterbricht daraufhin die Regierungssitzung und verliest das Münchner Telegramm unter tosendem Beifall: „Die Bayerische Räterepublik folgt dem Beispiel des russischen und



ungarischen Volkes. Sie nimmt sofort die brüderliche Verbindung mit diesen Völkern auf. Dagegen lehnt sie jede Zusammenarbeit mit der verächtlichen Regierung Ebert, Scheidemann, Noske, Erzberger ab, weil dieser unter der Flagge einer sozialistischen Republik das imperialistisch-kapitalistisch-militaristische Geschäft des in Schmach zusammen gebrochenen deutschen Kaisertums fortsetzt“. Damit gibt es in Europa schon drei Räterepubliken.

9. April 1919 – Wilhelm Reichart wird Volksbeauftragter für das Militärwesen

München * Der Kellner und Mitglied des Vollzugsausschusses des Landessoldatenrats, Wilhelm Reichart, wird einvernehmlich zwischen dem Provisorischen Revolutionären Zentralrat und den Kasernenräten zum Volksbeauftragten für das Militärwesen ernannt. Er wird das Amt bis zum 13. April ausüben.

10. April 1919 – Gegenrevolutionärer Truppenverbände ziehen in Ingolstadt ein

Ingolstadt * Der Minister für militärische Angelegenheiten, Ernst Schnepfenhorst, und das Freikorps Epp, mit Franz Xaver Ritter von Epp an der Spitze gegenrevolutionärer Truppenverbände, ziehen in Ingolstadt ein.

10. April 1919 – Ernst Toller redet im Hofbräuhaus vor den Betriebsräten

München * Ernst Toller redet im Hofbräuhaus vor den Betriebsräten. Er erklärt zu der am Vorabend vom Rat der Revolutionären Betriebsobleute und vom Rat der Revolutionären Soldatenvertreter beschlossenen sofortigen Abdankung des Zentralrats und seiner eigenen Einsetzung als Träger der gesamten Gewalt, dass die Kommunisten aus wirtschaftlichen, politischen und militärischen Gründen nicht in der Lage sind, die Herrschaft anzutreten und auf Dauer zu behaupten und der Bauernrat einer kommunistischen Räterepublik jede Unterstützung verweigern würde.

11. April 1919 – Pläne für einen Putsch gegen die Räteregierung werden geschmiedet

Bamberg * Der Kommandant der Republikanischen Schutztruppe, Alfred Seyfferitz, arbeitet gemeinsam mit Ministerpräsident Johannes Hoffmann und dem Minister für militärische



Angelegenheiten, Ernst Schnepfenhorst, Pläne für einen Putsch gegen die Räteregierung aus. Dieser soll - so die Absprache - in der Nacht vom 15. zum 16. April erfolgen. Ministerpräsident Hoffmann zögert noch, da er nicht mit Waffengewalt gegen Münchner Arbeiter und Sozialisten vorgehen möchte. Militärminister Ernst Schnepfenhorst möchte einen „klinischen Putsch“ durchführen. Darunter versteht er den Sturz der Regierung durch eine militärische Überrumpelung ohne großes Blutvergießen.

12. April 1919 – Ebert fordert die Wiederherstellung des früheren Zustandes in Bayern

Berlin - Bamberg * In einem drängenden Telegramm fordert Reichspräsident Friedrich Ebert vom bayerischen Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann, dass „die Wiederherstellung des früheren Zustandes in Bayern baldigst erfolgt, zumal da nach neueren mir zugegangenen Nachrichten aus München man dort anfängt, sich an die Räteregierung zu gewöhnen. Wenn die wirtschaftlichen Maßnahmen, welche Sie in Aussicht genommen haben, nicht in kürzester Zeit zum Ziel führen, erscheint mir als einzige Lösung militärisches Vorgehen. Dass je rascher und durchgreifender dieses erfolgt, um so weniger Widerstand und Blutvergießen zu erwarten ist, hat uns die Erfahrung an anderen Stellen gelehrt.“ Damit ist das Schicksal der bayerischen Revolution besiegelt. Eine Niederschlagung nach dem Beispiel des Spartakus-Aufstandes in Berlin ist naheliegend. Unter dem Druck aus Berlin gibt Bayerns Ministerpräsident Hoffmann nach. Nun wird auf Landesebene dasselbe Muster durchgespielt wie das auf Reichsebene bereits erprobte: Der Bund mit antirevolutionären, auch antidemokratischen rechten Kräften, um der Linken Herr zu werden. Militärminister Ernst Schnepfenhorst wird beauftragt, bayerische Freiwilligenverbände aufzustellen. Ministerpräsident Hoffmann bittet Berlin telefonisch um Verstärkungen. Die Reichstruppen dürfen in Bayern einmarschieren. Auch das von dem bayerischen Oberst Franz Ritter von Epp im thüringischen Ohrdruf gebildete Freikorps wird gegen München in Marsch gesetzt. Während aus dem Westen württembergische Truppen anrücken, sammeln sich im Süden die Freikorps. Rund 30.000 Mann sind im Anmarsch, als sich der Ring um München schließt. Für die Rote Armee wird der Kampf gegen die an Zahl, Ausrüstung und Professionalität überlegenen Weißen nicht mehr zu gewinnen sein.

12. April 1919 – Ministerpräsident Hoffmann setzt auf Rechtsextreme und Völkische

Bamberg - Weimar - München * Ministerpräsident Johannes Hoffmann sieht sich durch das Telegramm des Reichspräsidenten Friedrich Ebert zum Handeln gezwungen. Er wird die Hilfe von Rechtsextremisten und Völkischen in Anspruch nehmen, in dem er beispielsweise über einen bekannten Augsburger Rechtsanwalt an den Chef der Thule-Gesellschaft, Rudolf von



Sebottendorf, anfragen lässt, ob dieser für die Regierung tätig sein will. Reichswehrminister Gustav Noske und der Freikorps-Führer Franz Ritter von Epp hoffen auf eine überstürzte militärische Aktion der Regierung Hoffmann. Sie rechnen damit, dass ein Putsch der schwachen bayerischen Verbände fehlschlagen würde. Damit hätten sie die Legitimation für den Einmarsch von Reichswehr und Freikorps in den Freistaat Bayern.

12. April 1919 – Gustav Landauer gibt einen zuversichtlichen Lagebericht ab

München-Maxvorstadt * Auf einer Sitzung des Revolutionären Zentralrats über die politische, militärische und wirtschaftliche Situation der Räterepublik gibt Gustav Landauer einen zuversichtlichen Bericht über die derzeitige Lage ab.

13. April 1919 – Der Palmsonntag-Putsch ist gescheitert

München - Freistaat Bayern * Der Palmsonntag-Putsch ist gescheitert. Zurück bleibt die Erkenntnis, dass der erste militärische Schlag gegen die Räterepublik missglückt ist und die gewählte Regierung Hoffmann eine bittere Niederlage einstecken musste.

13. April 1919 – Bewaffnete Soldaten dringen in das Erzbischöfliche Palais ein

München-Kreuzviertel * Fünf mit Handgranaten und Pistolen bewaffnete Soldaten, die sich als Beauftragte der Militärpolizei ausgeben, dringen an diesem Palmsonntag, um 1:30 Uhr, in das Erzbischöfliche Palais ein, um Michael von Faulhaber zu verhaften. Die Soldaten durchsuchen das ganze Gebäude, können den Bischof aber nicht finden, weil sich dieser bereits seit dem 11. April in Freising aufhält.

13. April 1919 – Die Verstärkung für den Palmsonntag-Putsch wartet in Ingolstadt

München-Maxvorstadt - Ingolstadt * Die Republikanische Schutztruppe hat sich im Hauptbahnhof verschanzt. Ihr Anführer, Alfred Seyfferitz, wartet dort auf die versprochene Verstärkung aus Ingolstadt. In Ingolstadt befindet sich zu diesem Zeitpunkt der Minister für militärische Angelegenheiten, Ernst Schneppenhorst, der dort mit 600 Soldaten auf das Eintreffen der Nachricht aus München hofft, dass der erste Teil des Putsches erfolgreich abgelaufen ist, um dann die bayerische Landeshauptstadt einnehmen zu können. Schneppenhorst wird die



Nachricht jedoch nie erhalten, da sein Verbindungsmann am nördlichen Stadtrand von einer Patrouille der Roten Armee abgefangen werden wird.

13. April 1919 – Der Palmsonntag-Putsch scheint geglückt

München * Um 9 Uhr treffen sich Vertreter der gemäßigten Parteien beim Kommandanten der Republikanischen Schutztruppe, Alfred Seyfferitz, zu einer Lagebesprechung. Sie wenden sich gegen dessen Forderung nach Standrecht und Militärdiktatur. Am Vormittag des Palmsonntags scheint der Handstreich geglückt. Doch während in der ganzen Stadt die Absetzung des Revolutionären Zentralrats und die Rückkehr der Regierung plakatiert wird, rufen die Anhänger der Räterepublik zum Widerstand auf. Erste Schüsse fallen.

13. April 1919 – Das Regierungsprogramm der Kommunistischen Räterepublik

München - Freistaat Bayern * Die Proklamation der Zweiten Räterepublik ist ein aussichtsloses Unterfangen, denn Münchens Isolation in Gesamtbayern ist noch weiter gestiegen und von außen ist keine Unterstützung zu erwarten, da die Reichsregierung Herr der militärischen Lage ist. Eine vage Hoffnung verbindet sich allenfalls mit Aufständen in Österreich. Eugen Leviné will ein revolutionäres Exempel statuieren, den „Massen Anschauungsunterricht geben, ihnen zeigen, wie eine Räterepublik aufgebaut wird“, und hofft, auch eine niedergeschlagene Räterepublik würde weitere Emanzipationsversuche herausfordern. Gegenüber ihrer Vorgängerin bemüht sich die kommunistische Räteregierung mit Hochdruck um die Verwirklichung der Diktatur des Proletariats. Ihr geht es nicht um die bloße Übernahme der Gewalt, sondern um die Zerschlagung des bestehenden Staatsapparates. Vorrang besitzt die Bildung eines eigenen Behördenapparates mit verschiedenen Kommissionen und die Schaffung einer Roten Armee. Zur Abwehr gegenrevolutionärer Putschvorhaben tritt bis zum 23. April ein Generalstreik in Kraft. Das gesamte Bankwesen wird unter der Leitung von Emil Maenner und Towia Axelrod nationalisiert, die Gewerbe- und Industriebetriebe vorerst nicht sozialisiert, aber der Kontrolle der Betriebsräte unterstellt. Mit drakonischen Strafandrohungen wird versucht, gegen Plünderer und „Revolutionsschmarotzer“ vorzugehen. Die bürgerliche Presse wird verboten. Während des Generalstreiks erschienen allein die kostenlos verteilten „Mitteilungen des Vollzugsrates der Betriebs- und Soldatenräte“. Trotz großer Anstrengungen bleiben auch die Herrschaftsorgane der Zweiten Räteregierung weitgehend ineffizient - es fehlt an zuverlässigen Kräften und der Zeitdruck ist groß.



14. April 1919 – Die Regierung Hoffmann bittet das Reich um militärische Unterstützung

Bamberg * Die im Exil in Bamberg befindliche Regierung Hoffmann bittet nach dem gescheiterten Palmsonntag-Putsch das Reich um militärische Unterstützung im Kampf gegen die Münchner Räteherrschaft.

14. April 1919 – 5.000 Württemberger für die Niederschlagung der Räterepublik

Bamberg * Während Ministerpräsident Johannes Hoffmann nur noch Schadensbegrenzung betreiben und dem Freikorpsführer Franz Ritter von Epp die Erstürmung Münchens verbieten möchte, hofft der Minister für militärische Angelegenheiten, Ernst Schnepfenhorst, dass 5.000 württembergische Soldaten für die Niederschlagung der Münchner Räterepublik bereitgestellt werden. Das Angebot hat die Regierung Hoffmann vom Stuttgarter Ministerpräsidenten Wilhelm Blos erhalten, dem es darum geht, die Eigenständigkeit Süddeutschlands im Reich zu stärken. Ihm war klar, wenn Bayern unter die Reichshoheit fallen sollte, dann würden in Zukunft auch die übrigen süddeutschen Länder nur noch eine untergeordnete Rolle gegenüber Preußen spielen können.

15. April 1919 – Militärminister Schnepfenhorst will die Räteregierung überraschen

Dachauer Moos * Der Minister für militärische Angelegenheiten, Ernst Schnepfenhorst, zieht seine bayerischen Truppen im Dachauer Moos zusammen. Seine Hoffnung beruht auf einem Überraschungscoup, da er glaubt, dass die kommunistische Räteregierung bisher noch nicht in der Lage war, ihre Rote Armee gefechtsbereit zu machen.

15. April 1919 – Ernst Toller wird Heerführer

München - Karlsfeld * Auch Ernst Toller begibt sich zur Front. In einem Karlsrufer Wirtshaus haben sich Vertrauensleute der Münchner Arbeiter versammelt. Toller schreibt: „Der Toller soll die Führung übernehmen!“ ruft einer. [...] Ich sträube mich und versuche zu erklären, dass ein Heerführer andere Fähigkeiten braucht. „Oana muß sein Kohlrabi herhalten, sonst gibts an Saustall, und wennst nix verstehst, wirst es lerna, die Hauptsach is, dich kennen wir“. Ich weiß nichts zu erwidern, welche Gründe konnten auch dieses töricht-rührende Vertrauen von Männern, die eben eine aktive, militärisch geführte Truppe besiegt hatten, erschüttern? So werde ich Heerführer.“



16. April 1919 – Militärhilfe vom Reich für die Regierung Hoffmann

Weimar - Bamberg * Reichsministerpräsident Philipp Scheidemann gibt dem Ersuchen des bayerischen Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann um Militärhilfe statt. Spätestens jetzt liegt die Regelung der Verhältnisse in Bayern in der Hand der Reichsregierung, ohne dass der Regierung Hoffmann ein Mitspracherecht geblieben ist.

16. April 1919 – Bewaffnung und militärische Organisation der Arbeiterschaft

München * Eugen Leviné spricht vor einer Vollversammlung der Räte zur Bewaffnung und der militärischen Organisation der Arbeiterschaft: „Es nützt nichts, dass wir die Waffen haben und nicht auch gleichzeitig alle anderen Sicherungen treffen, um der Situation gewachsen zu sein. [...] Was wir jetzt durchleben ist nicht eine Periode des plötzlichen Umschwungs, sondern es beginnt jetzt ein schwerer Kampf, und deshalb müssen wir verlangen, dass alle Mann an Bord bleiben.“

16. April 1919 – Räteregierung: München droht militärisch keine Gefahr

München * Die Räteregierung teilt mit, dass München militärisch keine Gefahr droht. Die Weißen Truppen werden bei Dachau in Schach gehalten.

16. April 1919 – Eine disziplinierte Rote Armee in Dachau

Dachau * Bei der Roten Armee ist jeder systematische Dienst als Militarismus und „Ludendorfferei“ verpönt. Es gibt keine Befehle, nur Anweisungen. Militärische Titel werden bewusst nicht geführt. Dennoch geht es auch in dieser Truppe recht diszipliniert zu.

17. April 1919 – Einsatz von Reichswehrverbänden gegen München beschlossen

Weimar * Reichswehrminister Gustav Noske ordnet an diesem Gründonnerstag den Einsatz von Reichswehrverbänden und hartes Vorgehen gegen München an. Das militärische Ungleichgewicht ist überwältigend.

19. April 1919 – Schützt Euch vor den Revolutionsschmarotzern



München * Der Volksbeauftragte für das Militärwesen, Wilhelm Reichart, ruft gegen unberechtigte Requirierungen und Plünderungen auf: „Schützt Euch vor den Revolutionsschmarotzern“.

20. April 1919 – Die größte militärische Operation der Nachkriegszeit hat begonnen

Weimar - Augsburg - München * Mit dem von Reichswehrminister Gustav Noske eingerichteten „Oberkommando der Reichsaktion gegen München“ hat die größte militärische Operation der Nachkriegszeit begonnen. 35.000 Soldaten aus Bayern, Württemberg und Norddeutschland marschieren auf München zu.

20. April 1919 – Finanzmittel für die Räterepublik sollen beschafft werden

München - Budapest - Moskau - Wasserburg * Am Nachmittag fliegen Eugen Leviné, Wilhelm Reichart, der Volksbeauftragte für das Militärwesen und der Student Karl Petermeier, der Adjutant Rudolf Egelhofers, mit Ziel Budapest und Moskau ab. Sie wollen dort Finanzmittel für die Räterepublik beschaffen. Der Flug endet jedoch bereits in Wasserburg am Inn, wo der Pilot unter Vortäuschung eines Motordefekts notlandet.

21. April 1919 – Regierungs-Flugblatt: Kopf hoch, Mut nicht sinken lassen!

München * Über München abgeworfene Flugblätter der nach Bamberg geflohenen Regierung Hoffmann besagen: „Kopf hoch, Mut nicht sinken lassen! Hilfe naht baldigst“. Unterzeichnet ist das Flugblatt von Ministerpräsident Johannes Hoffmann und dem Minister für militärische Angelegenheiten, Ernst Schnepfenhorst.

23. April 1919 – Reichswehrminister Gustav Noske ordnet den Angriff auf München an

Weimar * Reichswehrminister Gustav Noske [SPD] ordnet den Angriff Münchens durch zwei große militärische Einheiten an und übernimmt für die Aktion selbst die Oberleitung. Die an der bayerischen Nordgrenze stehenden Preußischen Hilfstruppen unter Generalleutnant Ernst von Oven und die Württembergischen Einheiten sowie die noch zu sammelnden bayerischen Verbände und das Bayerische Schützenkorps bei Augsburg-Ulm. Noske gibt dazu militärisch präzise Anweisungen: „Das Operationsziel ist München. In München ist die Gewalt der gesetzmäßigen bayerischen Regierung wiederherzustellen. [...] Sobald München besetzt und der



Widerstand in München erloschen ist, übernimmt der bayerische Generalmajor [Arnold Ritter] von Möhl den Befehl in München“. Die Gesamtstärke der gegen die Räteregierung eingesetzten, voll ausgerüsteten Streitkräfte beträgt annähernd 35.000 Mann. Der Oberbefehl wird dem preußischen Generalleutnant Ernst von Oven übertragen.

25. April 1919 – Die größte militärische Operation der Nachkriegszeit kommt auf München zu

Freistaat Bayern * 35.000 bayerische, württembergische und norddeutsche Soldaten marschieren in Richtung München. Das ist die größte militärische Operation der Nachkriegszeit.

27. April 1919 – Die Thule-Gesellschaft als gemeingefährliche Verbrecherbande bezeichnet

München * Die am Tag zuvor verhafteten Mitglieder und Anwärter der Thule-Gesellschaft werden auf einem Plakat als „gemeingefährliche Bande von Verbrechern“ bezeichnet, die neben der Fälschung militärischer Stempel auch Diebstähle, Plünderungen und sogar Viehraub im großen Stil begangen hat.

29. April 1919 – Ein von der Militärführung und der Regierung unterzeichnetes Kommuniqué

München * In München wird ein gemeinsam von der Militärführung und der Regierung Hoffmann unterzeichnetes Kommuniqué veröffentlicht, in dem ausdrücklich darauf hingewiesen wird: „Wer den Regierungstruppen mit der Waffe in der Hand entgegentritt, wird mit dem Tode bestraft. [...] Jeder Angehörige der Roten Armee wird als Feind des bayerischen Volkes und des Deutschen Reiches behandelt“.

29. April 1919 – Die Verwüstungen im Polizeipräsidium gehen weiter

München-Kreuzviertel * Im Polizeipräsidium gehen die Plünderungen und Verwüstungen weiter. Die Aktenvernichtung im Polizeipräsidium wird von den konservativen und reaktionären Kräften als ein „besonderer Fall von Vandalismus“ bezeichnet und entsprechend politisch bewertet. Der von der Berliner KPD nach München geschickte Karl Retzlaw hat eine völlig andere Sicht auf die Vorgänge: „Doch sprachen wir es auch offen aus, dass es nicht Sache eines Revolutionärs sei, sich dem Henker auszuliefern. Zu den Schutzmaßnahmen gehörte es auch, die Akten des Polizeipräsidiiums zu vernichten. Das Prüfen der Akten würde eine Zeit von Monaten in Anspruch



genommen haben, auch das Heraussuchen nur der politischen Akten würde zu lange dauern. Bedenken brauchten nicht zu bestehen, weil kulturell wertvolle Dokumente nicht in Polizeiakten zu finden sind. So war es am zweckmäßigsten, alles zu vernichten. Menschenleben sind wichtiger als bedrucktes Papier. Zwei Tage lang brannten die Akten auf dem zementierten Hof des Polizeipräsidiums. Wohl an die hundert Helfer aus der Bevölkerung, der Partei und der Roten Armee warfen die Akten aus den Fenstern in die Flammen. Damit retteten wir Hunderten von politisch und antimilitärisch Verdächtigten aus der Zeit der Zusammenbruchsmonate 1918/19 Freiheit und Leben“.

1. Mai 1919 – Bürgerliche Kampfverbände werden gebildet

München * Bürgerliche Kampfverbände, bestehend aus bewaffneten Bürgern, Studenten, ehemaligen Soldaten und Polizisten sowie zahlreichen Freiwilligen, sammeln sich vor der Feldherrnhalle und besetzen schließlich die geräumte Residenz. Oskar Maria Graf schreibt über die sich nun, unter dem Schutz der militärischen Übermacht wieder zeigende und sich an der „Treibjagd auf verdächtige Zivilisten“ beteiligende Bürgerwehr: „Jetzt waren auf einmal wieder die verkrochenen Bürger da und liefen emsig mit umgehängten Gewehr und weißblauer Bürgerwehr-Armbinde hinter den Truppen her. Wahrhaft gierig suchten sie mit den Augen herum [...], rannten einen Menschen nach, schlugen plärrend auf ihn ein, spuckten, stießen wie wildgeworden und schleppten den Halbtotgeprügelten zu den Soldaten.“

2. Mai 1919 – München wird von den Regierungstruppen eingenommen

München * München wird nach harten Kämpfen gegen die sich erbittert verteidigenden Roten von den Regierungstruppen genommen. Bis zum Abend ist die Rote Armee geschlagen und die Stadtviertel von den Regierungstruppen militärisch besetzt. Die Militärs bereiten sich nun auf die bevorstehende „Säuberung und Befriedung“ vor. Für Giesing liest sich das dann so: „Da brechen sie in Häuser, durchsuchen die Wohnungen, die Keller, die Böden. Reihenweise schleift man die roten Schützen auf die Straße - stellt sie an die Wand. Und dumpf bricht sich das Krachen der Erschießungssalven an den Mauern“. Die Wirklichkeit ist oft noch viel grausamer. Nach dem Sieg über die Rote Armee durchkämmen die Weißen fast alle Häuser Haidhausens, der Au und Giesings. Über 5.000 Münchner, die irgendwie verdächtig erscheinen, werden verhaftet. Über eintausend, darunter viele unschuldige, oftmals denunzierte Menschen, müssen sterben. Die letzten Einheiten der Roten Armee werden am 4. Mai in der Umgebung von München zerschlagen. Vereinzelt Feuergefechte in der Stadt dauern noch bis zum 22. Mai an.



3. Mai 1919 – Bildung der Volkswehr und von Freiwilligenkorps zugelassen

Bamberg * Das Ministerium für militärische Angelegenheiten lässt die Bildung der Volkswehr und von Freiwilligenkorps zu.

6. Mai 1919 – 21 Kolpinggesellen werden im Keller des Prinz-Georg-Palais ermordet

München-Maxvorstadt * Etwa dreißig Mitglieder des Katholischen Gesellenvereins Sankt-Joseph treffen sich in ihrem Vereinslokal, dem Maxkasino, in der Augustenstraße 41. Dem preußischen Kaiser-Alexander-Garde-Grenadier-Regiment war zuvor von einem Denunzianten mitgeteilt worden, dass dort am Abend eine Versammlung von Rotarmisten stattfindet. Noch während sich im Kasino die Vereinsmitglieder unterhalten, wird das „Spartakistennest“ von Regierungssoldaten beobachtet und 25 Teilnehmer sowie der Wirt kurz vor 21 Uhr verhaftet. Die Möglichkeit, gegenüber den Soldaten das Missverständnis aufzuklären und sich zu legitimieren, wird von diesen gewaltsam unterbunden. Erste Gewehrkolbenhiebe gegen die Arretierten und Zurechtweisungen sind die Folge. Mit dem Abmarsch zum Quartier des Alexander-Regiments beginnt der weitere Leidensweg für die Gefangenen, denn bald geht die Begleitmannschaft dazu über, die angeblichen Spartakisten nicht nur zu beschimpfen, sondern auch mit Pistolen und Gewehren auf sie einzuschlagen. Nun werden die 26 katholischen Gefangenen in das Prinz-Georg-Palais am Karolinenplatz 5 gebracht. Im Hof beginnt das eigentliche Massaker. Sechs der Gesellen werden im hinteren Teil des Hofes gegen das Tor eines Schuppens gestoßen. Dann eröffnen die Soldaten mit Gewehren und Pistolen das Feuer, bis alle sechs tot sind. Die verbliebenen zwanzig Kolpinggesellen werden zum Eingang des Kellers geführt. Dort erwischt es einen siebten Gefangenen. Er wird auf den Boden geworfen und mit einem gezielten Pistolenschuss ermordet. Die Übrigen werden jetzt zur Zielscheibe sadistischer Spiele ihrer Peiniger. Man stößt sie mit Flüchen und Beschimpfungen die Treppe zum Keller hinunter. Dort müssen sie sich mit dem Gesicht nach unten auf den Boden legen. Dann beginnen die Erschießungen. Auf grauenhafte Weise werden 14 Kolpinggesellen ermordet. Wer nicht durch die Schüsse stirbt, wird mit dem Bajonett erstochen. Manche Gefangene stellen sich tot oder sind bewusstlos. Nur durch das Eingreifen eines hohen Offiziers wird das Morden beendet. Nach dem Massaker werden 21 Tote in das Pathologische Institut gebracht. Unter den Erschossenen befinden sich zwei Brüderpaare, bei zwei weiteren wird jeweils einer getötet. Zwei Schwerverletzte werden in das Reservelazarett an der Zollstraße eingeliefert. Drei Opfer brauchen keine Krankenhausbehandlung. Alle Ermordeten sind eingeschriebene Mitglieder der konservativen Bayerischen Volkspartei - BVP. Der Fall wird deshalb vor Gericht ausführlich untersucht. Man ist jedoch von Regierungsseite geneigt, nichts mehr über den Vorfall an die Presse zu geben. Die Folge davon ist, dass die von den Militärbehörden erstellten unwahren



Berichte überall, auch im Ausland, Verbreitung finden. Ansonsten achten die Zensurbehörden streng darauf, dass keine publikumswirksame Veröffentlichung über das blutige Geschehen unter die Leute kommen können. So wird beispielsweise die Sondernummer der Süddeutschen Illustrierten Kriminal-Zeitung vom November 1919, die darüber berichtet, sofort nach ihrem Erscheinen beschlagnahmt.

8. Mai 1919 – Erst jetzt enden die Kämpfe in München

München * Erst jetzt enden die Kämpfe in München. Die Zahl der Opfer wird offiziell mit 557 Menschen angegeben. 145 sind in militärischen Auseinandersetzungen gefallen, 186 hat man standrechtlich erschossen und 226 werden noch nach der Einnahme der Landeshauptstadt ermordet. Neueste Schätzungen gehen allerdings von bis zu 1.200 Opfern aus.

9. Mai 1919 – Dankschreiben des Ministerpräsidenten an die Weißen Truppen

München * Im Regierungsorgan Freistaat wird ein Dankschreiben des Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann [SPD] an Generalleutnant Ernst Friedrich Otto von Oven veröffentlicht. Dem militärisch Verantwortlichen für den hundertfachen Mord und Oberbefehlshaber der Weißen Truppen spricht die bayerische Staatsregierung den „herzlichen Dank“ aus. Wörtlich heißt es: „Für die umsichtige Leitung und Durchführung der zur Befreiung Münchens aus der Hand der Bolschewisten notwendigen militärischen Operationen spreche ich zugleich im Namen des Gesamtministeriums den herzlichen Dank aus. Größte Anerkennung gebührt den aus allen Gauen Deutschlands herbeigeeilten Truppen, die in selbstloser Opferbereitschaft unserm bedrängten Bayernland und dem ganzen Reich den größten Dienst erwiesen.“

11. Mai 1919 – Die militärische, politische und verwaltungsmäßige Führung Münchens

München * Das Bayerische Reichswehr Gruppenkommando Nr. 4 - Gruko übernimmt die militärische, politische und verwaltungsmäßige Führung und Überwachung in München, nachdem die bayerische Regierung unter Ministerpräsident Johannes Hoffmann aufgrund der politischen Situation nach Bamberg geflohen war.

23. Mai 1919 – Adolf Hitler sagt gegen den Soldatenrat Georg Dufter aus



München * Das früheste nachweisbare Dokument aus Adolf Hitlers politischer Laufbahn ist ein Protokoll vom 23. Mai 1919, in dem der Gefreite vor einer militärischen Untersuchungskommission über die Revolutionsvorgänge als Zeuge gehört und in dieser Funktion gegen den Soldatenrat Georg Dufter, der zugleich Mitglied der USPD ist, auftritt. Über Dufter, der die Propagandaabteilung des 2. Infanterieregiments geleitet hat, sagt Adolf Hitler im Standrechtlichen Vernehmungsbüro folgendes aus: „Dufter war einer der ärgsten und radikalsten Hetzer des Regiments und hat jederzeit für die Räterepublik Propaganda gemacht. In den öffentlichen Versammlungen des Regiments hat er jederzeit den radikalsten Standpunkt vertreten und für die Diktatur des Proletariats agitiert. Dass einzelne Teile des Regiments der roten Armee sich anschlossen, ist jedenfalls auf die Propagandatätigkeit des Dufter und des Bataillonsrates Seiß zurückzuführen. Durch seine Hetzereien gegen die Regimentstruppen, die Dufter noch am 7. Mai belästigte, hat er bewirkt, dass auch Regimentsangehörige an diesem Nachmittage mit den Pionieren sich zu Feindseligkeiten gegen die Regierungstruppen hinreißen ließen.“

25. August 1919 – Übernahme des bayerischen Militärkontingents von der Reichswehr

Berlin - München * Übernahme des bayerischen Militärkontingents von der Reichswehr.

10. Januar 1920 – Der Versailler Vertrag tritt in Kraft

Deutsches Reich * Der Versailler Vertrag tritt in Kraft. Der Vertrag weist Deutschland und seinen Verbündeten die alleinige Rolle des Aggressors im Ersten Weltkrieg zu. Das Deutsche Reich wird finanziell für die Schäden an Land und Menschen haftbar gemacht. Hohe Reparationsforderungen sind die Folge. Dazu umfangreiche Gebietsabtretungen und eine militärische Abrüstung durch die Reduzierung der Berufsarmee auf maximal 100.000 Mann einschließlich höchstens 4.000 Offiziere und eine Marine mit 15.000 Mann. Dazu kommen Vorschriften zur Ausstattung der Wehrmacht.

2. Februar 1920 – Nummerierte Mitgliederlisten der Deutschen Arbeiterpartei

München * Erst ab jetzt hat die Deutsche Arbeiterpartei - DAP nummerierte Mitgliederlisten. Hitler erhält die Nummer 555, wobei man aus propagandistischen Gründen mit 501 zu zählen anfängt. Der auf Militärkosten ausgebildete Propagandamann ist innerhalb kürzester Zeit zum Parteifunktionär und Politiker geworden.



31. März 1920 – Adolf Hitler wird vom Militärdienst entlassen

München * Adolf Hitler wird vom Militärdienst entlassen. Hauptmann Karl Mayr unterstützt ihn offenbar geistig-politisch als auch finanziell. Hitlers in der Münchner Revolutionszeit und Räteherrschaft radikalisierten Antisemitismus wird durch Mayr ebenfalls bestärkt.

28. September 1921 – Generalleutnant Otto Hermann von Lossow übernimmt die 7. Division

München * Generalleutnant Otto Hermann von Lossow übernimmt die Befehlsgewalt über die in Bayern stationierte 7. Division.

1925 – „Hier Amt, was beliebt?“

Berlin * Allein zwischen den Jahren 1925 und 1930 erhöht sich die Zahl der vermittelten Gespräche pro Telefonistin um rund 25 Prozent. Das geschieht einerseits durch verbesserte Geräte und andererseits durch eine effektivere Bedienung der Arbeitsmittel. Sprechausbildung und Vorschriften über militärisch knappe Redewendungen wie „Hier Amt, was beliebt?“ oder noch kürzer „Bitte melden“ tun ein Übriges. Die Beamtinnen dürfen sich nicht ohne Erlaubnis der Aufsichten von ihrem Arbeitsplatz entfernen. Jeder Fehler wird in das „Strafregister“ der Personalakte aufgenommen. Das Aufsichtspersonal steht hinter den Frauen. Zuerst sind es ausschließlich Männer, später auch ältere befähigte Gehilfinnen. Vom Aufsichtstisch aus kann die Platzkraft ständig kontrolliert und mit einer Mithöreinrichtung überprüft werden, wie schnell die Teilnehmer bedient und ob die Formen der streng reglementierten Gespräche eingehalten werden. Ein Zählschrank registriert jede ausgeführte Verbindung und gestattet so die regelmäßige Überprüfung der Arbeitsintensität jeder einzelnen Kraft.

20. Juli 1933 – Das Konkordat wird ratifiziert

Rom-Vatikan - Berlin * Das Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich wird vom - katholischen - Vizekanzler Franz von Papen und vom Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli im Vatikan unterzeichnet. Das Vertragswerk bestätigt die bestehenden Länderkonkordate mit Bayern, Preußen und Baden und den Fortbestand der katholischen theologischen Fakultäten an den Universitäten, sichert den katholischen Religionsunterricht an allen Schularten und die Beibehaltung und Neueinrichtung von Bekenntnisschulen, die Freiheit des Bekenntnisses und der öffentlichen Ausübung der



Religion, den staatlichen Schutz für Geistliche, den Schutz des Beichtgeheimnisses und den Schutz der katholischen Organisationen. Außerdem wird die Militärseelsorge und das eigene kirchliche Steuerrecht garantiert. Die Kirche gesteht hingegen den neuen Machthabern nur wenig zu: Entpolitisierung des Klerus, Treueeid der Bischöfe gegenüber dem Deutschen Reich und seinen verfassungsmäßig gebildeten Regierungen. Die Reichsregierung macht der Kirche sehr große Zugeständnisse mit dem Ziel, internationale Anerkennung zu erhalten und die deutschen Katholiken für die Bewegung zu gewinnen, solange deren Macht noch nicht gefestigt ist. Keine der anderen neunzehn Weimarer Regierungen, auch nicht die Koalitionen mit Zentrumsbeteiligung, war der katholischen Kirche so weit entgegengekommen.

22. Mai 1939 – Der „Stahlpakt“, ein Militär-Bündnis mit Italien

Berlin - Rom * Ein Militärbündnis mit Italien wird abgeschlossen, der sogenannte „Stahlpakt“.

19. März 1945 – Münchens Isarbrücken sollen gesprengt werden

Berlin * Reichskanzler Adolf Hitler befiehlt: „Alle militärischen, Verkehrs-, Nachrichten-, Industrie- und Versorgungsanlagen, die sich der Feind für die Fortsetzung seines Kampfes irgendwie sofort oder in absehbarer Zeit nutzbar machen kann, sind zu zerstören.“ Und weiter: „Entgegenstehende Weisungen sind ungültig.“ Für Gauleiter Paul Giesler ist nun der Zeitpunkt gekommen, alle Isarbrücken Münchens zu sprengen.

30. April 1945 – Die Villa Stuck wird von den US-Militärbehörden beschlagnahmt

München-Haidhausen * Mit dem Einmarsch der Amerikaner wird die Villa Stuck umgehend von den US-Militärbehörden beschlagnahmt. Da die unteren Räume für Büro Zwecke zu dunkel sind, wollen die Amis die Wände weiß übertünchen. Diese Maßnahme kann gerade noch verhindert werden. Auch deshalb, weil die Besatzer ins Nachbarhaus umziehen.

Mai 1945 – Scharfrichter Johann Reichhart muss für die US-Militärregierung arbeiten

Bayern - Amerikanische Besatzungszone * Nach dem Einmarsch der Amerikaner in München holt man den Scharfrichter Johann Reichhart aus seinem Haus im Gleißental. Er muss jetzt für die



Besatzungsmacht arbeiten und auf Befehl der amerikanischen Militärregierung bis 1947 weitere 156 Hinrichtungen vollziehen. Den Mastersergant Hazel Woods hat er in der Kunst des schnellen Tötens am Galgen einzuweisen. Woods erhängt die im Nürnberger Prozess verurteilten Hauptkriegsverbrecher.

Mai 1945 – Das Neue Rathaus ist ein Hauptsitz der amerikanischen Militärregierung

München-Graggenau * Das Neue Rathaus ist ein Hauptsitz der amerikanischen Militärregierung.

2. Mai 1945 – Die US-Militärregierung gliedert die Berufsfeuerwehr aus der Polizei aus

München * Die amerikanische Militärregierung gliedert die Berufsfeuerwehr aus der Polizei aus.

12. Mai 1945 – Radio München geht auf Sendung

München-Maxvorstadt * Radio München geht - von der US-Militärregierung betrieben und kontrolliert - auf Sendung.

Juni 1945 – Reeducation als zentraler Bestandteil der Erwachsenenbildungsarbeit

Amerikanische Besatzungszone * Nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Systems konnten Neu- oder Wiedergründungen von Einrichtungen der Erwachsenenbildung nur im Rahmen der Vorgaben der amerikanischen Militärregierung erfolgen. Zentraler Bestandteil der amerikanischen Bildungspolitik ist das Konzept der Reeducation, innerhalb dessen der Erwachsenenbildung eine erhebliche Bedeutung zugemessen wurde.

19. September 1945 – Bayern wird wieder zum Staat

München * Die amerikanische Militärregierung verfügt mit der Proklamation Nr. 2 die Bildung der Verwaltungsgebiete Groß-Hessen, Württemberg-Baden und Bayern, „die von jetzt ab als Staaten bezeichnet werden“. Die von den Amerikanern im Rahmen ihrer Demokratisierungsbestrebungen eingesetzten bayerischen Staatsregierungen stehen aber unter der Oberhoheit der US-Militärregierung für Bayern. US-General Clay, erst stellvertretender, später oberster



Militärgouverneur, schreibt später in seinen Memoiren: „Rückblickend meine ich, dass wir diese Aufgabe sicher als hoffnungslos angesehen hätten, wenn wir das chaotische Durcheinander voll überblickt hätten.“

28. Dezember 1945 – Volkshochschularbeit wird wieder zugelassen

Amerikanische Besatzungszone * Durch eine Order an die Direktoren der Landesmilitärregierungen der amerikanischen Besatzungszone wird die Wiedereröffnung der Volkshochschularbeit zugelassen.

5. März 1946 – Entnazifizierung durch die Spruchkammern

Amerikanische Besatzungszone * Aufgrund des amerikanischen Entnazifizierungsrechts, dem „Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ werden diese Verfahren vor sogenannten „Spruchkammern“ durchgeführt. Die Kategorien waren: Hauptschuldige Belastete Minderbelastete Mitläufer Entlastete

5. März 1946 – Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus

Amerikanische Besatzungszone * Auf Initiative des amerikanischen Militärgouverneurs Lucius D. Clay wird das „Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ vom Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebiets verabschiedet. Das Gesetz regelt die Spruchkammerverfahren [= Entnazifizierungsverfahren] in Bayern, Groß-Hessen und Württemberg-Baden. Im Laufe des Jahres 1946 wird das sogenannte „Befreiungsgesetz“ auch auf die anderen Besatzungszonen übertragen.

14. September 1946 – Auf der Theresienwiese wird ein Herbstfest eröffnet

München-Theresienwiese * Vertreter der Stadt und der Militärregierung eröffnen auf der Theresienwiese - statt des Oktoberfestes - ein Herbstfest. Statt des Märzenbieres gibt es Dünnbier. Gegen Abgabe bestimmter Marken gibt es Brote, Wurst oder Backwaren. Die nicht mehr zeitgemäßen Schießbuden sind durch Ring- und Ballwurf-buden ersetzt worden. Wiesn-Musik gibt es nur in einem der zwei Bierzelte. Das Herbstfest ist noch kein Oktoberfest, aber der Anfang ist gemacht. Für die Landeshauptstadt ist das Herbstfest ein finanzieller Erfolg.



24. Oktober 1946 – Die Genehmigung für die Bayerische Verfassung wird erteilt

München - Freistaat Bayern * General Lucius D. Clay von der US-Army, der Militärgouverneur der amerikanischen Besatzungszone in Deutschland, teilt dem Präsidenten der Landesversammlung mit, dass die Genehmigung für die Verfassung erteilt wird.

1. Juli 1948 – Der Auftrag für eine Verfassungsgebende Versammlung

Frankfurt am Main * Im Verwaltungsgebäude der I.G. Farbenindustrie in Frankfurt am Main, dem Sitz des US-amerikanischen Hauptquartiers, treffen sich auf Anweisung der drei Militärgouverneure der westlichen Siegermächte die elf westdeutschen Ministerpräsidenten. Ihnen wird - wie Befehlsempfänger - der Auftrag erteilt, bis zum 1. September 1948 eine „Verfassungsgebende Versammlung“ für die künftige Bundesrepublik Deutschland einzuberufen. Diese muss eine demokratische Verfassung ausarbeiten, die Garantien der individuellen Rechte und Freiheiten schafft.

1. September 1948 – Der Parlamentarische Rat nimmt seine Arbeit auf

Bonn * Der Parlamentarische Rat beginnt im Museum Alexander Koenig in Bonn mit der Formulierung des Grundgesetzes. Den elf westdeutschen Ministerpräsidenten war am 1. Juli 1948 von den drei Militärgouverneuren der westlichen Siegermächte der Auftrag für eine Verfassungsgebende Versammlung für die künftige Bundesrepublik Deutschland erteilt worden.

25. Januar 1949 – Die Gründung des Bayerischen Rundfunks

München * Die Gründung des Bayerischen Rundfunks - BR erfolgt durch die Übergabe einer Lizenzurkunde durch den Direktor der US-Militärregierung, Murray Van Wagoner, an den bayerischen Schriftsteller Johannes Lippl und an Rudolf von Scholtz, dem Nachkriegsbürgermeister von Passau und zugleich ersten Intendanten des Bayerischen Rundfunks. Mit diesem offiziellen Akt wird das Ende von Radio München als einem Sender der US-Besatzungsmacht formaljuristisch besiegelt. Der Bayerische Rundfunk besitzt damit eine eigenständige Sendelizenz und kann dadurch relativ frei über Sendungsinhalte und Personalpolitik bestimmen.

2. Juli 1951 – Professor Dr. Ernst Ferdinand Sauerbruch stirbt in Berlin



Berlin * Professor Dr. Ernst Ferdinand Sauerbruch stirbt in Berlin.

4. Dezember 1971 – Deutschlands erster McDonalds wird eröffnet

München-Obergiesing * An der Martin- Luther-Straße 26 eröffnet McDonalds seine erste deutsche Filiale. Dass die US-amerikanische Fleischpflanzl-Braterei gerade in Giesing ihr erstes Lokal eröffnet, liegt an der Nähe des Stadions an der Grünwalder Straße und der leichten Erreichbarkeit mit dem Auto. Einen sicheren Kundenstamm hat man zudem mit den zahlreichen Amerikanern, die im Südosten Münchens ihre Militär- und Wohnanlagen unterhalten und in McDonalds ein Stück Zuhause vorfinden. Das anfängliche Angebot umfasst Hamburger, Cheeseburger, Pommes Frites, Cola, Limo und Kaffee. Ein Hamburger kostet 95 Pfennige. Die Käsescheiben werden noch mit der Hand vom Block geschnitten, die Kartoffeln für die Pommes ebenfalls von Hand geschält und geschnitten. Der schlagartig einsetzende Erfolg gibt den Marktstrategen mit ihrer Standortwahl Deutschland recht: Bereits im ersten Monat beträgt der Umsatz des Lokals 110.000 DMark. Diese typisch amerikanische Esskultur erfährt Ablehnung von konservativen wie auch linksintellektuellen Kreisen, die ihren emotionalen Anti-Amerikanismus an McDonalds festmachen. Die Firma wird als vermeintlich kurzlebige Modeerscheinung belächelt und als Unkultur verdammt.

15. April 1975 – Joséphine Baker erhält ein Staatsbegräbnis

Paris * 20.000 Menschen säumen die Straßen von Paris, als Joséphine Baker mit einem militärischen Staatsbegräbnis geehrt wird.

28. September 1980 – Die verbotene paramilitärische Wehrsportgruppe Hoffmann im Verdacht

München * Die Ermittlungen der ersten Tage nach dem Oktoberfest-Attentat konzentrieren sich auf die verbotene paramilitärische Wehrsportgruppe Hoffmann. Selbst Generalbundesanwalt Kurt Rebmann verkündet, dass Gundolf Köhler keinesfalls allein für das Attentat verantwortlich sein kann.

Juli 1986 – Das WAA-Gelände wird zur Hochsicherheitszone

Wackersdorf * Der provisorische Bauzaun wird durch eine massive Sicherheitsanlage ersetzt. Ein



rund 2,5 Meter hoher und etwa 4,8 Kilometer langer Stahlzaun mit Stacheldraht, Beleuchtungsanlage und einer Ringstraße umschließt fortan das WAA-Gelände. Die Kosten belaufen sich auf ungefähr 15 Millionen DM. Der neue Zaun prägt das Erscheinungsbild des Konflikts. Für die Betreiber und die Staatsregierung dient er dem Schutz der Baustelle; für die WAA-Gegner wird er zum Symbol der staatlichen Abschottung und der zunehmenden Militarisierung des Baugeländes.

16. November 1993 – „... Bayern einen Winter lang vor dem totalen Chaos bewahrt“

München * Klaus Warnecke, Landtagsabgeordneter der SPD schreibt in der Süddeutschen Zeitung einen Leserbrief und bringt darin folgende Meinung zum Ausdruck: „[...] Die Hindenburgs, Ludendorffs und ihre monarchistischen Attrappen hatten das Volk im Reichsdurchschnitt im Herbst 1918 auf 500 bis 600 Kalorien pro Tag und Nase heruntergehungert. [...] 200.000 bayerische Soldaten waren gefallen. [...] Während sich die Monarchie von dannen stahl und die Generäle an der Dolchstoß-Legende zu stricken begannen, gab es in München eine einzige Kraft, die halbwegs Ordnung in das Chaos zu bringen versuchte und den Umständen entsprechend auch brachte: die von den Konservativen und Reaktionären aller Richtungen bisher aus jeder politischen Verantwortung ferngehaltenen Sozialdemokraten und deren linkspazifistische Absplitterung die USPD mit Eisner an der Spitze. [...] Der totale politisch/militärisch/soziale Scherbenhaufen des Winters 1918/19 war das Erbe des Großmachtwahns der Feldmarschälle und Monarchen. Das Kabinett unter Ministerpräsident Kurt Eisner mit dem Innenminister Erhard Auer und Albert Roßhaupter, die sich auf den eigentlichen Ordnungsfaktor in München, die Arbeiterräte, stützen konnte, hat Bayern einen Winter lang vor dem totalen Chaos bewahrt. Das wahre Chaos begann erst, als der rechtsradikale Offizier Graf Arco den Pazifisten Kurt Eisner am 21. Februar 1919 auf offener Straße ermordete. [...]“